PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 47 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 15. April, fertiggestellt.

17. April 1975 Jg. 3 Nr. 15 50 Pfennig

Sofortige Anerkennung der Regierungen der Völker von Vietnam und Kambodscha !

Die Vereinigten Staaten haben ihre Botschaft in Phnom Penh geräumt, von der aus sie fünf Jahre lang die Marionettenregierung in Kambodscha gegen das Volk von Kambodscha dirigiert haben. Durch die Weltpresse ging das Bild des amerikanischen Botschafters, der mit dem eingeholten Sternenbanner unterm Arm auf den letzten Hubschrauber zueilt. Für die Ausgebeuteten und Unterdrückten in der ganzen Welt ist das ein großartiges Bild: Der Vertreter einer imperialistischen Supermacht muß die Flucht ergreifen, weil ein kleines Volk von 7 Millionen Menschen gegen die brutale und hemmungslose Aggression dieser Supermacht einen unbezähmbaren Widerstand geleistet hat.

Aber noch sind die Kämpfe nicht beendet, und noch ist der endgültige Sieg nicht errungen. In Kambodscha noch nicht und nicht in Südvietnam. An der Front vor und in Phnom Penh werden die Befreiungsstreitkräfte sich rasch durchsetzen können. Die Außenbezirke mitsamt dem Flugplatz sind besetzt. Die Armee des Marionettenregimes zerfällt, und Teile gehen auf die Seite des Volkes über. Rebellierende Angehörige der Luftwaffe bombardierten am Montag das Gebäude des Generalstabs in Phnom Penh. Aufständische Einheiten der Marionettentruppen beschossen Stellungen der Marionettenarmee.

Die wenigen in der Stadt zurückgebliebenen Militärmachthaber geben jedoch nicht auf. Sie setzen weiterhin darauf, daß die Regierung der Ver-
darauf, daß die Regierung der Ver-
einigten Staaten Kambodscha nicht aufgibt und sie im Amt halten wird. Ihr Führer "stellte klar", daß die USA sich nur "vorübergehend zurückgezogen" hätten und weiterhin Unterstützung leisten würden.

Und noch brauchen sie keineswegs alle Hoffnung auf solche Unterstützung aufzugeben. Vor der vietnamesischen und kambodschanischen Küste kreuzt die ständig weiter verstärkte 7. US-Flotte. Und in Washington wird debattiert über den Einsatz der US-Streitkräfte – zu Evakuierungsaktionen, wie es heißt. Mal ist die Rede von der Evakuierung der Amerikaner in Vietnam, dann heißt es, daß auch die "gefährdeten Vietnamesen" evakuiert werden sollen. Die Zahlen dafür schwanken von 25 000 bis 1 Million. Von Präsident Ford wird berichtet, er habe einem Plan zugestimmt zur Evakuierung von 200 000.

Das aber ist kein Evakuierungsplan. Das ist der Plan zu einem erneuten gewaltigen Einsatz der amerikanischen Streitkräfte in Indochina. Die amerikanische Zeitschrift "Newsweek" spricht von 6 Divisionen, die dafür benötigt würden. Man kann sicher sein, daß in der US-Regierung Pläne gewälzt werden, einen Marionettenstaat in Südvietnam und vielleicht auch in Kambodscha zu halten. Welche Möglichkeiten sie hat, sie zu verwirklichen, das hängt in erster Linie vom Kampf des vietnamesischen und kambodschanischen Volkes ab.

Es hängt aber auch ab von der Unterstützung, die sie von der Arbeiterklasse und vom Volk in einem imperialistischen Land wie der Bundesrepublik bekommen. Gegenwärtig gibt es angesichts der Kriegsleiden viel spontane Hilfsbereitschaft im Volk in Westdeutschland. Die Völker in Indochina aber leiden vor allem daran, daß der US-Imperialismus ihnen Marionettenregierungen aufzwingen und ihr Land in Abhängigkeit halten will. Die Haupthilfe, die man in Westdeutschland leisten kann, besteht darin, die eigene Regierung zu zwingen, die legitimen Regierungen des kambodschanischen Volkes und des Volkes in Südvietnam, die Provisorische Revolutionäre Regierung der Repu-
Revolutionäre Regierung der Repu-
blik Südvietnam (PRR) und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) anzuerkennen. Das ist kein unerreichbares Ziel: Die französische Regierung hat inzwischen offiziell die GRUNK als kambodschanische Regierung anerkannt. Die schwedische Regierung hat ihre Absicht erklärt, das ebenfalls zu tun. Jeder Schritt in diese Richtung erschwert es dem US-Imperialismus, seine Aggression zu verlängern und seine endgültige Niederlage und Vertreibung aus Indochina hinauszuzögern.

W.M.

Weitere Artikel zu Vietnam und Kambodscha Seiten 2, 8, 14, 15.

Der US-Botschafter in Kambodscha mußte die Flagge unter den Arm nehmen und das Land verlassen.

Unterstützt die Völker von Vietnam und Kambodscha und ihre revolutionären Regierungen.
Spenden auf die Konten:
Vietnam: 130 24 50
Kambodscha: 437 50 92
Bezirkssparkasse Heidelberg
H. Leberl
gehen ohne Abzüge an die Regierungen GRUNK und PRR.

Die Kollegen von VW-Salzgitter winken den Fotographen. Der Streik muss bekannt werden. Ausführliche Berichte auf Seite 5.

VW: 25000 auf die Straße

VW: Die Kapitalisten und die Regierung haben beschlossen: 25 000 Arbeiter sollen raus, damit der Profit wieder stimmt

Der Aufsichtsrat des VW-Konzerns hat den Vorschlag des Konzernchefs Schmücker angenommen. Danach sollen in Wolfsburg 5 900, in Hannover 3 520, in Emden 2 300, in Neckarsulm 4 700 und in Brüssel 1 350 VW-Arbeiter entlassen werden. Die Zweigwerke Neuenstein und Heilbronn sollen ganz geschlossen werden. In Neckarsulm und Brüssel soll künftig nur noch mit einer Schicht gearbeitet werden. Die Fahrzeugmontage des Werkes Salzgitter soll nach Wolfsburg verlegt werden.

Wie Schmücker auf seiner Pressekonferenz am 15. April gesagt hat, sollen die "Freisetzungen" durch die "natürliche Fluktuation", durch "frühzeitige Pensionierungen" und durch "freiwillige Kündigungen" mit Auflösungsverträgen erreicht werden.
Der Schwerpunkt der Entlassungen
Der Schwerpunkt der Entlassungen soll Mitte dieses Jahres erfolgen.

Bei diesen Massenentlassungen sind noch nicht die Entlassungen eingeplant, die notwendig werden, wenn die Konzernleitung ihr Werk in den USA bauen will. Darüber wurde noch keine Entscheidung getroffen. Das wäre auch zu viel gewesen, gleich noch weitere Entlassungen mit zu verkünden und die Produktionsverlagerung ins Ausland auch noch.

Diese Entlassungen sind die größten in einem Konzern seit Kriegsende.

Schmücker, der sich auf der Pressekonferenz darüber ausließ, daß die notwendigen "Freisetzungen" weitgehend ohne Entlassungen vor sich gehen sollen, weiß selbstverständlich, daß daran nicht viel wahr ist. Welcher Arbeiter in Neckarsulm oder Wolfsburg nimmt dort noch einen Auflösungsvertrag, wo 100 % sicher ist, daß er in der Gegend keine Arbeit mehr bekommt!

Aus der bisherigen Praxis der Auflösungsverträge ist bekannt, wie die "freiwilligen" Kündigungen herbeigeführt werden. Die Freiwilligkeit wird durch nichts als Erpressung erreicht.

Den betroffenen Arbeitern wird die Pistole auf die Brust gesetzt: Entweder du nimmst eine Abfindung an und kündigst freiwillig, oder du fliegst in den nächsten Wochen ohne jede Ablösung. Genauso läuft es mit den frühzeitigen Pensionierungen.

In den Werkshallen wird jetzt der blanke Terror einziehen. Die Meister, die Abteilungsleiter werden mit Büchern durch die Gegend rennen und jeden versuchen mit allen Mitteln zur Kündigung zu pressen.

Wer zu alt ist oder aus anderen Gründen seinen Akkord nicht mehr schafft, wird so lange bearbeitet, bis er ins Personalbüro geht.

In der letzten Zeit wurde zwar immer davon gesprochen, daß die Bänder nur zu 60 % ausgelastet seien, daß deshalb die Kündigungen notwendig seien. Diese Auslastung von nur 60 % hat natürlich nicht bedeu-
nur 60 % hat natürlich nicht bedeu-
tet, daß die Arbeiter bei der 8-Stunden-Schicht nur noch fünf Stunden gearbeitet hätten und den Rest des Tages in der Kantine verbracht hätten oder daß die Bänder nun um knapp die Hälfte langsamer gestellt worden wären. Ganz im Gegenteil: Ständig wurde an der Akkordschraube gedreht. Die berühmten 40 %, die immer in den Vordergrund gestellt wurden, waren in Kurzarbeit.

Bei denen, die gearbeitet haben, hat pro Schicht die Arbeitsleistung zugenommen. Das wird nun zügig weitergehen. Wer dabei nicht mehr mitkommt, der wird freigesetzt!

So schreiben es die Gesetze des privaten Eigentums an Produktionsmitteln vor. Die Maschinen müssen den ganzen Tag auf Hochtouren laufen, damit sie ausgelastet sind; für jeden Pfennig Lohn müssen die Arbeiter möglichst viel Handgriffe machen, damit kein Pfennig verschenkt wird. So handeln alle Kapitalisten, denn sie müssen gegen die anderen Kapitalisten bestehen, wollen sie nicht von ihnen geschluckt werden. Möglichst muß die Produktion immer weiter ausgeweitet werden, immer mehr Arbeiter müssen an ihren Maschinen arbeiten, mit jedem Arbeiter erhöht sich ihr Gewinn. Dann finden die Kapitalisten plötzlich keine Abnehmer mehr für ihre Waren. Schmücker nannte es "das geänderte Verhalten der Verbraucher zum Automobil", d.h. die Leute wissen nicht mehr, wovon sie sich Autos leisten sollen.

In dieser Situation gibt es für die Kapitalisten nur einen Ausweg: die Produktion einschränken, die nun überflüssigen Arbeiter auf die Straße setzen und die über gebliebenen verschärft ausbeuten, um wieder hochzukommen und erneut in den Kampf der Monopole einzutreten. Diese Gesetzmäßigkeit besteht im Kapitalismus immer und bricht immer wieder offen hervor. Daran ändern keine staatlichen und keine mitbestimmten Betriebe was.
Betriebe was.

Diese Gesetzmäßigkeiten nennen die Herren Manager und Bundespolitiker besonders sozial. Wirtschaftsminister Friderichs nannte es im Rundfunk ein Zeichen der sozialen Verantwortung des Konzerns, daß die direkten Entlassungen unter 10 000 bleiben würden. Schmücker sagte auf seiner Pressekonferenz, daß Neckarsulm eigentlich hätte ganz geschlossen werden müssen, wenn es nur nach betriebswirtschaftlichen Aspekten gegangen wäre.

Daß fünfundzwanzigtausend Arbeiter auf die Straße fliegen, abgelöst, rausgedrückt, wegpensioniert werden, und wenn das alles nicht reicht, dann aber gekündigt – das ist sozial. Soziale Verantwortung hätte der Konzern gezeigt. Eine saubere "Sozialleistung" ist das, die sich vollständig an den Interessen der Kapitalistenklasse ausrichtet. Und die sind einfach: Profit, Profit und abermals Profit.

Fortsetzung Seite 2

Über 10 000 demonstrierten in Stuttgart gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die miserablen Ausbildungsbedingungen. Am Samstag werden gewerkschaftliche Demonstrationen zum gleichen Zweck in Frankfurt und Dortmund stattfinden. Siehe Seite 7.

Fortsetzung: VW

VW – 25 000 auf der Straße

Diese Welt des Profits ist nicht die Welt der Arbeiter; von ihr haben sie nichts als Ausbeutung oder Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Arbeiter sind im Kapitalismus immer gezwungen, den Kampf um ihren Lohn, den Kampf gegen die völlige Auspowerung ihrer Arbeitskraft zu führen. Jede einzelne Maßnahme der Kapitalisten zur Maximierung ihres Profits ruft die Widerstandsaktionen der Arbeiter hervor. Die Arbeiter in den Werken NSU und Salzgitter haben begonnen, sich gegen die Maßnahmen der Kapitalisten zu wehren. Jeder Kampf der Arbeiter stärkt die Reihen der Arbeiterklasse und muß dazu dienen, dem Ziel der Arbeiterklasse, der Abschaffung dieser Ausbeuterordnung, einen Schritt näher zu kommen.

"Die wesentlichste Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisklasse ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." (Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei)

–db–

Index der Industrieproduktion
Bundesgebiet einschließlich Baugewerbe arbeitstäglich
135 130 125 120 115 110 105 100 95 90
1974 1975
1969 1970 1971 1972 1973 Jan. Febr. März April Mai Juni Juli Aug. Sept. Okt. Nov. Dez. Jan. Feb. März April Mai

Vergleicht man die jeweils entsprechenden Monate von 1974 und 1975, kann man das Absinken der Industrieproduktion auf dieser Tabelle ablesen.

Zahlen zur gegenwärtigen Wirtschaftslage

In Schleswig-Holstein führte die SPD den Wahlkampf mit dem Slogan "Wählt den Aufschwung". Ihn benutzt sie auch im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen.

Darin sind sich die bürgerlichen Parteien gleich, daß sie sich darstellen als welche, die mit staatlicher Politik der Krise Herr werden.

Da die CDU nicht dran ist, kommt ihr die Krise gelegen, die Unfähigkeit der SPD-Regierung zu beweisen und ihre eigene Fähigkeit zu behaupten, während die SPD auf Konjunkturwahrsagen und auf den Frühling setzen muß, um den Beginn des Aufschwungs zu beweisen. So hat sie zum Beispiel den leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit im März gleich zum Beweis einer "Tendenzwende" und ihrer Erfolge in der Wirtschafts-

Aufschwung ist nicht

politik beansprucht. Es ist jedoch so, daß in dieser Jahreszeit die winterbedingte Arbeitslosigkeit vor allem der Bauarbeiter zu Ende geht. Und insgesamt war der Rückgang der Arbeitslosigkeit weit geringer als normalerweise im März. Vor allem im Metallbereich hat die Arbeitslosigkeit weiter zugenommen und nimmt noch weiter zu. Von Aufschwung kann also keine Rede sein. In der "Süddeutschen Zeitung" vom 12. April wurden Zahlen zur wirtschaftlichen Lage veröffentlicht, die wir hier kurz wiedergeben wollen. Sie zeigen deutlich, daß alle Voraussagen der Regierung nicht zutreffen.

1975 kein "Aufschwung"

Die Bundesregierung geht immer noch davon aus, daß es 1975 insgesamt ein leichtes Wachstum der Wirtschaft geben wird, obwohl sie ihre Prognosen schon mehrmals nach unten korrigiert hat. Der Rückgang des Bruttosozialprodukts hat schon im Sommer letzten Jahres begonnen und ist von Monat zu Monat größer geworden. Im Februar betrug der Rückgang 9,3 % real (ohne Preissteigerungen). Auch die Industrieproduktion ging von Monat zu Monat zurück, ab Dezember um 8,5 bis 9 Prozent. Die Bestelleingänge in der Industrie lagen in den letzten vier Monaten real um 11 bis 13 Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Die Auslandsaufträge fielen gar, zuletzt um 21 %. War der Export noch in den letzten Monaten 1974 um 25 % gestiegen, so stagniert er derzeit (plus 0,5 %), so daß auch nicht, wie in der Krise 1967, vom Export her der Aufschwung erwartet werden kann. Der Autoexport ist gar um 45 % (Stückzahl) gesunken und erreicht nicht mal mehr die Hälfte der Zahlen von 1973. Die Produktion ist Anfang 1975 um 31 % niedriger

Ein Viertel der Industrie liegt brach

Insgesamt liegt in der Industrie fest ein Viertel der Produktionsanlagen brach. Deshalb ist, wie der Schreiber der Süddeutschen Zeitung schreibt, "der Drang zu einem weiteren Ausbau der Produktionskapazitäten durch neue Investitionen selbstverständlich nicht sonderlich lebhaft". Die Maschinenbestellungen aus dem Inland liegen real um 16 % niedriger als vor Jahresfrist. Für alle Investitionsgüter liegen die Inlandsbestellungen um 5 % niedriger.

Auch vom Konsum her kommt natürlich keine Belebung. Wer nicht wegen Arbeitslosigkeit oder Lohnkürzung weniger zum Leben hat, legt lieber mehr auf die hohe Kante, falls es noch schlechter kommt. Die Spareinlagen haben um 11 % zugenommen, also etwas mehr als die Preissteigerungen. Für die Bauindustrie wird damit gerechnet, daß die Krise in diesem Jahr noch einmal drastisch zunehmen wird. Der Chef der "Neuen Heimat" rechnet mit weiteren Entlassungen von 100 000 Bauarbeitern. Zugleich werden die leerstehenden Wohnungen auf ungefähr 400 000 anwachsen, obwohl die Bauproduktion um bis zur Hälfte zurückgehen soll.

Radikal sein heißt, das Übel an der Wurzel packen

All diese Zahlen sind ein Beleg für die Krise des Kapitalismus. Maschinen, die die Arbeiter geschaffen haben, liegen brach; Wohnungen, die sie gebaut haben, stehen leer; Autos stehen auf Halde. Arbeiter haben keine Arbeit, und die die Arbeit haben, werden zur Mehrarbeit getrieben, während der Lohn gedrückt wird.

Es mangelt nicht an Gütern, nicht an Arbeitskraft und nicht an Maschinen, um den Wohlstand der Gesellschaft zu mehren – doch die Mehrheit der arbeitenden Gesellschaft wird immer ärmer, weil für die Nichtarbeitenden, die über die Produktion verfügen, mehr Produktion nicht mehr profitabel abgesetzt werden kann.

Der Kampf der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Lebensbedingungen, um Lohn und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit wird unter diesen Bedingungen zwangsläufig radikal werden müssen, das heißt das Übel an der Wurzel packen, die Ausbeuterordnung beseitigen.

bb.

Fahndung mit 10 000 Polizisten

Frankfurt/M. Ab Dienstag Mittag begann eine bundesweite Fahndung, an der mehr als 10 000 Polizeibeamte beteiligt waren. Offiziellen Angaben zufolge war dieser "Fahndungstag" von den Innenministern von Bund und Ländern bereits vor längerer Zeit vereinbart worden und diente die Aktion der "Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität". Gesucht würden "die derzeit in Fahndungsbüchern ausgeschriebenenen 172 000 Personen". Nach anderen Informationen aus dem Hessischen Innenministerium ist das Ziel die Fahndung nach Mitgliedern der "Baader-Meinhhof-Vereinigung" und der "Bewegung 2. Juni". Im Laufe der Polizeiaktionen wurden zahlreiche Personen festgenommen. In der Frankfurter Innenstadt wurde zum Beispiel die belebte B-Ebene von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten abgeriegelt und alle Passanten wurden kontrolliert. Wer keinen Personalausweis mithatte, wurde zum Teil längere Zeit festgehalten. In Frankfurt sagte ein Polizist dazu: "Die Menschen müssen doch an solche Übungen gewöhnt werden".

Streiks in Polen

Auf die Lebensmittelknappheit und wachsende Teuerung in Polen haben die Arbeiter in den großen Städten mit Streiks geantwortet. Die "Neue Züricher Zeitung" berichtet am 12. April, "daß die seit dem Arbeiteraufstand vom Dezember 1970 sehr bewußt und selbständig gewordenen Belegschaften wiederum zur Streikwaffe gegriffen haben. Seit März kommt es in den Warschauer und Lodzer Fabriken laufend zu Arbeitsniederlegungen." Auf das Hilfeersuchen der polnischen Parteiführung hat die Sowjetunion inzwischen beträchtliche Mengen Fleisch geliefert, die DDR Butter.

Für die Knappheit verantwortlich gemacht wird von der Parteizeitung der Revisionisten "Trybuna Ludu" ein "negativer Kult des Konsums". Verschwiegen werden die erhöhten Lebensmittelexporte zur Deckung des Defizits in der Zahlungsbilanz. Es wird auch nicht gesagt, daß die Sowjetunion für die Viehzucht weniger Futtermittel geliefert hatte.

niger Futtermittel geliefert hatte.

Die Gesundheit der Arbeiter wird den Kapitalisten zu teuer

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Nordwürttembergs, Professor Dr. Siegfried Häussler, hat vorgeschlagen, die Lohn-

sler, hat vorgeschlagen, die Lohn-
fortzahlung im Krankheitsfall in den ersten sechs Wochen von 100 auf 80 Prozent zu reduzieren. Das bundesdeutsche Kassensystem verleite eher zum Kranksein, denn ohne Einkommensverschlechterung bei Krankheit bestehe bei den Lohnabhängigen "kein Drang zur Genesung".

Wer viele Strafzettel vergibt, wird befördert.

Auf einer Veranstaltung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), an der mehrere Innenminister der Bundesländer teilnahmen, ist von Polizisten über die Praxis der Verkehrsüberwachung berichtet worden. Der Dortmunder Schutzpolizeidirektor, Dietel, führte aus: *"Die Erfolgsmessung polizeilichen Handelns orientiert sich primär an der Zahl der verhängten Sanktionen und nur sekundär an der Zahl der verhinderten Verkehrsunfälle."* Diese Erfolgsmessung *"erzeugt einen von oben nach unten reichenden Produktionsdruck"* an Verwarnungen und Anzeigen.

Der Vorsitzende der GdP, Kuhlmann, ergänzte: *"Es hat doch gar keinen Zweck, Dinge zu leugnen, die es gibt, so lange ich bei der Gewerkschaft bin. Es gibt Vergleichsstatistiken, und es zählt der, der am meisten kassiert, und das ist auch ein Kriterium für die Beförderung."*

Und der schleswig-holsteinische Polizeihauptmeister Schandt wußte zu berichten: *"Wenn so eine Radarmannschaft zurückkommt und hat wenig Anzeigen produziert, verbreitet sich allgemeine Traurigkeit."* Die Polizisten sahen als Folge eine *"Solidarisierung gegen die Polizei"*. Der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende, Schlicht, kam zu dem Schluß: *Der Großversuch, durch gebührenpflichtige Verwarnungen große Bevölkerungsschichten zu disziplinieren, ist absolut gescheitert."* – Selbst die Verkehrsregelung ist für den bürgerlichen Staat Anlaß für umfassende Schikanierung gegen das Volk. Die Polizei wird zum Jagen erzogen und für eine möglichst hohe "Strecke" belohnt. (Zitate aus Frankfurter Rundschau vom 7.4.75)

Vietnam: Das Volk kämpft für die Einhaltung des Pariser Abkommens

Den Siegen der Befreiungskämpfer in Südvietnam und dem raschen Zerfall des Thieu-Regimes in Saigon begegnet die bürgerliche Presse mit der Behauptung, es handle sich dabei um eine flagrante Verletzung des Pariser Friedensabkommens vom 27. Januar 1973 durch die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams und durch die Demokratische Republik Vietnam.

Tatsächlich aber führt die Provisorische Revolutionäre Regierung die gegenwärtigen Kämpfe mit dem Ziel, das Abkommen durchzusetzen.

Trotz ihrer militärischen Erfolge, welche die bürgerlichen Berichterstatter in Weltuntergangsstimmung geraten lassen, fordert die Provisorische Revolutionäre Regierung nicht die Kapitulation des Saigoner Regimes, sondern erklärt unablässig ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Durchführung des Abkommens. Dabei akzeptiert sie jede Saigoner Regierung, mit einer Ausnahme: Mit dem Imperialistenknecht Thieu, der seit mehr als zwei Jahren erklärtermaßen das Abkommen bekämpft, will sie nicht verhandeln.

Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams

Die Provisorische Revolutionäre Regierung kann für die Durchführung des Abkommens eintreten, weil darin ihre Kampfziele ausdrücklich anerkannt werden. Im Artikel 1 heißt es: *"Die Vereinigten Staaten und alle anderen Länder respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams."* Das bedeutet, daß nicht nur das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung als *heilig und unverletzlich"* anerkannt wurde, d.h. sein Recht, **"selbst über die politische Zukunft Südvietnams zu entscheiden, und zwar mittels wirklich freier und demokratischer allgemeiner Wahlen unter internationaler Aufsicht"** (Artikel 9), sondern auch das Recht auf Wiedervereinigung beider Teile Vietnams, die von den Imperialisten getrennt worden sind (Artikel 15).

Damit diese im Abkommen anerkannten Ziele vom vietnamesischen Volk durchgesetzt werden können, bestimmt das Abkommen in Artikel 11: **"Unmittelbar nach dem Waffenstillstandsabkommen werden die beiden südvietnamesischen Parteien ... folgende demokratische Freiheiten des Volkes garantieren: persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit der politischen Betätigung, Glaubensfreiheit, Freizügigkeit, freie Wahl des Wohnsitzes, freie Wahl des Arbeitsplatzes, Recht auf Eigentum und Recht auf freie Unternehmensbetätigung."** Wie es das Thieu-Regime damit hält, erklärte Thieu am 24. Januar 1973, gleich nach Paraphierung des Abkommens und noch vor seiner endgültigen Unterzeichnung: *"Bis eine politische Lösung ausgehandelt worden ist, wird jedem Kommunisten auf der Stelle der Kopf zerschossen."*

Das Abkommen bestimmt zur Durchführung der Ziele selber, daß **"unmittelbar nach dem Waffenstillstand"** ein **"Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht aus drei gleichen Komponenten zu bilden"** sei, nämlich aus Vertretern der Provisorischen Revolutionären Regierung, des Thieu-Regimes und der "dritten Kraft", oppositionellen Saigoner Politikern. Bis heute hat Thieu sich strikt geweigert, einen solchen Rat zu bilden. Und ebenfalls weigert er sich, unter Aufsicht eines solchen Rates, wie es das Abkommen vorsieht, Wahlen durchzuführen: *"Wahlen, gar mit Neutralisten und Kommunisten, wird es nicht geben"*, ließ Thieu wissen (Der Spiegel Nr. 15/75).

Nach wie vor ist die Politik des Saigoner Regimes darauf gerichtet, das vietnamesische Volk an der Erreichung seiner Ziele im mehr als dreißigjährigen Befreiungskampf zu hindern; Ziele, die schon zweimal in internationalen Verträgen anerkannt wurden: 1954 in Genf und 1973 in Paris. Nach wie vor helfen die USA dabei dem Marionettenregime. Das Pariser Abkommen hält fest, daß die USA **"alle Truppen, Militärberater und das militärische Personal einschließlich des technischen Militärpersonals und des im Zusammenhang mit dem Befriedungsprogramm tätigen Militärpersonals"** abziehen mußten. Bis heute sind nach Auskunft der US-Regierung 6 000 Amerikaner noch in Südvietnam. Die Provisorische Revolutionäre Regierung berichtet, daß es in Wirklichkeit 25 000 in Zivil gesteckte Militärs seien. Übereinstimmend heißt es in den Presseberichten, daß ohne amerikanisches Bodenpersonal die Thieu-Luftwaffe schon längst nicht mehr fliegen könnte.

Als Verletzung des Pariser Abkommens bezeichnet die bürgerliche Presse, daß von den Befreiungsstreitkräften überhaupt geschossen wird und daß dabei die Marionettentruppen in die Flucht geschlagen werden. Das ist lächerlich. Denn es steht fest, daß zunächst vom Thieu-Regime die Bestimmung des Artikels 3 gebrochen wurde: **"Die Streitkräfte der beiden südvietnamesischen Parteien werden dort bleiben, wo sie sich zur Zeit befinden."** Der "Spiegel" berichtet: *"Ein Jahr nach dem Beginn dieser 'Befriedungsaktion' hatten die Thieu-Truppen mehr Gelände unter Kontrolle als zum Zeitpunkt des Pariser Friedens."* (Nr. 15/75)

Welche der "beiden südvietnamesischen Parteien" das Pariser Abkommen gebrochen hat und fortwährend bricht, das ist überdeutlich. Am 24. März meldete die "Süddeutsche Zeitung": *"Die Veröffentlichung der Pariser Verträge ist in Südvietnam verboten; wer ihren Wortlaut verbreitet, begeht Hochverrat."*

–Red

Ford unterzeichnet Dekret gegen Entlaubung
Eine Konzession an Solidaritätsbewegung

Präsident Ford hat ein Dekret unterzeichnet, in dem die USA darauf verzichten, als erste im Kriegsfall Entlaubungsmittel oder bestimmte Chemikalien zur Kontrolle von "Aufruhr" außer unter bestimmten Umständen anzuwenden. Das meldet die "Süddeutsche Zeitung" am 10. April. Die Unterzeichnung des Dekrets, die laut Ford "im Interesse der nationalen Politik" erfolgte, war laut Pressesprecher Nessen notwendig, weil diese Chemikalien im Genfer Protokoll von 1925 nicht aufgeführt sind. Das Genfer Protokoll untersagt den Einsatz von tödlichem Gas im Krieg. Tatsächlich haben die USA in Vietnam "als erste" in einem solchen Umfang Entlaubungsmittel gegen "Aufruhr" eingesetzt, daß laut "Spiegel" Nr. 15/75 12 Prozent der Agrarfläche und ein Viertel des Tropenwaldes von Bomben und Granaten zerfetzt und auf viele Jahre durch chemische Entlaubungsgifte zerstört wurden.

Imperialistische Rentner-Bourgeoisie

Nach 92-tägiger Kreuzfahrt rund um die Welt ist Großbritanniens Luxusdampfer "Queen Elizabeth 2" wieder in seinen Heimathafen Southampton zurückgekehrt Die Reederei teilte mit, eine Reingewinn von 5,7 Millionen DM erzielt zu haben. 1 400 Passagiere machten die ganze Reise mit. Sie mußten für eine Kabinensuite jeweils 67 000 DM bezahlen. Die meisten Passagiere waren Amerikaner, Briten, Japaner und Deutsche. Neben den üblichen kostspieligen Bordvergnügungen fand für die nichtsnutzige, weltreisende Bourgeoisie ein von Finanzberatern veranstaltetes Seminar über Vermögens- und Anlagefragen statt.

Von Entspannung kann keine Rede sein
Seine Niederlagen machen den US-Imperialismus nicht ungefährlicher

Am Donnerstag der letzten Woche hat US-Präsident Ford eine "Botschaft über die Lage in der Welt" dem amerikanischen Kongreß vorgetragen. Schon im Voraus hatte er angekündigt, dies sei die gewichtigste Rede, die er je vor dem Kongreß halten werde. In dieser Rede hat er die Schwierigkeiten und Rückschläge des US-Imperialismus aufgeführt und keinen Zweifel gelassen, daß die USA weiterhin um die Weltherrschaft ringen werden.

Die Lage in der Welt ist düster für den US-Imperialismus. In Vietnam und Kambodscha erhält er nach den Niederlagen der letzten Jahre die entscheidenden Schläge, die seiner Herrschaft in Indochina ein Ende bereiten werden.

Seine Marionetten versuchen nur noch die Zeit zu gewinnen, um ihre zusammengerafften Goldschätze aus den Trümmern ihrer Regimes zu bergen. Diese Niederlage wird alle Länder in Südostasien ermutigen, sich von der Umklammerung des US-Imperialismus zu befreien. Der US-Imperialismus selber muß seine Aggressionsstützpunkte auf die pazifischen Inseln zurücknehmen.

Im Nahen Osten sind die Bemühungen des US-Imperialismus, eine Regelung auf Kosten des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation durchzusetzen, vorübergehend gescheitert.

Der Versuch des US-Imperialismus, die Widersprüche zwischen der Türkei und Griechenland auszunutzen, um Zypern unter seine Fuchtel zu bekommen, hat zu einer Schwächung der NATO und der amerikanischen Position im Mittelmeerraum geführt.

Der Sieg der Völker von Guinea-Bissau, Angola und Mozambique über den portugiesischen Kolonialismus und der Zusammenbruch des Caetano-Regimes haben ebenfalls zu einer Schwächung der NATO und der USA geführt.

Der spanische Stützpunkt der USA beginnt zu wanken.

In Südamerika hat der vom US-Imperialismus betriebene Putsch in Chile nicht zu einer dauerhaften Festigung des angeschlagenen Einflusses der USA auf diesem Kontinent geführt. Das Putschregime in Chile ist nicht stabil, und andere Staaten legen immer deutlicher ein wachsendes Unabhängigkeitsstreben an den Tag.

Die Siege der Völker Indochinas haben besonders deutlich gemacht, was für den US-Imperialismus in der ganzen Welt gilt: Mit ihm und seiner Macht geht es bergab.

Auch die westlichen Staaten Europas tanzen nicht mehr einfach nach seiner Pfeife. Am Wochenende haben die USA die neun Staaten der EG aufgefordert, sie sollten Nordvietnam wegen seiner angeblichen Verletzung des Pariser Friedensabkommens verurteilen. Die neun Staaten haben dies abgelehnt.

Im Innern der USA erkennen die Arbeiterklasse und das amerikanische Volk immer deutlicher, daß ihre Interessen mit den Interessen des US-Imperialismus und der herrschenden Finanzbourgeoisie nicht übereinstimmen.

Die Opfer für den amerikanischen Aggressionskrieg in Indochina mußte das Volk tragen, die Veteranen aus dem Vietnamkrieg finden heute noch nicht einmal Arbeit und bilden einen Teil des Millionenheeres von Arbeitslosen. In den amerikanischen Massen wächst der Widerstand gegen den Imperialismus und der Defätismus gegenüber seinen Weltherrschaftsabsichten.

All dies zeigt deutlich, daß der US-Imperialismus tatsächlich ein Papiertiger ist. Das heißt nicht, daß der US-Imperialismus nicht länger gefährlich ist. Im Gegenteil, je mehr Schläge er in den letzten Jahren einstecken mußte, umso mehr sinnt er darauf, die verlorenen Positionen zurückzugewinnen.

Der US-Imperialismus kann noch viel Elend über die Menschheit bringen, bevor er endgültig geschlagen wird. Strategisch können die Völker den US-Imperialismus verachten, denn sein umrühmliches Ende steht fest. Taktisch müssen sie ihn jedoch hoch achten und müssen sich seiner Gefährlichkeit voll bewußt sein.

Erst recht müssen sich die Völker der Gefährlichkeit der anderen; aufstrebenden Supermacht, des sowjetischen Sozialimperialismus, bewußt sein. Überall dort, wo die Völker nicht in klarem Bewußtsein den Kampf gegen den US-Imperialismus mit dem Kampf gegen jeden Imperialismus und jedes Streben nach Weltherrschaft verbinden, schlägt der Sozialimperialismus aus den Niederlagen des US-Imperialismus für sich Machtpositionen heraus. Dazu nutzt er die revisionistischen Parteien, wie jetzt in Portugal.

Der Sozialimperialismus will aus den Niederlagen des US-Imperialismus profitieren

Entsprechendes versucht er im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt. Der Sozialimperialismus ist nicht weniger gefährlich als der US-Imperialismus. Sofern ihn die Völker nicht durchschauen, kann er ihnen sogar noch gefährlicher werden als der US-Imperialismus. Durchschauen können ihn die Völker nur, wenn sie nicht auf seine Worte hören, sondern auf seine Taten schauen. In ihren Worten spielt sich die Sowjetunion sozialistisch auf, ihre Taten aber sind imperialistisch. Wie der US-Imperialismus plündert sie die Dritte Welt aus und strebt nach Weltherrschaft. Am schamlosesten treibt sie es in ihrem eigenen unmittelbaren Herrschaftsbereich. Immer mehr verwandelt sie die Länder Osteuropas in ihre Halbkolonien, die sie hemmungslos ausplündert und deren Völker sie für sich arbeiten läßt. Vertragswidrig hat sie erst vor kurzem die Erdölpreise für die RGW-Länder erhöht. Das geplante riesige Netz von Erdgasleitungen läßt sie sich von den RGW-Staaten bauen. Gleichzeitig verschlechtert der Sozialimperialismus die Lage der Arbeiterklasse im eigenen Land. Seit Jahren verspricht die sowjetische Bourgeoisie eine Verbesserung der Versorgung, und seit Jahren werden diese Pläne nicht erfüllt.

Das Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft steuert auf einen Krieg hin

Beide Supermächte streben nach der Weltherrschaft, und je mehr sie durch die Völker der Welt in die Enge getrieben werden, um so rabiater setzen sie diesen Kampf fort. Auch ihre sogenannte Entspannungspolitik ist nichts anderes als Teil ihrer Politik der Vorbereitung des Krieges. Sie dient ihnen dazu, die Völker einzuschläfern und sich gegenseitig zu übertölpeln; sie dient ihnen dazu, sich einen möglichst günstigen Ausgangspunkt für die militärische Auseinandersetzung um die Weltherrschaft zu verschaffen.

Es ist klar, daß der US-Imperialismus die Schläge gegen seine Machtposition nicht einfach schlucken wird und daß er eine dauerhafte Schwächung seiner Position nicht hinnehmen will. Genauso klar ist, daß die andere Supermacht die Schwächung der Positionen des US-Imperialismus nutzen will, um ihre eigenen Positionen zu stärken. Über die Weltherrschaft wird durch die Herrschaft über Europa entschieden. Hier konzentriert sich ein wesentlicher Teil der sachlichen und menschlichen Produktivkräfte. Auf Europa konzentriert sich das Ringen der beiden Supermächte. Hier konzentrieren sich ihre Militärbündnisse und ihre Truppen.

Gegenüber dem Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, das unvermeidlich zum Krieg führen wird, gibt es für die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt nur ein Mittel, das ihren eigenen positiven Zielen voll entspricht: die Strömung "Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution" bewußt zu stärken. Was bedeutet das für die westdeutsche Arbeiterklasse?

In ihrem Interesse liegen die Siege der Völker der Dritten Welt, und deshalb muß sie mit ihren Mitteln zu diesen Siegen beitragen. In ihrem Interesse liegt es, daß sich die Nationen befreien und daß die Staaten der Dritten Welt nach Unabhängigkeit streben. Deshalb darf sie sich nicht vor den Karren der Imperialisten spannen lassen, die z.B. gegen die Ölländer und andere Rohstoffländer hetzen. In ihrem Interesse liegt es jedoch vor allem, daß sie sich in Westdeutschland von der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie befreit, daß sie ihre eigene Herrschaft errichtet. Hat die Arbeiterklasse und hat das Volk unter Führung der Arbeiterklasse den imperialistischen Staat gestürzt, dann sind sie Herr ihrer Geschichte und können mit jedem Angreifer fertig werden.

Die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie wird das Land auf der Seite einer der beiden Supermächte, der USA, in den Krieg treiben, wenn sie nicht vorher gestürzt wird. Mit der westdeutschen Bourgeoisie kann es deshalb keine gemeinsame Sache geben, auch wenn sie an die Arbeiterklasse und das Volk appelliert, gemeinsam Krieg zu führen.

Es kommt darauf an, den Abzug aller fremden Truppen aus der Bundesrepublik zu fordern und für den Austritt aus der NATO einzutreten. Dabei geht es nicht um die pazifistische Hoffnung, sich dadurch aus dem unvermeidlichen Krieg der beiden Supermächte um Europa heraushalten zu können. Vielmehr geht es darum, durch den Kampf für diese Forderungen und durch ihre Erfüllung die soziale Revolution der Arbeiterklasse zu erleichtern, um aus einem Bollwerk des Imperialismus ein Bollwerk gegen den Imperialismus zu machen. Es kommt darauf an, für die Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten; nicht um die "Vaterlandsverteidigung" durch den imperialistischen Staat zu verbessern, sondern um unter Führung der Arbeiterklasse den imperialistischen Staat zu zerschlagen und den Sozialismus aufzubauen.

J.S.

Dieses Bild zeigt die herzliche Begrüßung der Kämpfer von der Volksbefreiungsarmee durch die Bevölkerung in Da Nang kurz nach der Flucht der Söldnertruppen des Thieu-Regimes und ihrer "US-Berater". In der letzten Ausgabe der KVZ haben wir es auf der ersten Seite durch ein Versehen ohne erklärende Unterzeile abgedruckt.

Wiesbaden. Am Samstag, dem 12. April, demonstrierten in Wiesbaden zirka 500 Menschen unter der Forderung: "Weg mit der Busfahrpreiserhöhung!" An diesem Wochenende trat eine Erhöhung der Fahrpreise für die Stadtbusse um 50 % in Kraft. Neben dieser Erhöhung hatte der Magistrat innerhalb von vier Monaten die Strom- und Gaspreise heraufgesetzt.

Aufgerufen hatten zu der Demonstration fünf Stadtteilkomitees, in denen sich inzwischen 130 Menschen organisiert haben. An der Aktionseinheit nahmen der KBW, die KSG, die Sozialistische Schülergruppe und der Rote Fahne Freundeskreis teil.

Hannover: Die Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen sind mit Teilnehmerzahlen zwischen 1 000 und 2 000 weitergegangen. Die Polizei ist mit Einsatz der "chemischen Keulen" (CN-Tränengas) gegen die Demonstranten eingeschritten. Für Mittwoch ist eine große Demonstration gegen das Großraumparlament geplant worden. Außerdem soll der Widerstand gegen die Tariferhöhungen mit Beginn der Hannover-Messe verstärkt aufgenommen werden.

Schleswig-Holstein:

Das Wahlergebnis

Kiel. Aus den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein sind die bürgerlichen Parteien nach ihren eigenen Darstellungen alle als Sieger hervorgegangen.

Tatsächlich ist es aber so, daß alle bürgerlichen Parteien ihre Stimmenanteile einfach stabilisiert haben. Die CDU hat dort überdurchschnittlich viele Stimmen verloren, wo sie vorher überdurchschnittliche Stimmenanteile hatte. Die SPD hat ihre Stimmen in etwa gehalten und liegt ziemlich genau in der Mitte zwischen ihrem schlechten Abschneiden bei den Kommunalwahlen 1970 und ihren 48 % bei den Bundestagswahlen 1972. Die FDP hat ihren Zerfall von 1971, als sie erstmals Koalitionsaussagen in Richtung SPD gemacht hatte, was spektakuläre Übertritte prominenter Politiker zur CDU zur Folge hatte, überwunden. Sie hat sich prozentual dort angesiedelt, wo ihr Stimmanteil im Bundesdurchschnitt in etwa liegt, bei 7,3 %. Die DKP hat 0,4 %, insgesamt 5 915 Stimmen, die Gruppe Rote Fahne (KPD) 696 Stimmen erhalten.

Keine der beiden großen bürgerlichen Parteien ist es also gelungen, auf Kosten der anderen zu profitieren von der Unzufriedenheit der Menschen mit den bestehenden Zuständen. Andererseits gibt es nicht die Alternative zu den bürgerlichen Parteien, die einzige Alternative, die möglich ist: die Partei der Arbeiterklasse.

Das wird sich erst ändern, wenn die Kommunisten weitere Fortschritte im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei machen werden. Der KBW hat sich an diesen Wahlen noch nicht mit eigenen Kandidaten beteiligt. Die Ortsaufbaugruppe Kiel und die Sympathisantengruppen in Schleswig-Holstein haben durch eine Erklärung zu den Wahlen, durch Broschüren und Stände und durch eigene Veranstaltungen in den Wahlkampf eingegriffen und versucht, ihn für die Propaganda für die Ziele der Arbeiterklasse und den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zu nutzen. Was die Gruppe Rote Fahne betrifft, so kann man sagen: Es ist gut, daß es in Schleswig-Holstein 696 Menschen gibt, die für den Namen KPD und für die Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei eingetreten sind. An der Politik der Gruppe Rote Fahne kann das nachweislich nicht gelegen haben, denn die gibt es nicht in Schleswig-Holstein.

Ortsgruppe Kiel / Red.

Hildesheim:

Wiederholung der Wahl

Bei den Nachwahlen in Hildesheim gewann die CDU die Mehrheit. Sie gewann 724 Stimmen dazu, während die SPD 3 908 Stimmen, die FDP 1 145 Stimmen und die DKP 138 Stimmen verlor. Der KBW, der bei der Nachwahl in sechs von acht Wahlbezirken kandidierte, gewann 116 Stimmen.

Kontrollzählungen nach der Wahl im Sommer 1974 hatten ergeben, daß der 47. Sitz für das Stadtparlament nicht der FDP, sondern der CDU hätte zufallen müssen. Danach verschwanden noch 56 Wahlzettel und eine Neuwahl wurde angeordnet. Bei dieser Wahl ging es auch um den Stadtdirektorsposten, der von der Mehrheitsfraktion für 12 Jahre besetzt wird. Obwohl Neuwahlen festgesetzt wurden, hatte die SPD noch ihren Mann mit der jetzt verlorengegangenen Mehrheit für den Posten nominiert und gleich noch ein paar zusätzliche Posten geschaffen und mit SPD-Leuten besetzt. So konnte die CDU mit dem Wahlslogan antreten: Demokratie ins Rathaus, und den Wählern versprechen, daß sie die neuen Posten einsparen könne.

Erfolg hatte sie damit nur in den Bezirken, in denen sie schon die Mehrheit hatte und noch neue Wähler dazugewinnen konnte. In den Arbeitervierteln verlor sie dagegen sogar 54 Stimmen.

Die SPD konnte ihre Wähler jedoch auch nicht mit Einsatz einer Wählerinitiative von Professoren und solchen, die es werden wollen, und auch nicht mit Hilfe der Jusos beieinanderhalten. Auf der SPD-Großveranstaltung waren grad 300, von denen noch 40 die Kommunistische Volkszeitung kauften. Auf einer Juso-Wahlfete, wo eigentlich der SPD-Kandidat in einer Podiumsdiskussion den CDU-Kandidaten fertig machen sollte, gaben die Jugendlichen beiden bürgerlichen Politikern eine Abfuhr.

Die DKP trat als kleine Schwester der SPD auf und wollte, wie sie schrieb, vor allem "dem KBW eine Abfuhr erteilen". Gegen die Krisensituation in Hildesheim (10 000 Arbeitslose) schlug die DKP vor, städtische Sanierungsarbeiten über die Bundesanstalt für Arbeit zu finanzieren, also aus den Arbeitslosengeldern, die von den Lohnabhängigen aufgebracht werden. Das Wahlergebnis der DKP zeigte, daß Revisionismus und Anbiederung an kleinbürgerliche Vorstellungen nicht zur heimlichen Ausdehnung führen, sondern zum allmählichen Schwund und Zusammenbruch dieser bürgerlichen Partei führen werden.

Für die noch junge und jugendliche Ortsgruppe des KBW in Hildesheim sind 116 Stimmen, die sie für das Programm der sozialen Revolution und weg von allen Reformillusionen gewinnen konnte, ein guter Anfang.

–J.M., Hildesheim/Red.–

Betriebsratswahlen bei Klöckner-Humboldt-Deutz Köln

6 Listen standen zur Wahl

Köln. Am 8. April fanden bei Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) Betriebsratswahlen statt. Im Arbeiterbereich standen insgesamt 6 Listen zur Wahl. 4 IGM-Listen, die KHD-Metallarbeiterliste und die Rote Liste.

Zur Listenwahl war es gekommen, weil die KHD-Metallarbeiterliste und die Rote Liste von vornherein eigene Listen aufgestellt hatten. Auf den IGM-Listen kandidiert im wesentlichen der alten Betriebsrat mit dem Betriebsratsvorsitzenden P.Bleffert an der Spitze. Gegen die Politik dieses Betriebsrates hat in den letzten Jahren ein immer größerer Teil der Belegschaft Stellung bezogen, denn er ließ sich nicht von den Interessen der Kollegen leiten, sondern arbeitete eng mit der Geschäftsleitung zusammen. Die Betriebsvereinbarungen, die der Betriebsrat mit den Kapitalisten abschloß, trugen dazu bei, die Lage der Belegschaft Schritt für Schritt zu verschlechtern.

Gegen diese Politik hat sich auch im Betriebsrat selbst und im Vertrauensleutekörper eine Opposition herausgebildet. Diese Kollegen waren es, die auf der KHD-Metallarbeiterliste kandidierten. Ihre eigene Liste begründeten sie damit, daß sie auf keinen Fall zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden P.Bleffert auf einer Liste stehen wollten. Während des Wahlkampfes haben sie dessen Politik als das dargestellt, was sie war, nämlich eine Niederlagenpolitik. Sie haben aber nicht die Einheit der Belegschaft auf der Grundlage von Forderungen zu entwickeln versucht. Ihre schriftlichen Äußerungen spitzten sich immer mehr auf ihren Wahlslogan zu "Wahltag ist Zahltag – auch für Paul Bleffert".

Auf der Roten Liste kandidierten Kollegen der KDP/ML. Sie erklärten, daß sie im Betriebsrat nur Aufdeckungsarbeit bezüglich der Politik von P.Bleffert leisten wollten, und daß der Betriebsrat im übrigen ein In-
daß der Betriebsrat im übrigen ein In-
strument der Kapitalistenklasse und des DGB-Gewerkschaftsapparates sei, um die Arbeiter hinters Licht zu führen. Ein Programm spielte in ihrem Wahlkampf ebenfalls keine Rolle.

Das Ergebnis

Die Wahlbeteiligung bei den Arbeitern mit ca. 68 % lag etwas höher als bei der letzten Wahl. Die Wahlbeteiligung bei den Angestellten lag bei ca. 60 %. Davon bekommen bei den Angestellten die

IGM-Liste 1 899 Stimmen = 8 Sitze
DAG-Liste 889 Stimmen = 3 Sitze
AT-Liste 518 Stimmen = 1 Sitz
(hier stand nur ein Kandidat zur Wahl)

Das Ergebnis im Arbeiterbereich
IGM-Liste 3 716 Stimmen = 13 Sitze
KHD-Metallarbeiterliste 1 903 Stimmen = 7 Sitze
Rote Liste 592 Stimmen = 2 Sitze

Die anderen IGM-Listen spielten keine Rolle.

Damit stellt Bleffert und seine Mannschaft wieder die Mehrheit im neuen Betriebsrat. Gleichzeitig ist das Ergebnis aber auch ein Schlag gegen die Niederlagenpolitik des alten Betriebsrates. Es drückt aus, daß ein großer Teil der Belegschaft mit einer solchen Politik nicht mehr einverstanden ist und für eine Veränderung in der Betriebsratspolitik eintritt. Wohin diese Änderung aber inhaltlich gehen muß, wie eine solche Politik aussehen muß, darüber gibt es keine Klarheit. Gerade das konnte sich in der Wahl auch gar nicht ausdrücken, weil keine der oppositionellen Listen diese Frage in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt hat. Beide Listen, KHD-Metallarbeiterliste und Rote Liste, knüpften bei der Stimmung vieler Kollegen "jetzt müssen mal Neue 'ran" an, ohne darüber Klarheit zu verschaffen, wie und unter welchen Forderungen in Zukunft der Kampf gegen die KHD-Kapitalisten geführt werden muß. Dadurch ist die Möglichkeit vertan, gerade die Betriebsratswahl zu diesem Zweck zu nutzen. Es gibt jetzt einen Betriebsrat, der sich aus drei Fraktionen zusammensetzt und kein einheitlichen Kampforgan der Belegschaft sein kann. Das wird nur den Kapitalisten nutzen.

Das Eingreifen der KBW-Zelle

Die Zelle war davon ausgegangen, daß man die Betriebsratswahlen nutzen muß, um über die Forderungen der Belegschaft in ihrem Kampf gegen das Kapital Klarheit zu gewinnen, die Belegschaft auf solche Forderungen zu vereinheitlichen und auf der Grundlage dieser Forderungen die einzelnen Kandidaten zu überprüfen, inwieweit sie bereit sind, sich als Betriebsräte dafür einzusetzen.

Dazu haben wir zu den wichtigsten Fragen der Belegschaft Stellung bezogen und dazu Forderungen erhoben. Gleichzeitig haben wir der Belegschaft den Vorschlag gemacht, auf der Basis einer Einheitliste der IGM jeden Kandidaten anhand dieser Forderungen zu überprüfen und ihn dazu zu verpflichten, sich zur Durchsetzung des Programms einzusetzen.

Die Motorenmontage. Hier rollen die Kurbelgehäuse aufs Band.

Im wesentlichen enthielt das Programm folgende Forderungen:

Gegen die Arbeitshetze

z.B.: längere Taktzeiten, keine zusätzlichen Arbeiten neben dem Akkord, 3 Springer mehr am Intracband!
am Intracband!
(Schlepperband)

Arbeitsbedingungen

z.B.: LUFT – Absauganlage in der Gießerei!
Klimaanlagen in der "Mechanischen"!
LÄRM – Lärmschutzkabinen an allen Motorprüfständen!
LICHT – regelmäßige Reinigung der Oberlichter!

Gesundheitswesen

Während der ganzen Arbeitszeit muß mindestens ein Betriebsarzt in Deutz und Kalk anwesend sein!

13. Monatslohn (Gehalt) als Weihnachtsgeld für alle!

Offenlegung aller Rationalisierungs- und Verlagerungsvorhaben!

z.B.: Großmotoren, Aggregatbau, Schmiede

Insgesamt waren unsere Kräfte zu schwach, diesen Vorschlag durchzusetzen. Dies hat verschiedene Ursachen. Eine davon ist die Größe des Betriebs (allein in Köln über 15 000 Beschäftigte), weshalb es uns nicht gelang, an allen entscheidenden Punkten **im Betrieb** für die Durchsetzung unseres Vorschlags einzutreten.

Teilweise ist es uns aber gelungen, einige Betriebsratskandidaten auf Abteilungsversammlungen in bezug auf diese Vorschläge zur Rede zu stellen und sie zu klaren Aussagen zu veranlassen. Dabei haben sie sich zum Teil geweigert, überhaupt auf Forderungen festgelegt zu werden, was der Belegschaft ein klares Bild von dieses Kandidaten gab. In einer Abteilung gelang es, einen Kandidaten der IGM-Liste auf Forderungen der Kollegen festzulegen.

Wir haben zwar die Listenwahl nicht verhindern können, aber der Verlauf der Wahlen selber hat gezeigt, daß unser Vorschlag richtig war. Notwendig wird es für die Zukunft sein, die Auseinandersetzung um die Forderungen und Kampfschritte der Belegschaft in den Vordergrund zu stellen und daran den neuen Betriebsrat zu messen. Je mehr es gelingt, in dieser Frage voranzukommen, wird auch für die gesamte Belegschaft die Notwendigkeit eines klassenbewußten und kämpferischen Betriebsrates deutlicher werden. Nur unter dieser Voraussetzung wird es auch gelingen können, einen solchen Betriebsrat zu schaffen.

–J., KHD-Zelle–

Mit dem Akkordsystem oder akkordähnlichen Systemen pressen die Kapitalisten immer mehr Arbeit aus den Arbeitern heraus.

Am 1. Mai wird in vielen Städten die Forderung aufgestellt: Gegen die Verschärfung der Arbeitshetze !Verbot des Akkordsystems!

Ein System der Schweißauspressung

Auf den Howald-Werken / Deutsche Werft soll der Programmlohn eingeführt werden

Die Konkurrenz auf dem Schiffsmarkt ist scharf angestiegen. Um ihre Profite zu sichern, treiben die Werftkapitalisten die Arbeiter verstärkt an und führen ein neues Lohnsystem ein: den Programmlohn.

Bei der AG Weser Bremen ist der Programmlohn, ein System zur verstärkten Schweißauspressung, schon eingeführt worden (siehe KVZ Nr. 11/75). Von den Kieler Howald Werken / Deutsche Werft AG schreibt die Aufbauzelle des KBW:

Die Howald Werke / Deutsche Werft AG sind die größte Werft Westdeutschlands. Allein im Kieler Werk arbeiten über 9 000 Kollegen. Im Hamburger Werk nochmal etwa 6 000.

Seit November 1974 hat es weltweit kaum Tankeraufträge gegeben.

Weil in der Krise die Produktion insgesamt zurückgeht, wird natürlich auch weniger Erdöl als Grundstoff der Produktion gebraucht. In solch einer Sitation mußte der Tankermarkt zusammenbrechen.

1973 betrug der Anteil der Tankertonnage an der gesamten Schiffsproduktion Schleswig-Holsteins 85 %. Genau um diesen Prozentsatz ist im dritten Quartal 1974 das **Gesamt-Auftragsvolumen** der schleswig-holsteinischen Werften zurückgegangen.

Natürlich werden auch weiterhin in begrenztem Umfang seitens der größten Reedereien Neubauaufträge gegeben, aber nur an den, der am billigsten und schnellstens liefern kann.

Beide Voraussetzungen – billiges und schnelles Produzieren – wollen die HDW-Kapitalisten auf ihrer Werft schaffen.

Ein Weg dahin ist die Einführung des Programmlohns

Bisher wird auf der Werft im Akkord gearbeitet. Das brachte die HDW-Kapitalisten in die Lage, sich gegenüber den japanischen Werften konkurrenzfähig zu halten, und der Werft selbst brachte es den Beinamen "Knochenmühle" ein.

Während der Hochkonjunktur nach der Krise von 1966/67 zogen es deshalb Tausende von Kollegen vor, sich eine andere Arbeitsstelle zu besorgen. Das geht heute natürlich nicht mehr, muß man doch froh sein (bei über 5 % Arbeitslosigkeit), wenn man überhaupt noch eine Arbeitsstelle findet.

Kaum ein Kollege wagt den Mund aufzumachen, denn Vorstand und Betriebsrat (in trauter Eintracht) zögern nicht mit Entlassungen.

Diese Situation will der Vorstand nutzen, um die "Arbeitsleistung" weiter zu heben.

Denn der Akkord hat seine Mängel

Hatte man bisher einen guten Akkordschieber (Stundenschreiber), konnte dieser für die Kolonne einige Stunden herausholen, so daß man sich ab und zu eine Pause leisten konnte. Schließlich wäre es den HDW-Kapitalisten zu teuer, für jede Kolonne einen Aufpasser anzustellen.

Die "Stör- und Wartezeiten" konnten die Schieber mit in den Akkord nehmen. Die einzelnen Kollegen konnten darüberhinaus nicht innerhalb der Kolonne (bei einem guten Schieber) gegeneinander ausgespielt werden: Wenn ein Kollege nicht mehr mitziehen konnte, hatte das in der Regel keine Auswirkungen auf den Lohn der anderen Kollegen in der Kolonne.

All das soll ausgeschaltet werden

Wenn eine Programm-Gruppe das Programm nicht in der vorgeschriebenen Zeit schafft, wird eben nicht nur der Lohn eines Kollegen gekürzt, sondern der Lohn aller am Programm beteiligten Kollegen. Die Arbeiter sollen sich dadurch selbst zu schnellerer Arbeit antreiben. Weiterhin werden Vorarbeiter eingespart. Wenn sich jede Programm-Gruppe selbständig um die Einhaltung des Programms kümmern muß, sind Antreiber nicht mehr nötig.

Wenn ein Programm in wesentlich kürzerer Zeit geschafft wird, kann sich die Gruppe nicht (wie beim Akkord) die restlichen Stunden "auf die hohe Kante" legen. Ganz gleich, in welcher Zeit man die Arbeit schafft, mehr als den vorprogrammierten Lohn bekommt man nicht. Nur bei Nichteinhaltung der Zeit bis zu 20 % weniger.

Um die Ausschaltung der Stör- und Wartezeiten muß sich ebenfalls die Gruppe selbst kümmern, weil sie, tut sie das nicht, sich von der Werksleitung wird sagen lassen müssen: "Wenn ihr das Programm nicht einhalten könnt, müßt ihr eben die Störfaktoren (z.B. ältere Kollegen) aus der Gruppe entfernen."

Denn in der Regel werden solche "Störfaktoren" als Grund für die Nichteinhaltung des Programms herhalten müssen.

Die Haltung der Kollegen zum Programmlohn

Weil der Akkord natürlich ein Antreibungs- und Spaltungssystem ist, stehen ihm alle Kollegen negativ gegenüber. Aber weil sie nicht wissen, daß das Programm nur eine andere Art des Akkords ist, stehen sie der Einführung nicht ablehnend, sondern nur skeptisch und abwartend gegenüber. In etwa: "Noch schlimmer als jetzt kann es doch nicht werden."

Wir, die HDW-Aufbauzelle, betonen bei jeder Gelegenheit, daß hier nichts anderes als ein neues Akkordsystem eingeführt werden soll und nicht die Art der "gerechteren Lohnfindung" (so der Vorstand und die IG Metall).

Und wir sagen, daß es notwendig ist, gegen **jede** Akkordarbeit und **jedes** akkordähnliche Lohnsystem vorzugehen.

Darüber gilt es im Betrieb eine Einheit herzustellen, von der aus dann der Kampf gegen jedwedes Akkordsystem bei HDW geführt werden muß. Auf dieser Grundlage muß die Forderung nach gesetzlichem Verbot der Akkordarbeit und akkordähnlicher Systeme in der Gewerkschaft verbreitet und verankert werden und als Forderung der Arbeiterklasse gegenüber dem Staat aufgestellt werden.

H., HDW Kiel

Stahlbauhalle im Dietrichsdorfer Werk der HDW

Bremer Vulkan-Werft vor der Betriebsratswahl

8 Branchen stellten Forderungen

Bremen. Nach der Aufstellung der Einheitsliste für die Betriebsratswahlen war es ruhiger geworden um die Betriebsratswahlen. Erst jetzt, eineinhalb Wochen vor der Wahl, geriet wieder Bewegung in die Wahlen: In verschiedenen Branchen wurden von sozialdemokratischen Kollegen der SPD-Betriebsgruppe bzw. aus deren Dunstkreis Versammlungen einzuberufen. Thema waren die Betriebsratswahlen, Zweck war es, Stimmenfang zu betreiben.

Auf den Versammlungen pochte man auf die Branchenbeschränktheit bei den Kollegen. Man jammerte, schon im alten Betriebsrat sei die eigene Branche unterrepräsentiert gewesen gegenüber den großen Branchen. Deshalb benötige man aber mehr Kollegen der eigenen Branche im Betriebsrat, um auch entsprechend die Interessen der Branche vertreten zu können und deshalb sollen alle Kollegen der Branche solidarisch und nur Kandidaten der eigenen Branche zu wählen.

Solcherart Blockbildung eigener Branchen käme dem Wunsch gleich, kreuz und quer durch den Betrieb Zäune ziehen zu wollen.

Gedient wäre mit dieser Spaltung nur den Kapitalisten, die aufgesplitter uns leichter schlagen können, sowie dem Hintern einiger rechter Sozialdemokraten, die darüber in den Betriebsrat gelangen könnten. Die Belegschaft aber kann nur etwas erreichen, wenn sie einig ist. Einig gegenüber den Kapitalisten. Einig über die dringendsten Forderungen zur Verbesserungihrer Lage. In diesem Sinne gelang es uns, gemeinsam mit fortschrittlichen Kräften in diesen Versammlungen voranzukommen. Die Taktik der rechten Sozialdemokraten erlitt Schiffbruch. Stattdessen kam die Einheit der Belegschaft gegenüber den Kapitalisten voran, indem in der letzten Woche vier Branchen Forderungsprogramme beschlossen haben. Damit haben insgesamt bisher acht Branchen mit über 1 000 Arbeitern ihre Betriebsratskandidaten auf zumeist gleichen Forderungen (die wichtigsten: 13 Monatslohn, Schaffung einer Betriebskantine, 35 % Mindestakkordabsicherung, Werksarzt unter Kontrolle des Betriebsrats) festgelegt.

–P., Bremer Vulkan–

Streik gegen Entlassungen bei VW Salzgitter

Protestkundgebung und Streik in Salzgitter

Salzgitter. Gegen die geplante Stillegung des Fahrzeugbaus im VW-Werk in Salzgitter hatte die IGM in einer Protestkundgebung am Samstag, den 12.4., in Salzgitter-Lebenstedt aufgerufen. Sie fand zwei Tage vor der Aufsichtsratssitzung statt. Es kamen 3 000 Arbeiter von VW und anderen Betrieben aus Salzgitter. Am Montag, den 14.4., einige Stunden vor Beginn der Aufsichtsratssitzung, traten die Kollegen des Fahrzeugbaus in den Warnstreik.

Sie bildeten einen Demonstrationszug und gingen zum Werkstor, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie den Kampf gegen die Entlassungen aufgenommen haben. Der Streik, der in der Frühschicht begann, wurde von der Spätschicht fortgeführt.

Die Kundgebung am Sonnabend wurde noch nicht zu einer machtvollen Demonstration gegen die geplanten Massenentlassungen. Die Sozialdemokraten hatten dazu aufgerufen, unter der Parole: Mindestens gleiche Lastenverteilung für alle Werke. Es ist kein Wunder, daß das Motto: Geteiltes Leid ist halbes Leid – nicht viele Kollegen vom Hocker reißt. Denn wenn man entlassen wird, ist es für den einzelnen ziemlich gleich, ob er einer von 3 500 oder einer von 1 750 ist. Und für die verbleibenden Kollegen wird sich die Arbeitshetze bei jeglicher Entlassung verschärfen. Das zeigen die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen.

Die Kollegen stimmen nicht damit überein, daß sie "Opfer bringen" sollen

Notwendig ist eine geschlossene Front gegen die Stillegungs- und Entlassungspläne und die damit verbundene Arbeitshetze.

Auf der Kundgebung am Sonnabend wurden SPD-Sprecher ausgepfiffen und ausgebuht und zum Aufhören aufgefordert, als sie davon sprachen: "Die Sozialdemokraten werden euch nicht im Stich lassen." Konnte der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft zu Arbeitnehmerfragen von Braunschweig, Michael Weber, nur mit Mühe zu Ende sprechen, so wurde H.Globig, 1. Bevollmächtigter der IGM in Salzgitter, zum Abbruch seiner Rede gezwungen, als er von den Verdiensten der SPD-Regierung sprach. Von diesen Sprüchen hatten die Versammelten genug. Sie wollen die Entlassungspläne nicht hinnehmen. Der Vorsitzende der SPD-Betriebsgruppe stellte fest: "Die Verlagerung der Passatfertigung von Salzgitter nach Wolfsburg ist für die Belegschaft unannehmbar, denn dies wäre der erste Schritt zur Verlegung des VW-Werks Salzgitter."

Den Entlassungs- und Stillegungsplänen des Aufsichtsrats kann aber nicht durch Reden allein, sondern nur durch Handeln wirksam entgegengetreten werden. Die VW-Belegschaft folgte dann auch nicht der Aufforderung des Vorsitzenden der SPD-Betriebsgruppe, "durch besonnene Haltung der Forderung nach Erhaltung der Arbeitsplätze Nachdruck zu verleihen". Diesem Stillhalteappell folgten die VW-Arbeiter nicht. Sie sind nicht bereit, stillzuhalten, wenn Tausende auf die Straße gesetzt werden sollen. Mit dem Streik am Montag haben die VW-Arbeiter von Salzgitter den Kampf aufgenommen. Sie halten nichts von dem Geschwätz: "Wir müssen Opfer bringen"

–KBW-Sympathisantengruppe Salzgitter–

Mitteilung an die Belegschaft

Dieser Aushang wurde in Salzgitter von der VW-Geschäftsleitung an die Schwarzen Bretter angeschlagen.

"Es ist in unserem Unternehmen zu Arbeitsniederlegungen gekommen. Diese Arbeitsniederlegungen sind ein wilder Streik. Jeder wilde Streik ist rechtswidrig, und wer daran teilnimmt, verstößt gegen die von allen Werksangehörigen einzuhaltende Friedenspflicht. Wer sich an einem wilden Streik beteiligt, erhält für die Dauer der Arbeitsniederlegung keinen Lohn, bei dem entfällt die Krankenkasse und Versicherungsschutz, der muß mit fristloser Entlassung rechnen. Der unberechtigte Aufenthalt in anderen Betriebsteilen oder Abteilungen ist nach der Arbeitsordnung nicht gestattet. Verstößt jemand dagegen, sind dies besondere Anhaltspunkte für eine Beteiligung an einem wilden Streik. ... Wir erwarten, daß alle Werksangehörigen an ihren Arbeitsplätzen verbleiben und ihre Arbeit ordnungsgemäß verrichten."

Weiter heißt es: Falls es zu wilden Streiks kommen sollte, sollen sich die Arbeitswilligen bei den Meistern melden.

Die Arbeiter des VW-Werkes traten gegen die Entlassungspläne am Montag in den Streik. Die Konzernherren haben Furcht bekommen vor der Solidarität der VW-Arbeiter. Sie haben Furcht, daß ihre Pläne, Zehntausende von Arbeitern auf die Straße zu werfen, von eben diesen Arbeitern durchkreuzt werden. Sie wissen, wie gefährlich für ihre Entlassungspläne das entschlossene einheitliche Vorgehen der Arbeiter ist. Daher drohen sie mit fristloser Entlassung und wollen Kampfmaßnahmen der Arbeiter von vorneherein verhindern.

Die Arbeiter bei VW werden sich durch diese Einschüchterungen nicht von dem Kampf gegen die Entlassungspläne abbringen lassen.

Interview mit einem Audi-NSU Arbeiter

Frage: Der Aufsichtsrat hat heute seine Entscheidung über die Sanierung des VW-Konzerns getroffen. Danach sollen 4 700 Audi/NSU-Kollegen entlassen werden. Was meinen Sie dazu?

Antwort: Ich mein' erst mal gar nichts mehr.

Frage: Bei den 4 700 Entlassungen können Sie doch aber auch dabei sein.

Antwort: Ich hoffe natürlich nicht, daß ich entlassen werde. Aber im Grunde ist das egal. Die Entscheidung ist für alle gleich schlecht. Auch für die ausländischen Kollegen.

Frage: Was sagen Sie zu der Meinung einiger Kollegen, die wollen, daß zuerst die ausländischen Kollegen entlassen werden sollen?

Antwort: Diese Einstellung nützt uns gar nichts. Die ausländischen Arbeiter arbeiten mit uns zusammen. Sie sind unsere Kollegen. Wenn wir uns jetzt auseinanderbringen lassen, sind wir gleich verloren.

Frage: Heute Morgen war eine große Betriebsversammlung von Früh- und Normalschicht. Wie war da die Meinung der Kollegen? Seither wurden schon die Betriebsbesetzung und die Verhinderung des Abtransports von Maschinen gefordert.

Antwort: Diese Forderungen werden bei den Kollegen diskutiert. Ich finde sie richtig.

Frage: Die örtliche Gewerkschaftsführung hat Aktionen gemacht. Halten Sie diese für ausreichend?

Antwort: Nein. Die Gewerkschaft hat viel zu spät gehandelt. Die Hälfte der Kollegen soll entlassen werden. Das ist ein starkes Wort. Dagegen darf man nicht nur eine Kundgebung machen.

Frage: Wie war die Information im Betrieb und wie haben sich die Betriebsräte, voran Betriebsratsvorsitzender Karl Walz, verhalten?

Antwort: Von den Betriebsräten haben wir fast keine Informationen gehört, ab und zu mal was von einem Vertrauensmann. Aber die haben auch kaum was gewußt. Da ist ganz schlecht informiert worden. Der Karl Walz ist kein richtiger Interessenvertreter. Wenn einer von den Kollegen gewählt worden ist, dann kann er nicht auf beiden Schultern Wasser tragen wollen. Entweder er steht auf der einen oder auf der anderen Seite. Viele Kollegen sind mit dem Karl Walz unzufrieden.

Frage: In dem Aufsichtsrat, der die Entscheidung getroffen hat, daß 25 000 Kollegen bei VW entlassen werden sollen, sitzen auch Arbeitnehmervertreter. Meinen Sie, daß Ihnen diese Leute in so einem Aufsichtsrat etwas nützen beziehungsweise: Was halten Sie von der Mitbestimmung?

Antwort: Überhaupt nichts. Dort wird die andere Seite immer einen mehr haben. Das nützt uns Arbeitern überhaupt nichts. Wenn der Karl Walz entlassen wird, dann sitzt er morgen im Aufsichtsrat.

Frage: Was halten Sie von dem Vorschlag der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, den Zeitraum zu verlängern, in dem die Kollegen entlassen werden sollen?

Antwort: Damit ist gar nichts gewonnen. Unseren Arbeitsplatz sind wir trotzdem los. Und hier kriegen wir auf jeden Fall keinen mehr. Der Vorschlag der Arbeitnehmervertreter täuscht uns über die tatsächlichen
täuscht uns über die tatsächlichen
Verhältnisse. Aber jetzt muß ich zu meinem Bus.

R., E., Sympathisantengruppe Heilbronn

Solidarität mit den Streikenden in Erwitte

Die streikenden Arbeiter des Zementwerkes Seibel in Erwitte rufen die Lohnabhängigen der ganzen Umgebung auf, zu einer 1. Mai-Kundgebung nach Erwitte zu kommen.

Nachdem auch der zweite Schlichtungsversuch gescheitert ist, geht der Streik bei Seibel weiter.

Seibel ist zur Schlichtungsverhandlung erst gar nicht erschienen. Er ließ nur brieflich mitteilen, daß er nicht verhandelt, weil die Arbeiter aus seinem "Werk" 2 an einer Betriebsversammlung eines anderen Betriebs teilgenommen haben. Seibel nennt das Treuebruch.

Genauso gescheitert ist auch der Versuch der Gewerkschaftsführung, ein Krisenkartell zustande zu bringen. Die Kapitalisten, die in der Zementindustrie eine gute Position haben, sind zu der Verhandlung über die Bildung des Kartells nicht gekommen. Das aber hat die Kollegen nur enger zusammengeschlossen und weitergebracht. Sie diskutieren neue Aktionen, mit denen sie den Kampf um ihre Arbeitsplätze weiterführen werden. Darüberhinaus verstärkt sich die Solidaritätsbewegung von Woche zu Woche. Der KBW hat in Paderborn Spendensammlungen durchgeführt und setzt sie fort. Während einer Stadtaktion haben wir die Paderborner Bevölkerung über den Kampf der Kollegen in Erwitte informiert.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung vom DGB in Paderborn berichteten die Kollegen, daß inzwischen über 40 000 DM gespendet wurden. Während der Veranstaltung hat sich ein Solidaritätskomitee gebildet, das die Solidaritätsbewegung in Paderborn organisieren soll.

Ein Ziel des Komitees wird es sein, zu der 1.Mai-Kundgebung in Erwitte zu mobilisieren. Zu dieser Kundgebung rufen die Seibel-Kollegen die Bevölkerung der ganzen Umgebung auf. Dazu der Sprecher der Kollegen: **"Die Arbeiterbewegung in Westdeutschland ist nicht tot. Sie lebt und sie wird stärker werden. Am 1.Mai müssen wir für unsere Forderung auf die Straße gehen."**

–H., K., Ortsaufbaugruppe Paderborn–

Emden

Das Interesse war groß

Emden. Unser KVZ-Stand fand diesmal das rege Interesse der Emder Bevölkerung. Thema des Standes: Drohende Massenentlassungen bei VW.

Für eine Stunde konnten wir über dreißig Menschen um uns sammeln. Sehr schnell kam die Diskussion auf die allgemeinen Ziele der Kommunisten. Eine gute Sache. Dabei waren wir aber immer in Gefahr, uns auf allgemeines Terrain ablenken zu lassen und daß unsere Vorschläge zur Herstellung der Einheit der VW-Belegschaften gegen die Massenentlassungen zu sehr in den Hintergrund gerieten.

Dies ist sicherlich zum Teil der Situation geschuldet, daß wir noch lernen müssen, plötzlich großen Menschenmassen gegenüberzutreten. Es ist uns aber gelungen, das Motto des VW-Konzerns, der Regierung und jetzt auch der IG-Metall-Führung "Geteiltes Leid ist halbes Leid" zurückzuweisen, da ja das Leid bei den Arbeitern auf jeden Fall hängen bleiben soll.

W., Kommunistische Gruppe Emden

Keine Massenentlassung

Auf der Kundgebung in Salzgitter

Betrifft: KVZ Nr. 14 vom 10. April, Seite 5
Massenentlassungen im VW-Konzern Zehntausende sollen ins Elend gestürzt werden

Ihr schreibt im Absatz "Jahrzehntelang für Milliardenprofite geschuftet":

"Vielen wird nichts anderes übrig bleiben, als die sich mühsam ersparten Häuschen zu verkaufen und in die Großstädte zu übersiedeln, wo es eher möglich sein wird, Arbeit zu finden."

Ein Mann erzählte mir: Seine Eltern hatten bei Salzgitter einen Kolonialwarenladen. Bereits in den Zeiten der Kurzarbeit sei es so gewesen, daß die VW-Familien ihre Lebensmitteleinkäufe anschreiben lassen mußten, weil das Geld so knapp war. Dies war früher nicht der Fall. Die VW-Arbeiterfamilien haben sich mühsam das Geld für die auf Kredite gekauften VW-Arbeitssiedlungshäuser vom Munde abgespart. Bei der Kurzarbeit mußten sie mit weniger Geld ihre monatlichen Zins- und Kreditraten in voller Höhe weiter zahlen.

Jetzt, wo sie entlassen werden, wo sie ihre Häuser verkaufen müssen, werden sie genauso wieder von der Bourgeoisie betrogen wie damals, als sie die Kredite zu hohen Zinsen aufnahmen. Entweder sie werden keine Abnehmer finden, vermieten wird auch schlecht gehen, weil ja keine Arbeitsplätze mehr in der Nähe sind, also wird sich ein Bank- oder Kreditinstitut durch billige Käufe bereichern.

Wenn wir am Freitag und Samstag auf der Straße aufrufen werden, die Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit am 19. April in Frankfurt zu unterstützen und mitzumarschieren, werden wir auch über die zu ergreifenden Maßnahmen gegen die Entlassungen der VW-Arbeiter diskutieren. Der Kampf der VW-Arbeiter wird eine breite Solidarität in der Arbeiterklasse finden.

Be., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Frankfurt

IG Chemie-Verwaltungsstelle Mannheim:

Tarifkommissionsmitglieder ausgetreten

Mannheim. Auf Drängen der Betriebsräte und Vertrauensleute der einzelnen Betriebe hat die Verwaltungsstelle der IG-Chemie Mannheim am 11.4. eine Vertrauensleute-Vollversammlung einberufen, zu der knapp über 100 Vertrauensleute kamen. Anlaß dazu war der miserable und spalterische 6,8 % Lohn- und Gehaltsabschluß sowie der Abschluß im Bereich des Manteltarifvertrages.

Dieser Nacht- und Nebelabschluß wurde durch die Tarifabteilung des Hauptvorstandes und die Bezirksleiter der IG Chemie bereits am 25./26.3. mit den Chemie-Kapitalisten vereinbart.

Die Tarifkommissionsmitglieder, die Vertrauensleute und die Mitglieder erfuhren davon allerdings erst am 1. April.

Zwei Tarifkommissionsmitglieder erklärten auf der Vertrauensleute-Vollversammlung ihren Austritt für alle Zeiten aus der Tarifkommission. Bezirksleiter Altmann erklärte, die 6,8 % seien aufgrund des IG-Metall-Abschlusses vorgegeben und man hätte in diesem Jahr mehr Wert auf "soziale Sicherheit" gelegt. Die Verhandlungen seien äußerst schwer gewesen. Das Ergebnis sei gut und er empfehle die Annahme.

In der Diskussion verurteilten fast alle Diskussionsredner das diktatorische Vorgehen des Hauptvorstandes und stellten einen groben Verstoß gegen die Satzung fest.

Ein Kollegen sagte: "Wenn Kollegen gegen die Satzung verstoßen, werden sie ausgeschlossen. Man muß aber heute wieder feststellen, daß es immer die Falschen sind, man sollte sich diesbezüglich viel eher mal an den Hauptvorstand wenden."

Tarifkommissionsmitglied Rübel von der Rhein-Chemie wollte sich nicht mit dem Ergebnis auseinandersetzen. Er kritisierte heftig das Verfahren und erklärte seinen Austritt aus der Tarifkommission, in der er auch künftig keinen Platz mehr habe. Früher hätte man mal Betriebstarife angestrebt, aber wo sind wir heute?!

Tarifkommissionsmitglied Gottschalk von Lever-Sunlicht hatte Grützer vom Hauptvorstand für heute eingeladen, der aber leider wegen mangelnden Mutes nicht hergekommen sei.

Er meint allerdings auch, daß ein "besserer materieller Abschluß" nicht zu tätigen gewesen wäre. "Das Verfahren jedoch ist ein grober Verstoß gegen Grundsatz und Geist der Tarifpolitik. Hier wird Tarifpolitik per geheimen Kabinettssitzungen degradiert, wobei die Linie vom Chemie-Ring bestimmt wird. Tarifpolitik soll maßgeblich von Mitgliedern und noch maßgeblicher von den Vertrauensleuten getragen werden."

Tarifkommissionsmitglied Reichwein bedauert, daß kein Tarifkommissionsmitglied den Mut findet, sowohl gegen das Verfahren wie auch gegen den Abschluß zu sprechen. Er jedenfalls lehne beides ab. Außerdem nimmt er Altmann nicht ab, daß die Verhandlungen äußerst schwer waren. Sie waren nicht schwerer und nicht leichter als in der Vergangenheit auch. Reichwein nun wörtlich: "Und hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Tarifkommission für alle Zeit!"

Von Kollegen von Boehringer, Weyl und Metzeler wurden Abschluß und Verfahren abgelehnt: *"Für die Masse bringt der Abschluß weniger als 100 DM brutto. Das ist sehr schlecht. Bei der hohen Preissteigerung werden die Arbeiter wieder tüchtig zu Kasse gebeten. Bei den Prozentabschlüssen geht die Schere zwischen den Löhnen immer weiter auseinander, für K 1 unter 20 Jahren kommen 65 DM, für T 5 jedoch 205 DM heraus."*

Bei der Abstimmung wurde die Verfahrensweise einstimmig abgelehnt. Gegen den Abschluß stimmten 19 Kollegen, 2 enthielten sich.

–D./Red.–

Tarifkommission Bezirk Nordmark lehnt den Chemie-Abschluß ab

In Hamburg hat die Tarifkommission das Arbeitsplatzsicherungsabkommen einstimmig abgelehnt, weil es nichts bringt. Der Abschluß von 6,8 % wurde mit knapper Mehrheit von 10 bis 12 Stimmen abgelehnt, weil sich die Kollegen übergangen fühlen. Zusätzlich wird in einer einstimmig angenommenen Protestresolution an den Hauptvorstand die Verhandlungstaktik scharf kritisiert. K.

Bericht von der IG Druck-Mitgliederversammlung Frankfurt

Abstimmung in der Tarifkommission

Frankfurt. Das Tarifkommissionsmitglied der IG Druck und Papier, W.Exener, sprach auf der Mitgliederversammlung am 11.4.. Er berichtete von der Abstimmung in der Großen Tarifkommission über den 6,4 %-Vorschlag zur Lohnerhöhung.

Die Große Tarifkommission hatte am 8.4. mit 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen für die Annahme der 6,4 % gestimmt. Exener sagte, daß er selbst mit Nein gestimmt habe.

Weiter berichtete er, daß die Kapitalisten eine generelle Zusage für die Nichtanrechnung der Lohnerhöhung auf den Effektivlohn nur bei einem "extrem niedrigen" Abschluß geben wollten. Viele Kollegen äußerten ihren Unmut über den getätigten Abschluß. Es wurde erkannt, daß wir im diesjährigen Lohnkampf nur mit dem Rücken zur Wand stehen und alles daran setzen müssen, um zu verhindern, daß wir nun die paar Pfennig durch die Anrechnung auf den Effektivlohn auch noch in den Wind schreiben müssen. Dies wurde auch vom Vorstand so gesehen.

Von "SPD-Regierung schonen" war die Rede, die den Kapitalisten zeigen wolle, daß sie mit Hilfe der Gewerkschaften in der Lage sei, die Arbeiterklasse dem kapitalistischen Lohndiktat zu unterwerfen. Ein Kollege meinte richtig, daß uns die Druckkapitalisten nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch und gerade in Anbetracht der gegenwärtigen Krise eine politische Ohrfeige verpaßt haben.

Der Vorstand sprach von einer schwachen Mobilisierung der Kollegen, worauf Kollegen meinten, daß man die Kampfstimmung der Kollegen mittels einer Urabstimmung gut hätte testen können.

Es wurde auch von einigen Kollegen betont, daß natürlich die Aufstellung der 10 %-Forderung eine schlechte Ausgangslage war, um die breite Front der Kollegen herzustellen, wozu nur eine Festgeld-Forderung geeignet gewesen wäre, die an vielen hundert Orten aufgestellt war. Aber in unserer Gewerkschaftszeitung wurde nichts berichtet.

Eine Resolution, die der Mitgliederversammlung zur Abstimmung vorgelegt wurde, die den 6,4 %-Abschluß mißbilligt und Kritik an der Verhandlungsführung der Großen Tarifkommission übte, wurde nach heftiger Auseinandersetzung mehrheitlich abgelehnt.

Textilindustrie

Äußerst geringe Löhne

Tarifabschluß in der Textilindustrie Westfalens

Am 9.4. sind die Tarifverhandlungen für die Arbeiter in der Textilindustrie Westfalens und Osnabrücks abgeschlossen worden. 70 000 Kollegen und Kolleginnen sind in diesem Bereich beschäftigt.

Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) ist mit einer Forderung von 9 % in die Verhandlungen gegangen. Abgeschlossen hat sie jetzt bei 6,6 % mehr Lohn für alle Lohnsätze, zusätzlich ein Tag Urlaub mehr und 25 DM mehr Urlaubsgeld. Die Laufzeit beträgt ein Jahr. Der Abschluß ist der erste in diesem Jahr auf Bundesebene und er soll laut Aussagen der GTB als Leitlinie für weitere Verhandlungen dienen.

Wie sieht die Lage der Textilarbeiterinnen und Arbeiter aus? Bericht aus dem Freiburger Textil-Betrieb MEZ

Bei der MEZ AG Freiburg ist der Druck auf die Belegschaft in der letzten Zeit ungeheuer gestiegen. Ein Kollege erzählte mir, daß an seiner Maschine 1971 pro Schicht 1 500 Kartons Garnwickel umbändert, eingelegt und verpackt wurden. 1974 waren es 2 500. Mit denselben Leuten. Das ist eine Steigerung um 66 %. Der Kollege meint: Sobald die Maschine mal steht, kommt sofort einer an um nachzufragen, warum die Maschine steht. Pausen sind nicht mehr drin, auch keine Zigarettenpausen. Die Maschine soll möglichst die ganze Schicht durchlaufen.

In der Kreuzspulerei mußte eine Frau 6 Maschinen bedienen, am Abend war sie körperlich und nervlich vollkommen fertig. Die Beispiele über maßlose Akkordhetze lassen sich in jeder Abteilung finden.

Ähnlich sieht es bei den Zeitlöhnern aus. Kaum hast du eine Arbeit begonnen, soll sie schon fertig sein. Die Maschinen dürfen keinen Moment stillstehen, also müssen alle, die zu ihrer Bedienung und Wartung verantwortlich sind, springen. Für ordentliche Reparaturen ist keine Zeit. Es wird einfach zusammengeschustert, bis der Karren wieder läuft.

In Werk III werden die Frauen auf dem Lager zu immer größeren Leistungen angetrieben. Vor kurzem haben sie sich extra einen Refa-Spezialisten besorgt, der öfter mal in die Abteilungen kommt und sich dann aufschreibt, wer gerade rumsteht. So schafft sich die Geschäftsleitung "objektive" Unterlagen, um den Laden durchzuforsten. Die Schwächste mußte gehen. Die Frauen haben Angst, daß jetzt die nächste drankommt.

Harte Arbeit – Geringe Löhne

Trotz der anstrengenden Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen Tag für Tag zu leisten haben, sind die Löhne äußerst gering. Die Spulerinnen an der DRIMA-Automaten in unserer Abteilung liefern pro Schicht etwa
Abteilung liefern pro Schicht etwa
1 600 Spulen ab. Eingestuft sind sie in Lohngruppe III, das sind laut Tarif 5,97 DM. Im Akkord kommen sie einschließlich einer betrieblichen Zulage auf etwa 7,50 DM. Die Einlegerinnen an den Umbändermaschinen sind nicht besser dran. Für den ganzen Tag Garnrollen in Pappkisten einlegen, eine stupide, ganz mechanische und deshalb ganz besonders anstrengende Arbeit, kommen sie auf 7,30 DM im Akkord! Gerade für die Einlegerinnen ist aber in Zukunft nicht gesichert, daß sie diesen Lohn auch weiter erhalten. Für diese Arbeiter werden demnächst Maschinen angeschafft, dann werden Leute überflüssig. Eine Frau aus unserer Schicht mußte zum Beispiel in die Industrie-Spulerei. Dort bekommt sie für eine Arbeit, die sie mehr anstrengt, als die alte, 30 Pfennig weniger.

Die Schlosser verdienen tariflich 6,80 bis 7,25 DM, je nachdem wie lange sie im Beruf schaffen. Für einen Fachmann, der sämtliche Reparaturen ausführt und vollkommen selbstständig seit Jahren arbeitet, zahlen sie effektiv 8,25 DM aus. Davon ist 1 DM Zulage, die jederzeit gestrichen werden kann. Bei einem Monatslohn von unter 1 100 DM wird er schwer sein, eine Familie mit mehreren Kindern zu ernähren.

Putzfrauen bekommen für ihre 8 StundenRackerei ganze 6,60 bis 6,80 DM.

Vor einem halben Jahr haben sie einen gelernten Former eingestellt, der bis zu 5 Maschinen, auf denen Papphülsen geleimt werden, bedienen mußte. Das sind uralte Klöpfer, bei denen jede Umstellung viel Arbeit macht. Der Mann hat sich abgeschuftet. Einstellungslohn 6,19 DM. Versprochen wurde ihm nach 8 Wochen Einarbeitungszeit 6,90 DM. Die hat er nie zu Gesicht bekommen. Als er dann kündigte, tat man erstaunt, die Lohnerhöhung hätte schon bei der Betriebsleitung auf dem Tisch gelegen, sie hätte nur noch unterschrieben werden müssen!

Die 9 %-Tarifforderung ist zu wenig

Für die Kollegen erweist sich die "Tarifkonzeption" der Gewerkschaftsführung als Geschwätz. Da ist die Rede davon, daß die Gewerkschaft das Ziel habe, den Lebensstandard zu erhalten, daß die Textiler an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt werden sollen usw.

Wie soll das gehen, bei einer Forderung von 9 % fragen die Kollegen. Einer meint: "Das schlimmste ist, daß die 9 % auf den Tarif kommen. Mit dem hinken wir sowieso um eine Mark hinter den anderen her. Jede Prozentforderung hängt uns noch mehr ab. Die Prozentforderung ist ungerecht. Für alle ist das Brot teurer geworden."

Ein ausländischer Kollege meint:
Ein ausländischer Kollege meint:
"Die Prozentforderung ist spaltend. Sie trennt uns untereinander und von den Kollegen der anderen Branchen. Die Gewerkschaftsführung, die wird wohl bei höchstens 6 % abschließen."

Ein solcher Abschluß würde uns mit Sicherheit noch weiter zurückwerfen und den Kapitalisten im Gegenzug noch mehr Möglichkeiten geben, immer mehr Arbeitsleistung aus uns rauszupressen. 9 % auf den Tariflohn wären brutto für die meisten unter 100 DM im Monat mehr. Das ist zuwenig, damit können wir die Preissteigerungen nicht auffangen!

Was wir brauchen, ist ein Betrag für alle gleich, der es uns ermöglicht, anständig zu leben. Wenn die Textilarbeiter die Preissteigerungen und die schlechten tariflichen Ausgangspositionen zusammenrechnen, werden sie feststellen, daß sie um 200 DM mehr brauchen.

–U., Aufbauzelle MEZ, Freiburg–

7%-Abschluß im Ruhrbergbau

Dortmund. Am Samstagvormittag wurde das Ergebnis der diesjährigen Tarifrunde im Ruhrbergbau bekannt: Eine Lohnerhöhung von 7 %, jeweils ein Tag mehr Urlaub in den nächsten Jahren sowie eine gewisse Erhöhung der Jahresprämie.

Seitens der IG Bergbau und Energie war gefordert worden: 9,5 % Lohnerhöhung und drei bis vier Tage mehr Urlaub. Unter den Bergarbeitern war schon diese Forderung als Zugeständnis an die Bundesregierung (aus "Stabilitätsgründen") aufgefaßt worden; bei der gegenwärtig günstigen Wirtschaftslage des Steinkohlenbergbaus hätte sicherlich mehr rausgeholt werden können.

In den letzten Monaten ging die Nachfrage weit über die Förderung hinaus, so daß die Kohlelieferungen zu großen Teilen von den Halden genommen werden mußten. Über Zechenstillegungen wurde nicht mehr diskutiert, dagegen über das Abteufen neuer Schachtanlagen im Norden des Ruhrgebietes.

Noch im Januar hatte Ruhrkohle-Vorstandschef Bund zugegeben, daß das übliche Argument, eine ausreichende Lohnerhöhung würde zu weiteren Zechenstillegungen und Preissteigerungen führen, diesmal nicht zieht: Er erklärte in aller Öffentlichkeit, *"ganz unabhängig von der bevorstehenden Lohnerhöhung"* würde es 1975 keine Kohlepreiserhöhungen geben.

Anfang Februar erklärte die IG Bergbau und Energie in der "Einheit", die Bergleute "seien wieder wer", und das müsse sich auch in der Lohnerhöhung ausdrücken. Ende Februar war stattdessen die Rede davon, in der Bergbautarifrunde müsse natürlich auch die "gesamtwirtschaftliche Vernunft" walten.

Im März wurde das Angebot von 9,5 % gemacht, und der Vorstand der IG Bergbau und Energie erklärte, hier gebe es nur einen "ganz geringen" Verhandlungsspielraum.

Im April wurde verhandelt, und raus kamen schließlich die besagten 7 %.

Dabei war eine ausreichende Lohnerhöhung dringend erforderlich.

Schon bei der letzten Tarifrunde wurde um etwa 4 % unter der Gewerkschaftsforderung abgeschlossen; der Abschluß lag damals bei 12,7 % und wurde von vielen als zu niedrig eingeschätzt.

Denn die Bergarbeiter hatten einen erheblichen Nachholbedarf beim Lohn gegenüber anderen Industriezweigen.

Auf einer Belegschaftsversammlung der Zeche Minister Stein in Dortmund, wo vor 14 Tagen die Tarifrunde ausdrücklich auf der Tagesordnung stand, sind ganze 150 Kollegen (von 4 000) erschienen. Die Diskussion war nach einem Redebeitrag, der sich dafür aussprach, von den 9,5 % keinen Schritt zurückzuweichen, beendet, ohne daß der Betriebsrat sie abzubrechen brauchte.

Aber nach der Belegschaftsversammlung, der kürzesten seit langem, kamen die Kollegen heraus und schimpften darüber, daß keiner was gesagt hätte, daß man in der Tarifrunde doch nur verscheißert würde und daß man das eigentlich nicht zulassen dürfe. Auf anderen Schachtanlagen wird es ähnlich gewesen sein. Über Resolutionen oder Anträge zur Tarifrunde ist nirgends etwas bekannt geworden.

Aber Zorn und Unzufriedenheit genügen nun einmal nicht; so etwas muß praktische Folgen haben. Diese "praktischen Folgen" gilt es zu organisieren. Das mindeste wäre jetzt eine Urabstimmung über das Ergebnis.

Wir müssen uns für unsere Forderungen in Bewegung setzen, sonst werden wir untergebuttert.

H., Ortsaufbaugruppe Dortmund

Mit weniger als 60 Mark nach Hause

Für die Versicherungsangestellten hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eine Tariferhöhung von 6,5 % abgeschlossen. Dieser Abschluß bedeutet, daß die meisten Kollegen mit weniger als 60 Mark nach Hause gehen

Köln. Für die ständig steigende Arbeitshetze und Monotonie am Arbeitsplatz ist für die meisten gerade ein Tag mehr Urlaub herausgekommen. Erweiterten Kündigungsschutz haben die Kollegen erst ab 55, bzw. wenn sie mindestens 25 Jahre im gleichen Betrieb beschäftigt sind.

Die Tarifverhandlungen scheiterten beim ersten Anlauf, als die Kapitalisten einen Vorschlag von 5 % machten. Der Schlichter legte dann das vor, was jetzt beschlossene Sache ist.

Die Tarifkommission mußte nun über Annahme oder Ablehnung des Schlichtungsspruches entscheiden. Die Annahme erfolgte nur mit sehr knapper Mehrheit. Einige Mitglieder der Tarifkommission hatten erkannt, daß die Politik des Bundesvorstandes eine Fahrt in die Sackgasse ist. Sie stimmten gegen den Schlichtungsspruch, zusammen mit den Kollegen, die schon vorher bei der Aufstellung der Forderung gegen den HBV-Vorstand gestimmt hatten. Der Hauptvorstand hatte nämlich bei der Aufstellung **Prozentforderungen für die** verschiedene Gehaltsgruppen, zwischen 8 und 9,8 Prozent vorgeschlagen.

Demgegenüber haben die Kölner Vertreter in der Tarifkommission vertreten: Mindestens 165 DM für jeden, mindestens 5 Wochen Urlaub.

Trotz der knappen Zeit, die beim Schlichtungsspruch gegeben war, gelang es in Köln, die Kollegen der Tarifkommission mit klaren Aufträgen zu versehen. HBV-Betriebsgruppen bei Gerling, R + V, bei HUK-Verband und die Kandidaten der HBV zu den Betriebsratswahlen bei der Allianz sprachen sich dafür aus, den Schlichtungsvorschlag nur anzunehmen bei 165 Mark Mindesterhöhung und **5 Wochen Mindesturlaub.**

Versicherungszelle Köln

Eine machtvolle Demonstration der Arbeiterjugend

Weit über 10 000 bei der DGB-Demonstration in Stuttgart/Viele Forderungen zielten auf die Einheitsschule

Weit über 10 000 beteiligten sich in Stuttgart an der DGB-Jugenddemonstration

Stuttgart, 12.4.75. Weit über 10 000 Menschen waren am Samstag dem Aufruf des DGB Baden-Württemberg zu einer Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung gefolgt. Diese Demonstration war die machtvollste der Arbeiterjugend, von der sie hauptsächlich getragen wurde, in Stuttgart in den letzten 10 bis 15 Jahren.

Auf zahlreichen Transparenten wurden die Forderungen der Arbeiterjugend proklamiert. Sie waren stark geprägt von den Forderungen wie: "Arbeitslose Jugendliche in eine Facharbeiterklasse ihrer Wahl! Für einen zweiten Berufsschultag pro Woche! Gegen eine Ausbildung im Interesse der Kapitalisten! Für polytechnische Ausbildung!" Die Forderungen zielten alle auf die Schaffung einer polytechnischen Einheitsschule bis zum 18.Lebensjahr, wie sie der KBW in seinem Programm vorschlägt.

Fast 15 000 arbeitslose Jugendliche sind es in Baden-Württemberg, über 120 000 in ganz Westdeutschland. Die Lage in der Berufsausbildung wird zunehmend verheerender. Abgangsschüler, die keine Lehre oder Arbeit finden, bekommen keine Arbeitslosenunterstützung. Sie werden in Hilfsarbeiterklassen zusammengepfercht oder in x-beliebige Klassen gesteckt, wo gerade noch ein Stuhl frei ist. Das sind Verhältnisse, die die Arbeiterklasse und ihre Jugend nicht gewillt ist hinzunehmen.

Ihr Interesse an einer Berufsausbildung, die sie zur Beherrschung der Produktion befähigt, und die derzeitige Lage der totalen Abhängigkeit und Ausbeutung, dieser Widerspruch ist die Triebkraft für solche machtvollen Demonstrationen, wie sie in letzter Zeit in vielen Städten und jetzt in Stuttgart stattgefunden haben.

Aus allen Teilen Baden-Württembergs sind Delegationen zur Demonstration gekommen. Bezeichnend war, daß aus kleinen und mittleren Städten relativ mehr gekommen sind als aus großen Städten. So zum Beispiel aus Rastatt 150 oder aus Müllheim/Baden 200, während es aus Freiburg nur 300 waren. Dies ist aber nicht auf ein mangelndes Interesse der Arbeiterjugend zurückzuführen, sondern darauf, daß sich die DGB-Führung in diesen Städten so weit verstiegen hat, die Mobilisierung zu bremsen und Gesichtskontrollen bei den Bussen durchzuführen. Aus Angst, sie könnte die politische Führung an die Kommunisten verlieren.

Doch dies konnte die erfolgreiche und breite Mobilisierung nicht verhindern (siehe Kasten).

Schließlich trafen nach 12 Uhr die ersten Delegationen aus Stuttgart auf dem Karlsplatz ein, bis die Menschenmasse auf über 10 000 anschwoll bis zur Kundgebung um 13 Uhr. Ein junger Kollege hielt den ersten Beitrag. Er schilderte, wie es ihm zusammen mit seinen 60 anderen Kollegen ergangen war, als sein Kapitalist, ein großer KfZ-Händler, das ganze letzte Lehrjahr nach der Prüfung auf die Straße setzte. War die Ausbildung schon hundsmiserabel, so ist nun durch die Massenentlassung, besonders in der KfZ-Branche, die Aussicht, in einem erlernten Beruf eine Arbeit zu finden, gleich Null.

Nach ihm kam Georg Benz, Mitglied des IG Metall-Hauptvorstandes, an das Mikrophon. Im ersten Teil seiner Rede verstand er es ganz gut, die elende Lage der Jugendlichen, die direkt von der Arbeitslosigkeit betroffen sind und derer, auf die sie sich indirekt auswirkt, darzustellen.

Mit radikalen Worten malte er diese Lage aus. Entsprechend fiel auch der Beifall bis dahin aus. Als er dann überging auf die Konsequenzen, die man aus dieser Lage zu ziehen habe, war vom radikalen Ansatz kein Hauch mehr zu spüren.

Der Beifall ist das Urteil der Massen. Danach zu urteilen gelang es Benz schlecht, die Teilnehmer der Kundgebung für seine Mitbestimmungs- und Chancengleichheits-Parolen zu gewinnen. Denn der Beifall wurde immer dünner. Schließlich verstieg er sich dazu, "die Verantwortlichen", sprich die Kapitalisten, davor zu warnen, daß die Arbeitslosigkeit "einen politischen Gefahrenherd ... in diesem Lande ausbreitet".

Als er die Kommunisten, die er als Sektierer und Chaoten umschrieb, mit F.J.Strauß in eine Reihe stellte und ihnen vorwarf, "mit der Angst der Arbeiter politische Spekulation zu betreiben", erntete er Tausende von Pfiffen und Buhrufen. Je mehr er auf den Schluß zuging, um so mehr bekam seine Rede den Zug von Jammern und Bittstellerei. Doch damit gaben sich die Versammelten nicht ab. Ein Echo erhielt er dafür kaum.

Als sich die Kundgebungsteilnehmer zum Demonstrationszug formierten und begannen, ihre Forderungen in Sprechchören zu rufen, da stellte sich heraus, welche Forderungen in der Arbeiterjugend verankert waren und bewußt vertreten wurden. Klare und konkrete Forderungen wie **"Tausend Jugendliche auf dem Arbeitsamt – Ausbildung weg aus Kapitalistenhand! Anerkennung aller Schulabgänger ohne Arbeit als Arbeitslose! Weg mit den Arbeitslosenklassen! Arbeitslose Jugendliche in Facharbeiterklassen ihrer Wahl! Zwei Berufsschultage pro Woche! Recht auf Facharbeiterabschluß für alle Jugendlichen! Für Lehrlinge und arbeitslose Jugendliche mindestens 60 % vom Facharbeitereckiohn! Weg mit der Ausbildung für die Interessen der Kapitalisten! Einheitsschule bis zum 18.Lebensjahr!"**

Parolen, wie sie von der DGB-Führung ausgegeben worden waren, wie z. B. **"Wir lassen uns nicht länger trimmen, mitbestimmen, mitbestimmen!"** wurden unter dem Lachen der Kundgebungsteilnehmer unformuliert in: **"Wir lassen uns nicht länger trimmen, selbstbestimmen, selbstbestimmen!"**

Mit großem Interesse wurde von den Demonstrationsteilnehmern wie von Passanten das Extrablatt der Kommunistischen Volkszeitung genommen. Ebenso wurden etliche hundert Kommunistische Volkszeitungen verkauft. Als sich der beinahe endlose Zug durch die Stuttgarter Innenstadt bewegte, erschollen immer wieder die Sprechparolen und das Einheitsfrontlied von Bert Brecht. Viele Passanten reihten sich ein oder folgten der Demonstration auf dem Fußgängerweg bis zur Abschlußkundgebung. Diese Demonstration wird Klarheit schaffen in der Arbeiterjugend, in welche Richtung der Kampf gehen muß, soll er erfolgreich sein. Sie wird auch die Kraft geben, im Betrieb und auf örtlicher Ebene durch konkrete weitere Kämpfe den Kapitalisten und den staatlichen Organen Rechte im Sinne der Arbeiterklasse abzuringen. Sie müssen durch die Gewerkschaft geführt werden und zum Kampf auf eine klare gesetzmäßige Regelung zusammengefaßt werden.

–E., Waiblingen–

Auszug aus einem Brief an den DGB

Kollegen,

an der DGB-Jugenddemonstration in Stuttgart haben nur ca. 170 Jugendliche aus Freiburg teilgenommen. Diese Zahl steht in einem sehr schlechten Verhältnis zu den über 700 arbeitslosen Jugendlichen in Freiburg und zu den Tausenden Arbeiterjugendlichen, die vom Elend der kapitalistischen Ausbildung getroffen sind. Diese minimale Teilnahme aus Freiburg wurde vom Freiburger DGB-Kreisvorstand und insbesondere seinem Vorsitzenden Jorzig bewußt angesteuert. (...) So kam es, daß viele Jugendliche überhaupt nichts von der Demonstration und der Fahrt nach Stuttgart erfuhren, viele blieben daheim, weil sie keine Möglichkeit mehr sahen, nach Stuttgart zu kommen. Weitere 80 Jugendliche standen am Samstagmorgen vor dem DGB-Haus und konnten nicht an der vom DGB organisierten Fahrt teilnehmen, und dies, obwohl noch Plätze frei waren sowohl im DGB-Bus als auch im Bus der IGM, der vom Bahnhof aus abfuhr. (. . .)

Wir haben gemeinsam das Geld für die Fahrt nach Stuttgart mit einem eigens schnell gemieteten Bus aufgebracht und die Kollegen aus dem DGB-Bus haben uns dabei finanziell unterstützt. So kamen 160 DM mehr heraus, als uns der Bus gekostet hat. Einstimmig haben wir im Bus beschlossen, daß dieses Geld zu gleichen Teilen auf die Konten der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams sowie der Königliche Regierung der nationalen Einheit von Kambodscha überwiesen werden.

Wir werden jetzt unsere volle Kraft einsetzen, damit in Freiburg am 1.Mai die Forderungen der Arbeiterjugend in einer starken Demonstration vertreten werden.

Weg mit der Ausbildung für die Interessen der Kapitalisten!

Einheitsschule bis zum 18.Lebensjahr!

Diese Resolution wurde im Bus einstimmig verabschiedet.

16 von uns sind in der Gewerkschaft. Weitere 12 sind Hauptschüler, von denen einige noch keine Lehrstelle haben. 2 sind aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden wegen Zugehörigkeit zum KBW.

i.A. Michael Moos

Resolutionen

Frankfurt

Die Jugendvertrauensleute der ÖTV an der Uniklinik beschlossen, sich an der Demonstration am 19.4. zu beteiligen. Sie riefen dazu auf unter den Forderungen wie: Anerkennung der jugendlichen Arbeitslosen als Arbeitslose! Recht für jeden Jugendlichen auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse seiner Wahl! Recht auf Unterricht in einem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können.

Giessen.

Die Schülerversammlung des Abendgymnasiums Giessen (Gymnasium für Berufstätige) forderte in einer Resolution zur Teilnahme an der DGB-Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit am 19.4. in Frankfurt auf.

Religion statt Fachunterricht

Beim Berufsförderungslehrgang lernt man wenig und fliegt schnell raus/Jugenddemonstration am 19.4. begrüßt

Teilnehmer des Berufsförderungslehrganges Zollern wollen auf der Berufsbildungsdemonstration am 19. April für ihr Recht auf Ausbildung eintreten.

Derzeit nehmen ca. 300 Jugendliche, die keine Lehrstelle gefunden haben, an diesem Lehrgang teil, den das Arbeitsamt bezahlt und die Bergbau AG auf der alten Schachtanlage Zollern durchführt.

Lernen allerdings, tut man bei diesen von der Presse groß herausgestellten "Berufsförderungslehrgängen" nicht viel. Dafür gibt es aber dort ein Strafsystem mit Strafpunkten und wer 6 Punkte hat, fliegt raus. So einen Punkt kann man schon kriegen, wenn man die Spindtür zu laut zuschlägt. Weil es dort zwar ein Strafsystem, aber keinen Fachunterricht gibt – manche der Teilnehmer haben während des Lehrgangs nicht mehr als eine Feile gesehen –, besuchen die Jugendlichen einmal wöchentlich die Berufsschule. Dort wird zwar auch kein Fachunterricht erteilt, dafür gibt es Religionsunterricht – doch durch Frömmigkeit ist noch keinem geholfen worden.

Die Jugendlichen sind auch rechtlich nicht geschützt, nicht gewerkschaftlich organisiert, und haben z. B. auch keinen Arbeitsvertrag. So konnte es auch kommen, daß über 20 Jugendliche geschmissen wurden, ohne daß es einen trifftigen Grund gab. Jetzt sollen die Jugendlichen das Unterhaltsgeld für drei Monate zurückzahlen, das sind rund 1 000 Mark. Wie aber soll das jemand aufbringen, der keinen Pfennig Unterstützung, noch nicht einmal Arbeitslosengeld erhält?

Der DGB Kreisjugendausschuß-Arbeitskreis Junger Gewerkschafter hat mit Teilnehmern des "Berufsförderungslehrganges" auf Zollern ein Flugblatt verfaßt, das die Jugendlichen zur Teilnahme an der DGB-Demonstration in Dortmund aufruft. Die Jugendlichen hatten sich an den Arbeitskreis gewandt, weil sie selbst keine Interessenvertreter (Schul- oder Jugendvertretung) haben.

In dem Flugblatt an die Teilnehmer des Lehrganges heißt es: *"Am Samstag, den 19.April, werden in Dortmund Tausende Jugendliche, denen es so ähnlich geht wie Dir, gegen schlechte Ausbildung und Jugendarbeitslosigkeit demonstrieren. Gemeinsam sind wir stark. Schließt Euch an und stellt gemeinsam Eure Forderungen auf!"*

Feilen beim Berufsförderungslehrgang Zollern

Der Arbeitskreis Junger Gewerkschafter im DGB Dortmund hat beschlossen, unter folgenden Forderungen zur Teilnahme an der Demonstration aufzurufen:

12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen! Arbeitslosengeld für arbeitslose Schulabgänger! Berufsbildung darf nicht länger Privatsache der Kapitalisten bleiben! Für einheitliche und gleiche Schulausbildung bis zum 18.Lebensjahr! R.

Demonstrationen

DGB - Jugenddemonstrationen am 19. April: Gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung

Frankfurt

Die DGB-Jugend Hessen ruft zur Demonstration am 19. April in Frankfurt auf. Die Demonstration beginnt um 12 Uhr am Opernplatz und führt von dort zum Römer.

Dortmund

Die DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen ruft zur Demonstration am 19. April in Dortmund auf. Beginn: 12 Uhr am Mehrzweckplatz, Kundgebung 14 Uhr am Alten Markt.

Solidaritätsaktionen für die kämpfenden Völker Indochinas

Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen und Sammlungen in vielen Städten

In der vergangenen Woche haben die Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf der Völker Indochinas größere Breite gewonnen. Selbst in kleineren Städten gingen fortschrittliche Menschen auf die Straßen, um die Solidarität mit erfolgreichen Diskussionen und Geldsammlungen zu vertiefen. In einigen Städten fanden Demonstrationen und Veranstaltungen statt.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung in Bochum berichtete ein älterer Kollege, der früher drei Jahre als Fremdenlegionär "auf der falschen Seite", wie er selbst sagte, in Indochina war, daß eine imperialistische Armee gegen ein politisch geeintes Volk auf die Dauer nichts ausrichten kann und unterliegen muß.

In einigen Städten wagte sich auch die CDU auf die Straße, um für den Imperialismus und seine Marionetten auf der Welle der Lügenpropaganda aufzutreten. Obwohl sie die Polizei überall auf ihrer Seite hatte, wurde diesen Demonstrationen der Heuchelei und des Antikommunismus überall mutig begegnet, so im baden-württembergischen Ebingen, in Bonn, in Bremen, in Hamburg und in Westberlin.

Es folgen – stellvertretend für viele – Berichte aus Hamburg, Bremen, Westberlin

Offener Brief
An die CDU und die Junge Union Bremen
An die Bremer Presse
An die Bevölkerung Bremens

Hiermit erkläre ich öffentlich meinen Austritt aus der CDU und der Jungen Union. Ich protestiere damit gegen die Haltung der CDU gegenüber den Völkern Indochinas und insbesondere gegen die heutige Kundgebung, die mir ein Verbleiben in dieser Organisation unmöglich machen. Ich fordere jeden auf, der meint, die CDU stehe auf der Seite des Kampfes der Völker gegen Unterdrückung und für die Freiheit, sich meine Erklärung durchzulesen und zu fragen: Wie steht die CDU zu diesen Tatsachen?

Was ist den jetzigen Ereignissen in Indochina vorausgegangen?

Als Folge des 2.Weltkrieges entstanden auf dem Gebiet der ehemaligen französischen Kolonie Indochina unabhängige Staaten. In Vietnam wurde am 6.Januar 1946 die Nationalversammlung gewählt.

Noch im gleichen Monat landeten französische Truppen in Vietnam, um die alte Kolonie wieder herzustellen. Als die französische Regierung durch Verhandlungen nicht dazu gebracht werden konnte, ihre Truppen abzuziehen, sondern sie im Gegenteil verstärkte, nahm das Volk den bewaffneten Kampf gegen die Eindringlinge auf.

Eine kommunistische Aggression?

Im Genfer Indochina-Abkommen von 1954 wurde die staatliche Einheit Vietnams festgehalten und allgemeine Wahlen für ganz Vietnam beschlossen. Unter Bruch dieses Abkommens wurde 1953 die Republik Südvietnam ausgerufen. Die Wahlen fanden nicht statt. Die Bevölkerung wehrte sich gegen die Mißachtung ihrer Rechte und gründete schließlich am 20. November 1960 die Nationale Befreiungsfront Vietnams (-Süd) mit dem Ziel des Sturzes der herrschenden Diktatur und der Wiedervereinigung Vietnams.

Eine kommunistische Aggression?

Im Pariser Vietnam-Abkommen ist der Abzug der Amerikaner festgelegt, ebenso wie die Gewährung politischer Rechte für die Bevölkerung Südvietnams und Verhandlungen der beiden südvietnamesischen Regierungen. Heute noch sind nach Berichten des westdeutschen Fernsehens mindestes 25 000 US-Militärberater in Vietnam und leiten Thieu's Truppen. Politische Rechte wurden nicht gewährt und in den letzten Tagen forderte selbst der französische Staatspräsident den Rücktritt Thieu's, damit das Pariser Abkommen endlich erfüllt wird und Verhandlungen aufgenommen werden. Die Bevölkerung nimmt sich die Rechte selbst, die ihr nicht gewährt werden, und vertreibt Thieu's Soldaten aus immer mehr Gebieten.

Eine kommunistische Aggression?

Auf ihrem Rückzug zwingen Thieu's Soldaten die Bauern, ihre Dörfer zu verlassen und bombardieren die Gebiete, die sie aufgeben mußten. So wird ein riesiges Flüchtlingselend verursacht. Das nennt die Junge Union eine "kommunistische Barbarei".

In einer Zeitungsnotiz der letzten Woche hieß es: Amerikanische Firmen stellen ihre Ölbohrungen vor der südvietnamesischen Küste wegen der Unsicherheit der politischen Lage ein.

Liegt hier etwa ein Grund für die hartnäckige Einmischung der USA?

Der CDU-Landesvorsitzende schreibt in seiner Einladung zur Kundgebung: "Wir stehen auf der Seite der Freiheit!"

Welche Freiheit meint er?

Die Freiheit, das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker zu mißachten!

Die Freiheit, andere Völker mit einer riesigen Armee brutal zu überfallen!

Die Freiheit, die Männer und Frauen anderer Völker zu töten und ihre Kinder zu rauben!

Die Freiheit, anderen Völkern ihre Bodenschätze zu rauben!

Die Freiheit, die eigene Bevölkerung mit Lügen zu überschütten über die Lage in Indochina, um sie aufzuhetzen gegen die gerechten Forderungen und den gerechten Kampf der Völker Indochinas!

Die Freiheit, alle Menschen, die sich gegen **diese** Freiheiten wenden, zu beschimpfen, sie seien Feinde dieser Freiheit.

Jawohl, wenn die CDU **diese** Freiheiten meint, bin ich ein Feind der Freiheit.

Aber diese Freiheit ist nicht meine Freiheit und bedeutet nicht die Freiheit der Völker Indochinas!

Bremen, den 11.4.1975

Klaus Gawelczyk

Hamburg
CDU-Jugend und Polizei demonstrieren "für Menschlichkeit in Vietnam"

Am Freitagabend hatte die CDU-Jugend in Hamburg zu einer "Vietnam-Demonstration" aufgerufen. Diese Demonstration richtete sich gegen den Kampf des vietnamesischen Volkes und trat für die Fortsetzung des Terrors durch das Thieu-Regime und die Ziele des US-Imperialismus ein. Zu diesem Zweck wollten die Herrschaften die Leute auch noch um Geld anbetteln.

Die bürgerliche Presse hat in den letzten Wochen eine Reihe von Lügen über den Kampf des vietnamesischen Volkes verbreitet und die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Viele sind dadurch unsicher geworden. Die CDU-Jugend wollte diese Situation ausnutzen, um mit ihren reaktionären Zielen offen hervorzutreten.

Die Junge Union sprach von dem "Leid und Elend der Bevölkerung in Vietnam".

Als die USA mit ihren Flächenbombardements das Land verwüsteten und ihre Söldner das Land besetzten, da war seitens der Jungen Union von Leid und Elend nicht die Rede. Das haben sie richtig gefunden.

"Kommunisten raus aus Süd-Vietnam" hat die Junge Union gefordert. Da hätten sie gleich fordern können: "Das vietnamesische Volk raus aus Süd-Vietnam, freie Bahn den Imperialisten".

Die Junge Union hat die Tatsachen völlig verdreht. Angeblich richtete sie sich gegen das Elend und den Terror, in Wirklichkeit aber trat sie ein für das Thieu-Regime und gegen das vietnamesische Volk. Dies war eine Provokation, der unbedingt entgegengetreten werden mußte, soll so ein Beispiel nicht Schule machen.

Die Ortsgruppe des KBW hat deswegen dazu aufgerufen, dieser Provokation entgegenzutreten und für den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes aufzutreten.

Als sich die Junge Union vor dem Hauptbahnhof sammeln wollte, haben wir durch Agitationsreden die Bevölkerung informiert und aufgefordert, der Jungen Union entgegenzutreten. Viele blieben stehen und fanden das richtig. Schnell war die Polizei zur Stelle und forderte "die Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland" auf, den Platz zu verlassen. Sie meinte aber **alle**, die mit dem Vorgehen der Jungen Union nicht einverstanden waren. Und man konnte auch merken, daß der Polizeieinsatz mit der Jungen Union sorgfältig vorbereitet war. Polizisten gehorchten den Anweisungen von Ordnern der Jungen Union aufs Wort. "Nehmen Sie den da fest, das ist ein Chaot!", riefen die Ordner, und die Polizisten hielten sich daran. 25 Personen wurden festgenommen.

Es sammelten sich etwa **400 bis 500 Mitglieder der Jungen Union und** etwas weniger Gegendemonstranten. Wegprügeln konnte sie die Polizei nicht, zumal die Wut unter den Passanten über ihr Vorgehen immer größer wurde.

Es gelang aber auch nicht, die Demonstration der Jungen Union völlig zu verhindern. Eine Stunde später als geplant wurde der Demonstration der Jungen Union von der Polizei der Weg bereitet. An der Spitze der Demonstration: Hamburgs CDU-Fraktionsvorsitzender Echternach. Während sie durch die belebte Innenstadt zogen, wurden sie von einem Polizeikordon begleitet. Eine große Zahl von Gegendemonstranten zog am Straßenrand mit und übertönte mit ihren Sprechchören zumeist den Lautsprecherwagen der Jungen Union. Zahlreiche Passanten schlossen sich an, während die Demonstration der Jungen Union fast durchweg auf Ablehnung stieß.

Die "Vietnam-Demonstration der Jungen Union" war die erste, die zu ihrem Schutz ein starkes Polizeiaufgebot benötigte. Demonstrationen, die sich für den Kampf des vietnamesischen Volkes aussprachen, brauchten so etwas nie! Es war aber gut, daß jeder feststellen konnte, was das für Lumpen sind, die zu ihrem Schutz gegenüber der Bevölkerung Polizei benötigen.

Nicht beteiligt an dieser Aktion hatte sich der Kommunistische Bund Nord. Diese Leute, die sonst den Mund nie voll genug kriegen können davon, daß man "Faschisten und Reaktionären militant entgegentreten muß" und sich besonders mutig vorkommen, wenn sie mit 10 Leuten einen Informationsstand der Jungen Union zertrümmern und zwei CDUler verdreschen, zogen es vor, in diesem Fall vor der Auseinandersetzung zurückzuweichen und am folgenden Tag eine Demonstration durchzuführen. Man muß aber hinzufügen: Eine Handvoll Kommunistischer Bund Nord Anhänger hat sich an der Aktion beteiligt. Und am folgenden Tag konnte man von vielen erfahren: "An sich" wäre unser Vorgehen wohl richtig gewesen.

–L.P., Hamburg–

Wiederaufbau in Hue

Bremen

Für letzten Freitag hatte die Bremer Junge Union zu einer Kundgebung gegen die "kommunistische Aggression in Vietnam" aufgerufen.

Diese Kundgebung war offenbar gedacht als Provokation der Vietnam-Solidaritätsbewegung und zur Mobilisierung und Ausrichtung der Kräfte der Reaktion. Erschienen sind aber trotz großer Zeitungsanzeigen gerade 250 bessere Herren und Damen und ihre Söhne aus der CDU-Schülerorganisation, zum Teil mit Bussen aus Bremerhaven. Auf die Aufforderung der Ortsgruppe des KBW, dieser Provokation entgegenzutreten, kamen etwa 300 Antiimperialisten.

Die Polizei war massenweise zum Schutz der CDU-Kundgebung aufgefahren. Verkäufer der KVZ und Flugblattverteiler, sofern sie allein waren, wurden überfallen und Zeitungen beschlagnahmt, drei Genossen wurden für die Zeit der Kundgebung festgenommen.

Unsere Kräfte reichten zwar nicht aus, um den Abbruch der Kundgebung zu erzwingen, aber die Reden wurden gründlich durch Sprechchöre gestört. Gestört hat die Kräfte der CDU auch die von einem CDU- und Junge-Union-Mitglied verteilte Austrittserklärung, die wir auf dieser Seite abdrucken.

Im Anschluß an die CDU-Kundgebung führte die Ortsgruppe des KBW in der Stadt eine spontane Demonstration durch, die große Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung fand, was sich auch in vielen Spenden niederschlug. Noch zwei Stunden nach dieser Demonstration diskutierte die Bevölkerung über den gerechten Kampf der Völker Indochinas.

Am Samstag führte die Ortsgruppe an verschiedenen Stellen der Stadt Standagitation und kurze Kundgebungen durch; mehrere Hundert Mark an Spenden wurden gesammelt.

–Ortsgruppe Bremen, W.M.–

Indochina-Solidarität in Westberlin

Westberlin. Am Samstag, dem 12.4., erklärte der regierende Bürgermeister Schütz im Fernsehen: "Berlin hält zu Amerika. Wir sind uns in Berlin vielleicht noch mehr als anderswo bewußt, daß die Grundlage unserer Freundschaft die gegenseitige Solidarität ist." Diese gegenseitige Solidarität der Imperialisten und ihrer Politiker besteht darin, daß sie sich gegenseitig bei der Unterdrückung der Völker helfen. Durch die Anwesenheit ihrer Truppen in Westberlin helfen die USA den westdeutschen Imperialisten, das Volk in Westberlin niederzuhalten und die Stadt als Stützpunkt ihrer Aggressionsbestrebungen gegen die DDR zu erhalten. Aus "Dankbarkeit" dafür soll jetzt das Westberliner Volk unter Führung seiner örtlichen Bourgeoisie "Solidarität" mit der US-Aggression in Indochina üben.

Der Charlottenburger Bezirksbürgermeister Legien (CDU) ließ an seinem Rathaus ein großes Transparent aufhängen: "Gegen die kommunistische Aggression in Vietnam."

Die Ortsgruppe des KBW und seine Massenorganisationen klebten zwei Wandzeitungsplakate, verteilten Flugblätter und stellten Informationsstände an mehreren Plätzen der Stadt auf.

An den Agitationsständen bildeten sich immer wieder große Diskussionsgruppen. Dabei kam man oft auf die Verhältnisse im eigenen Land, zum Beispiel auf die Massenentlassungen bei VW, zu sprechen. Ein solches System in jedem Winkel der Welt zu verteidigen, daran haben die Arbeiter kein Interesse. Das war das Ergebnis vieler Diskussionen. Interesse haben die Arbeiter am Sturz des imperialistischen Systems, und deshalb muß die Arbeiterklasse Solidarität mit den unterdrückten Völkern üben, die diesem System Schlag auf Schlag erteilen.

Am 12.4. führten die Ortsgruppe des KBW, der Kommunistische Bund Nord und das Projekt Antiimperialismus im Bund Deutscher Pfadfinder und das Sozialistische Plenum (Gruppe ausgetretener und ausgeschlossener Mitglieder der Gruppe Rote Fahne (KPD)) gemeinsam eine Solidaritätsdemonstration durch, an der 650 Menschen teilnahmen. Am Kundgebungsplatz wurde noch viereinhalb Stunden nach Schluß der Kundgebung weiter diskutiert. Am Abend des selben Tages wurde eine Veranstaltung von der Ortsgruppe des KBW durchgeführt. 800 Menschen waren gekommen. Die Veranstaltung fand in einer begeisterten Atmosphäre statt, angesichts der neuesten Siegesmeldungen aus Indochina, die den Teilnehmern sofort bekannt gemacht wurden.

Als Gast war die Musik- und Theatergruppe des Indochinakomitees Heidelberg gekommen. Ihr Stück "Wer Wind sät, wird Sturm ernten" stellt in Liedern und Szenen den Kampf des vietnamesischen Volkes dar und stieß bei den Anwesenden auf begeisterte Zustimmung.

Ihren Willen, die Unterstützung des Kampfes in Indochina verstärkt weiterzuführen, brachten die Versammelten auch durch ein hervorragendes Sammelergebnis zum Ausdruck: Insgesamt wurden fast 5 500 DM gesammelt, mehr als je zuvor bei einer Veranstaltung der Ortsgruppe.

Als nächstes wird es jetzt darauf ankommen, die Solidaritätsarbeit in einem Indochina Komitee zu organisieren, zu dessen Gründung der KBW die Initiative ergriffen hat.

In ihrem Schlußbeitrag drückte die Sekretärin der Ortsgruppe sicher den Wunsch aller Versammelten aus, als sie sagte: "Wir sind zuversichtlich, daß aus diesem Komitee bald eine Freundschaftsgesellschaft mit den sozialistischen Ländern Indochinas werden kann."

–U.G.–

Der bürgerlichen Propaganda gegen den Kampf des vietnamesischen Volkes entgegentreten! Kundgebung in Bremen.

2o. 4.: KOMMUNALWAHLEN IN BADEN - WÜRTTEMBERG

Jede Stimme für den KBW ist eine Stimme für die Ziele der Arbeiterklasse und für den Sozialismus!

In den letzten Tagen haben die Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) in den sieben Städten, in denen der KBW bei den Kommunalwahlen kandidiert, erfolgreiche Wahlveranstaltungen durchgeführt.

In Mannheim kamen am Freitag, den 11.4., ungefähr 25o Menschen zu einer Veranstaltung gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Zu der Veranstaltung in Wiesloch, einer kleinen Stadt von knapp 20 000 Einwohnern, kamen an die 70 Menschen. In Emmendingen (23 ooo Einwohner) kamen 50, meist Jugendliche, um insbesondere die Forderung der Jugendlichen nach einem Jugendzentrum zu diskutieren. In Waiblingen (28 ooo Einwohner) erschienen zu der Wahlkundgebung unter dem Thema "Was wollen die Kommunisten" 60 Menschen. Ausführlich wurde diskutiert, wie die im Wahlaufruf aufgestellten Forderungen durchgesetzt werden können.

Über die großen Wahlveranstaltungen in Freiburg, zu der rund 1 000 Menschen erschienen, und Mannheim (350), haben wir schon in den letzten Nummern der KVZ berichtet.

Zur zentralen Wahlveranstaltung in Karlsruhe am Donnerstag in der Festhalle in Karlsruhe-Durlach folgten 180 Menschen der Einladung der Ortsaufbaugruppe, Genosse Dieter Bock, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), war der Hauptredner. Es war die größte Veranstaltung des KBW in Karlsruhe bisher.

Bei der Wahlveranstaltung in Heidelberg war die Stadthalle mit etwa 1 500 Menschen überfüllt. Die Veranstaltung wurde eingeleitet durch eine Rede des Sekretärs der Ortsleitung und Stadtratskandidaten, den Genossen Jochen Noth. Das Hauptreferat hielt der Sekretär des Zentralen Komitees des KBW, der Genosse Joscha Schmierer. Häufig von großem Beifall unterbrochen ging er ausführlich auf die großartigen Siege der Völker Indochinas ein und hob ihre Bedeutung für das Voranschreiten der Weltrevolution und für den Kampf gegen die herrschende Ausbeuterordnung hervor. Daß die kapitalistische Gesellschaft für die Arbeiterklasse nur Ausbeutung und Unsicherheit der Existenz bedeutet, zeigte er am Beispiel des VW-Konzerns auf. Am Beispiel Wyhl ging er ausführlich auf die Entwicklung der Kämpfe des Volkes ein. (Diesen Abschnitt der Rede drucken wir unten ab.)

Auf der Veranstaltung wurden 1 753,44 DM zur Unterstützung des Wahlkampfes in Heidelberg gesammelt.

1500 Menschen kamen zur Wahlveranstaltung des KBW in Heidelberg am 1o.4.

Zur Wahlveranstaltung des KBW in Karlsruhe kamen 18o Menschen

Die Kämpfe in Wyhl haben die Volksmassen im ganzen Land ermutigt

„An zahlreichen Orten entwickeln sich Kämpfe gegen die Politik des bürgerlichen Staates und gegen die Verhältnisse, die er schützt. In Baden und im Elsaß hat sich im letzten Jahr und in den letzten Monaten eine konsequente demokratische Bewegung gegen den Bau eines Bleiwerkes in Marckolsheim und eines Kernkraftwerkes in Wyhl entwickelt. Diese Bewegung, vor allem von Bauern getragen, hat ihre ersten Siege errungen. In Marckolsheim wird das Bleiwerk nicht gebaut und in Wyhl mußte der Beginn der Bauarbeiten aufgeschoben werden. Diese Bewegung hat keineswegs nur eine regionale Bedeutung. Sie hat die Volksmassen im ganzen Land ermutigt, den Kampf aufzunehmen gegen Entscheidungen der staatlichen Bürokratie, die sich gegen die Interessen und gegen den Willen der Volksmassen richten.

In Marckolsheim zurückgeschlagen, haben sich die Bleikapitalisten auf die Suche nach einem neuen Bauplatz gemacht. Zunächst versuchten sie es in Kiel. Als ihnen dort sofort Widerstand begegnete, haben sie sich für Braunschweig entschieden. Aber kaum wurde die Entscheidung bekannt, da hat sich auch dort der Widerstand organisiert. Die Herren haben das Volk gegen sich und wo sie hinkommen ist der Widerstand schon da.

Die Volksmassen haben es satt, daß über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden, die sich gegen sie richten. Sie wehren sich gegen solche Entscheidungen. Recht hat der Ministerpräsident Filbinger, wenn er sagt, der Kampf der Bevölkerung am Kaiserstuhl gefährde die ganzen Pläne, Baden-Württemberg und ganz Westdeutschland mit einem dichten Netz von Kernkraftwerken zu überziehen. Das ist wahr. Denn wenn sich die Bauern am Kaiserstuhl nicht gefallen lassen, daß über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen gegen ihre Interessen durchgesetzt werden, warum soll sich das Volk in anderen Gemeinden nicht genauso wehren? Um was geht es bei diesen Auseinandersetzungen? Handelt es sich darum, daß die Kernkraftwerksgegner rückständige Leute sind, die sich gegen die moderne Technik wehren? Nein, darum handelt es sich ganz und gar nicht. Es handelt sich darum, daß der Kapitalismus die Technik nur entwickelt auf Kosten der beiden Quellen des materiellen Reichtums, der Erde und des Menschen, die er vernichtet. Gegen diese Vernichtung beginnen sich die Volksmassen zu wehren. Längst hat die Produktion in Westdeutschland einen solchen Umfang und einen solchen Grad der Vergesellschaftung erlangt, daß es notwendig ist, sie zu planen. Eine solche Planung setzt aber voraus, daß die Produktionsmittel nicht mehr länger in der Hand einiger weniger Kapitalisten sich befinden und daß der Staat nicht länger bürokratisches Gewaltinstrument in der Hand der Kapitalistenklasse bleibt, sondern daß die Gesellschaft über die Produktionsmittel verfügt mit Hilfe eines Staates der Arbeiterklasse, der die Volksmassen demokratisch organisiert.

Nicht der Widerstand der Kaiserstühler Bevölkerung gegen den Bau des Kernkraftwerkes ist reaktionär, sondern die Bürokratie des bürgerlichen Staates, die sich in ihren Entscheidungen lenken läßt und lenken lassen muß von den Profitinteressen einer Handvoll Kapitalisten. Fortschrittlich ist der demokratische Widerstand der Volksmassen gegen diese Entscheidungen, weil er die gesellschaftlichen Interessen geltend macht gegen die Privatinteressen der kapitalistischen Produktionsmittelbesitzer. Wenn Filbinger stets davon redet, es gehe in Wyhl und bei der dortigen Auseinandersetzung um die Zukunft der Gesellschaft, es gehe um das Jahr 2000, so kann man ihm darin recht geben. Der Kampf in Wyhl ist Teil des Kampfes der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat, und dieser Kampf wird dazu führen, daß im Jahr 2000 und vielleicht schon früher nicht mehr eine Handvoll Kapitalisten über die gesellschaftliche Produktion verfügen wird, daß nicht mehr die Kapitalistenklasse mit Hilfe ihres bewaffneten Staatsapparates über die Arbeiterklasse und die Volksmassen herrschen wird. Energie und Strom wird es auch im Jahre 2000 geben. Das ist nicht die Sorge eines Filbinger. Seine Sorge ist, daß es im Jahr 2000 nicht mehr die Herrschaft der Kapitalistenklasse gibt. Diese Sorge ist berechtigt. Und jeder Kampf, der den Entscheidungen der staatlichen Bürokratie die Entscheidung der Volksmassen entgegenstellt, schürt diese Sorgen der Kapitalistenklasse und ihrer Politiker. Diese Kämpfe weisen nach vorn und nicht nach rückwärts. Deshalb sind die bürgerlichen Politiker über die Wucht dieser Kämpfe erschüttert.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat am Samstag Wyhl einen Leitartikel gewidmet. Es steht auf der ersten Seite und ist betitelt: "Die Lehren von Wyhl". Wir wollen sehen, welche Lehren die führende bürgerliche Zeitung aus den Kämpfen der Bevölkerung des Kaiserstuhls zieht.

Zunächst stellt der Bourgeoisjournalist fest, der Wyhler Protest sei trotz begründeter Kritik, guten Willens und ehrbarer Gesinnung auf *"die schiefe Ebene der Verkennung ihrer Grenzen geraten"*. Dann fährt der Schreiber fort:

"Denn die Wyhler Vorkommnisse verletzten keineswegs, wie gelegentlich gesagt wird, nur 'formale', gleichsam beiläufige und zu vernachlässigende Rechte. Damit untrennbar verbunden ist das System politischer Entscheidungs- und Verantwortungsstränge, das für die demokratische Ordnung unabdingbar ist. Der in einem konkreten Fall geballte Unmut der Bürgerinitiativen, so begründet er auch immer sein mag, hat seine Grenze darin, daß er in dieses System zwar hineinwirkt, es selbst jedoch nicht mitträgt, nicht mittragen kann. Die Bürgerinitiativen können und sollen die Sorgfalts-, Gründlichkeits- und Skrupelschwelle für politische Entscheidungen anheben und bewußter machen, aber sie werden zu zerstörerischen Wucherungen innerhalb der politischen Ordnung, wenn sie sich zum Ersatz-Souverän aufwerfen. Sie setzen dann nicht mehr, wie die Protestierer von Wyhl meinen, ihr gutes Recht durch, sondern sie attackieren die Rechtsordnung, indem sie eigenes Recht setzen. Sie üben nicht mehr Demokratie, sondern sie stellen die Demokratie, die an die Abstufung von Entscheidungsträgern und Verantwortlichkeiten gebunden ist, in Frage. Ihr Leitbild ist nicht mehr der mündige, aus dem Bewußtsein seiner politischen Teilhabe handelnde Bürger, sondern jener Sankt Florian, der das eigene Geviert auf Kosten anderer schützen soll.

Das müßte so scharf und apodiktisch nicht formuliert werden, wenn die Protestierer von Wyhl nicht bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei sowie bei den zum Teil rabiaten Vor- und Nachspielen ein verheerend gutes Gewissen gezeigt hätten."

Der Schreiber sagt deutlich, was die Bourgeoisie an dem Kampf der Bevölkerung des Kaiserstuhls beunruhigt: das verheerend gute Gewissen, das die Volksmassen haben, wenn sie für ihre eigenen Interessen eintreten.

In der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland heißt es, alle Gewalt geht vom Volke aus, und dann wird festgelegt, wo sie hingeht und bleiben soll: beim bürgerlichen Staatsapparat mit seinen Parlamenten, seiner Bürokratie, seinen Gerichten und seinen bewaffneten Truppen. Wenn das Volk ernst macht mit seiner Souveränität und feststellt, wir haben uns schon entschieden, dann wird dieser ganze Apparat aufgefahren gegen das Volk und im Namen des Volkes; gegen die tatsächliche Demokratie wird vorgegangen im Namen der demokratischen Ordnung und das Volk, das seine Rechte geltend macht, muß sich als Ersatz-Souverän bezeichnen lassen. Offensichtlich gibt es zweierlei Demokratie. Die eine, die die Kapitalistenklasse für sich als demokratische Ordnung in Anspruch nimmt, um mit Hilfe des bürgerlichen Staatsapparates das Volk zu unterdrücken und die andere, die das Volk für sich in Anspruch nimmt, um sich gegen den bürgerlichen Staatsapparat zur Wehr zu setzen und gegen die Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse vorzugehen. Wir Kommunisten stehen überall auf der Seite des Volkes und halten es mit der zweiten Art von Demokratie. Die bürgerlichen Parteien stehen überall gegen das Volk und halten es mit der ersten Art von Demokratie, der Freiheit des bürgerlichen Staates, gegen das Volk vorzugehen. Wir Kommunisten tun alles, daß sich das "verheerend gute Gewissen" des Volkes im Kampf für seine Interessen in ein revolutionäres Bewußtsein verwandelt. Die bürgerlichen Parteien tun alles, um die Volksmassen wieder an die Kette zu legen, wenn sie sich einmal zum Widerstand erhoben haben. Zu nichts anderem dient z. B. die sogenannte Gewaltfrage. Was ist das denn für eine Frage?

Auf Seiten der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates haben wir nie gesehen, daß ihnen die Anwendung von Gewalt in irgendeiner Weise fragwürdig gewesen wäre. Wenn es ihr paßt, läßt sie Polizei und Armee marschieren. Gegenüber der Gewaltanwendung der Bourgeoisie kann es für die Volksmassen nicht um eine Frage gehen, sondern muß es um die richtige Antwort gehen. Und wie die Dinge liegen, kann gegenüber der Gewalt der Kapitalistenklasse und ihres Staates die Antwort nur bestehen in der Gewalt des Volkes.

Längst wäre mit dem Bau des Kernkraftwerks begonnen worden, wenn die Kaiserstühler Bevölkerung auf die gewaltsame Räumung des Bauplatzes nicht mit einer erneuten Besetzung geantwortet hätte. Was hat es für einen Sinn gegenüber dieser eindeutigen Sachlage, sich von den Schreiberlingen der Kapitalistenklasse, ihren Predigern und Politikern Sinn und Verstand vernebeln zu lassen? In der Verfassung heißt es, alle Gewalt geht vom Volke aus. Und dann ist sie weg und beim bürgerlichen Staatsapparat. Es kommt darauf an, daß das Volk diese Gewalt zurückholt und behält. Das geht nur im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat und durch seine Zerschlagung. Anders wird weder die Ausbeutung noch die Unterdrückung beseitigt werden können."

(aus der Rede des Sekretärs des ZK des KBW in Heidelberg)

Braunschweig. Am Samstag, dem 12.4., demonstrierten 700 Menschen in der Innenstadt von Braunschweig gegen den geplanten Bau des Bleichemiewerks der Chemischen Werke München (CWM). Aufgerufen hatte dazu die Bürgerinitiative Bleichemiewerk Braunschweig. Diese Demonstration war seit der ersten großen Versammlung am 21.3. (siehe Bericht in KVZ 12/1975) der vorläufige Höhepunkt der Bewegung gegen die Baupläne der CWM und der Stadtverwaltung. An allen Punkten der Stadt und in der näheren Umgebung des Bauplatzes wurden mehrere Tausend Unterschriften gesammelt. Von zwei Broschüren der Umweltinitiative Technische Universität wurden bisher über 3 000 Stück verkauft. Auf der Demonstration wurde immer wieder in Sprechchören der Stadtrat aufgefordert, sich gegen das Werk auszusprechen.

Weg mit dem Paragrafen 218! Das Volk soll entscheiden!

Gerade am 1. Mai ist es richtig und notwendig, diese Forderungen zu erheben.

Der Paragraf 218 ist gegen die Arbeiterklasse und gegen die Armen gerichtet. Nicht genug, daß die herrschenden Verhältnisse sie zur Abtreibung zwingen, werden sie durch den § 218 in die Hände von Pfuschern getrieben und der Verfolgung durch die Strafjustiz ausgeliefert. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts kann nur die Arbeiterklasse und das Volk die ersatzlose Streichung des § 218 erkämpfen.

'Tragen Sie das Kind aus'

Vor etwa zwei Jahren habe ich eine Schwangerschaftsunterbrechung an mir vornehmen lassen. Nicht, weil mir das Spaß gemacht hätte, sondern weil mir damals gar nichts anderes übrig geblieben ist: Ich war knapp 16 Jahre alt, hatte gerade eine Lehre angefangen und nicht einmal 200 DM im Monat; mein Freund war in einer ähnlichen Situation. Meine 200 DM wären dann wohl bald weggefallen, weil ich meine Lehre hätte abbrechen müssen. So hätte ich dann dagestanden: selbst ohne Ausbildung, 16 Jahre, mit einem Kind. Wie hätte das gehen sollen?

Bei der Diskussion um die Indikationslösung wird viel davon gesprochen, daß man die Gesundheit von Mutter und Kind schützen müsse. Wie sehen die einzelnen "Indikationen" in Wirklichkeit aus und was bringen sie uns? Nehmen wir zum Beispiel die soziale Indikation: Die Abtreibung soll straffrei sein bis zur 12. Woche, aber unter bestimmten Bedingungen: a. die Mutter muß sich in einer "schweren Notlage" befinden, und b. ein entsprechendes Gutachten von ihrem Arzt oder einer Beratungsstelle und einer Gutachterstelle haben.

Ich nahm an, daß meine oben beschriebene Situation eine "Notlage" ist, und habe deshalb versucht, "legal" abzutreiben. Dazu wurde ich von einer Stelle zur anderen, von einem Arzt zum anderen geschickt. Was kam dabei heraus? Man riet mir, das Kind auszutragen oder es halt zur Adoption freizugeben oder in ein Heim zu geben! Die finanzielle, körperliche und seelische Belastung, die Schwangerschaft und Geburt für mich gehabt hätten, spielten gar keine Rolle.

Die Tatsache, zu einer Abtreibung gezwungen zu sein, ist für die betroffene Frau bzw. deren Mann oder Familie schon schlimm genug. Erniedrigend ist es aber, von einem Arzt zum anderen zu laufen, um sich ein entsprechendes Gutachten zu besorgen. Eine berufstätige Frau kann es sich gar nicht leisten, tage- und wochenlang von einem Arzt zum anderen zu laufen, um sich dann auch noch sagen zu lassen, daß alles ja gar nicht so schlimm sei und man das Kind ruhig austragen könne. Wie im Flug sind nach all den Bemühungen dann nämlich auch die drei Monate um, und es wird viel schwieriger, überhaupt noch einen Arzt zu finden, der die Unterbrechung vornimmt. Das ist genau das Ziel dieser "Reformen": So lange wird man hingehalten, bis die drei Monate rum sind und damit der "legale" Weg passé ist. Dann wird es wirklich gefährlich für die Gesundheit dieser Frau, die womöglich erst viel später einen Arzt findet, der ihr dann noch den letzten Pfennig aus der Tasche holt und bei dem man behandelt wird wie der letzte Dreck.

Viel wird gesprochen vom Schutz des ungeborenen Lebens – mit dem Schutz des Lebens und der Gesundheit der werktätigen Bevölkerung und ihrer Kinder hat die bürgerliche Klasse nichts mehr im Sinn! Solange solche Zustände bei uns herrschen, brauchen wir das Recht auf Abtreibung. Diese Sache zu entscheiden haben nur diejenigen, die es auch tatsächlich betrifft: das Volk.

Weg mit dem § 218!
Volksentscheid gegen den § 218!

J., Wiesbaden

Bei der Standagitation in Frankfurt

Veranstaltung gegen den Paragrafen 218

Mönchengladbach. Am Donnerstag, dem 10.4., führte die Sympathisantengruppe des KBW Mönchengladbach eine Veranstaltung zum § 218 mit dem Thema: Ersatzlose Streichung des § 218! durch. Gekommen waren ca. 45 Menschen. Nach einem einführenden Sketch (Brecht) wurden zwei Referate über die Geschichte und die sozialen Auswirkungen des § 218 gehalten. Diskutiert wurde dann hauptsächlich die Frage, ob der Kampf gegen den § 218 als Kampf der Geschlechter (Mann – Frau) oder als Bestandteil des Klassenkampfes behandelt werden muß.

Am Ende war die Mehrheit der Teilnehmer von der Richtigkeit der Weiterführung des Kampfes auf der Linie des Vorschlags des KBW – Das Volk selber soll entscheiden, Volksentscheid über den § 218! – überzeugt. Etwa 10 Menschen erklärten sich spontan bereit, sich für die Gründung eines Komitees einzusetzen und dort mitzuarbeiten, um die Front gegen diesen Paragraphen auch in Mönchengladbach zu verbreitern.

–R., Sympathisantengruppe des KBW, Mönchengladbach–

Beschlüsse gegen den § 218

Münster. Auf ihrer Sitzung am 7.4. hat die Fachgruppe Buchhandel der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen den DGB Münster aufgefordert, eine Demonstration durchzuführen mit einer anschließenden Kundgebung unter freiem Himmel. Die Fachgruppe hat dazu auch Forderungen gegen den § 218 verabschiedet. Im Antrag heißt es u. a.:

"... Eine einschneidende Änderung kann nur das Volk selber erkämpfen, und diese einschneidende Änderung kann nur in der ersatzlosen Streichung des § 218 bestehen. Deshalb ist es richtig und notwendig, gerade an diesem 1.Mai die Forderung zu erheben:
– Weg mit dem § 218!
– Das Volk selber soll entscheiden!"

Das Bonner Frauenkomitee hat am 9.4.1975 folgenden Beschluß gefaßt:

"Das Bonner Frauenkomitee fordert die ersatzlose Streichung des § 218. Es kämpft gegen das reaktionäre Urteil des Bundesverfassungsgerichts, indem es sich einsetzt für das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung, d. h. es sieht als eine Möglichkeit dazu die Durchführung eines Volksentscheids gegen den § 218 an.

Begründung:

Grundsätzlich sprechen wir uns aus für das Recht aller Frauen auf Abtreibung. Dieser Staat, der nicht in der Lage ist, Verhältnisse zu schaffen, unter denen es möglich ist, die Kinder unter menschenwürdigen Bedingungen aufzuziehen, hat auch nicht das Recht, Abtreibungen zu verbieten.

Wir halten die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 deshalb für ein geeignetes Kampfmittel, weil sie die politische Stoßrichtung des Kampfes angibt und geeignet ist, die Bewegung gegen den § 218 voranzubringen.

Wir werden unsere Aktionen in Zukunft auf diese Perspektive ausrichten. Wir meinen allerdings, daß in der BRD insgesamt und auch in Bonn dazu noch umfangreiche Vorarbeiten notwendig sind; dazu gehört eine verstärkte politische Debatte innerhalb der gesamten Bewegung gegen den § 218 mit dem Ziel der Vereinheitlichung."

Antwort auf einen Artikel im " Arbeiterkampf "

Es geht darum, den Paragrafen 218 zu Fall zu bringen

Nicht geht es darum, den bürgerlichen Staatsapparat zu reformieren

Im Kampf gegen den § 218 vertritt der KBW die Position, daß er nur erfolgreich weitergeführt werden kann unter den Forderungen: Weg mit dem § 218! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Im Zusammenhang mit diesem Vorschlag sind viele Unklarheiten hochgekommen, ein Lehrstück politischer Wirrköpfigkeit hat uns aber der Kommunistische Bund Nord (KB Nord) geliefert.

In der neuesten Ausgabe des "Arbeiterkampf" schreibt er: *"Die KBW-Forderung nach 'Volksentscheid' ist ein gutes Beispiel, wie aus einer an sich guten Idee unter veränderten Bedingungen Unsinn werden kann. In Italien ist von linksliberalen Kräften die Initiative zu einer Volksabstimmung über das Abtreibungsverbot ergriffen worden. ... Bei uns dagegen ist die Forderung nach 'Volksentscheid gegen den § 218' eine reine Propaganda-Losung. Denn die Möglichkeit des Volksentscheids besteht auf Bundesebene nicht, kann also auch z. B. durch Unterschriftensammlung ... nicht durchgesetzt werden."*

Also der Volksentscheid kann nicht durchgeführt werden, weil er nicht erlaubt ist. So kleinlich geht es im Klassenkampf allerdings bei keiner der beiden sich feindlich gegenüberstehenden Klassen zu. Schon immer hat die Arbeiterbewegung die Mittel eingesetzt, die sie im Kampf für ihre Interessen brauchte, und die richten sich letzten Endes stets gegen die bürgerliche Legalität, denn diese Legalität ist auch für die Bourgeoisie nur Mittel für ihre Zwecke: die kapitalistische Ausbeuterordnung aufrecht- und den Kampf der Arbeiterklasse dagegen niederzuhalten. Entscheidend in der Frage, was geht und was nicht geht, für beide Klassen, ist allein das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen.

Wenn man sich überlegt, welche Mittel anzuwenden sind im Kampf für einen bestimmten Zweck, muß man fragen, was den Feind schwächt und die eigenen Reihen stärkt. Eine solche Fragestellung ist dem KB Nord allerdings fremd.

Die internationale Arbeiterbewegung hat große Aufgaben vor sich: ihr historisches Ziel ist die Befreiung der ganzen Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung, die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, der Kommunismus. Im Kampf für dieses Ziel steht sie in einem langen und erbitterten Kampf mit der Kapitalistenklasse, dem ganzen imperialistischen System und idyllisch geht es da nicht zu.

So hätte der KB Nord es aber gern. Sein Vorschlag ist: *"Kommunisten können allerdings die Frage des § 218 dazu benutzen, um den Werktätigen zu erklären, warum der bürgerliche Staat über eine solche Frage nicht die Entscheidung des Volkes zuläßt, und um die Forderung nach Institutionalisierung des Volksentscheids zu erheben."* Der KB Nord kann das machen. Kommunisten können das nicht.

Aufgabe der Kommunisten ist es, dafür zu kämpfen, daß der Wille der großen Mehrheit des Volkes in der Frage des Rechts auf Abtreibung gegen die Staatsgewalt, die dieses Recht verwehrt, erfolgreich zur Geltung gebracht werden kann. Wenn wir dazu die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 vorgeschlagen haben, dann weil wir meinen, daß in dieser bestimmten Frage der Volksentscheid ein geeignetes Mittel ist, den Kampf für die Interessen des Volkes fortzusetzen. Der KB Nord lehnt den revolutionären Weg ab. Er schlägt stattdessen vor, sich an die Reform des bürgerlichen Staatsapparates zu begeben und einer Verfassung, deren ganzer Zweck die Sicherung des kapitalistischen Privateigentums und der Ausbeuterordnung ist, ein weiteres "demokratisches Instrument" einzufügen.

Wir fordern aber keinen Volksentscheid, um die bürgerliche Verfassung zu demokratisieren, sondern um in einem bestimmten Kampf – für die ersatzlose Streichung des § 218 – einen bestimmten Zweck zu erreichen – daß der Paragraf fällt und die Kraft des Volkes in diesem Kampf gestärkt und organisiert wird. Dazu ist das Mittel des Volksentscheids geeignet. Denn der § 218 stößt auf breitesten Unmut und Ablehnung im Volk – eine Umfrage unter Frauen hat z. B. ergeben, daß 70 % gegen diesen Paragrafen sind. Den Protest zusammenfassen und zu organisieren und zu dokumentieren, daß das Volk das Recht auf eigene Entscheidung fordert und durchsetzen will, das ist mit dem Mittel des Volksentscheids möglich.

Um den Kampf gegen den § 218 zum Sieg zu führen, dazu ist die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 notwendig. Denn: Der bürgerliche Staat hat der Bewegung für die ersatzlose Streichung des § 218 alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten abgeschnitten. Kein Parlament könnte unter dem Druck des Volkes gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes entscheiden. Die höchste richterliche Instanz des bürgerlichen Staates hat Urteil gesprochen.

Soll dem Willen des Volkes Geltung verschafft werden, soll sich der Kampf ausbreiten können, muß ein Weg gesehen werden, wie dieser Wille der Mehrheit durchgesetzt werden kann. Demonstrationen und Aktionen allein bringen das nicht.

Dumpf schwant das auch dem KB Nord. Er findet beschwörende Worte: *"Wir gehen dagegen davon aus, daß der bürgerliche Staat mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegen die Fristenlösung und mit der bevorstehenden Neufassung des § 218 eine 'Barriere' aufgebaut hat, die nur in einem langfristigen Kampf, der Massencharakter annehmen muß, durchbrochen werden kann. ... Entsprechend muß der Kampf aufgenommen werden, nämlich als Teil des langfristigen revolutionären Kampfes gegen Bourgeoisie und Staat."*

Das hört sich ordentlich an und man ist mit Recht gespannt, wie der KB Nord sich's denkt. Denn, wem nur gefällt was erlaubt ist, der wird es schwer haben, im Klassenkrieg erfolgversprechende Schlachtpläne aufzustellen. Eigentlich kann da nur ein großer Schmarren herauskommen. Wer mit kleinem Mut vor einer großen Aufgabe steht, ist leicht bereit, alle Prinzipien und alles bessere Wissen über Bord zu schmeißen, nur um sich ungeschoren aus der Affäre ziehen zu können. Da ist der KB Nord dann auch nicht kleinlich und erledigt das gründlich. Er schreibt:

"Ein wichtiger Punkt wird aber in der ganzen weiteren Auseinandersetzung sein, so Klarheit über den Charakter den Kampfes gegen den § 218 als 'langwährenden Kampf' zu verschaffen, in diesem Sinn z. B. mit den demokratischen 'Frauengruppen' zu diskutieren. Für sinnvoll zur Festigung des langfristigen Charakters des Kampfes gegen den § 218 halten wir den Vorschlag aus den Reihen der 'Frauengruppen', jährlich einen Tag als Kampftag gegen den § 218 durchzuführen, z. B. den 25. Februar (Beschlußfassung des Bundesverfassungsgerichtes)."

Bei aller Liebe, hier dreht's einem den Magen um. Erst darf die Kraft des Volkes nicht organisiert werden, weil es nicht erlaubt ist. Dann schulmeistert der KB Nord, daß der Kampf gegen den § 218 aber gesehen werden müsse im Rahmen des gesamten revolutionären Kampfes gegen Bourgeoisie und Staat, nur "langwährend" muß er sein. Und weil offenbar je länger desto besser, am besten so lange, daß man selbst nichts mehr abkriegt, läßt diese Organisation dann gleich alles fallen, was sie noch dazu zwingen würde, ihre Sprüche in die Tat umzusetzen. Daß es Klassen gibt, vergißt sie lieber und wendet sich der Organisierung des Kampfes der Geschlechter zu. Oder genauer gesagt, sie wendet sich ab von der Gesamtheit der Arbeiterbewegung und "demokratischen Frauenorganisationen" zu, um mit ihnen "in diesem Sinne" (nämlich, daß der Kampf lange dauern muß) zu diskutieren.

Damit die lange Dauer auch garantiert wird, soll der Kampf nun im Jahresrhytmus durchgeführt werden, jedes Jahr eine Aktion, das ist alles, was der KB Nord vorzuschlagen weiß. Und damit sich die Bewegung gegen den § 218 auch ja ihrer Stärke möglichst bewußt wird, wird dazu auch noch ein Tag vorgeschlagen, an dem dieser Bewegung durch den bürgerlichen Staat ein Schlag versetzt wurde.

Das ist der perfekte Plan, um die Niederlage zu organisieren.

Wenn die Aufgaben schwieriger werden für die Arbeiterklasse und das Volk im Kampf um seine Interessen und seine Rechte, sehen diese politischen Bankrotteure nicht, daß gleichzeitig auch Voraussetzungen, sie zu erfüllen, besser werden.

Die Aufgabe, den Kampf gegen den § 218 siegreich zu führen, ist nicht leicht; aber die Voraussetzungen dafür sind gut, weil: Wir haben recht und können uns stützen auf die Mehrheit des Volkes.

– dz,Westberlin–

Osnabrück: 1000 demonstrierten gegen die Politik des Stadtrates

Obwohl ein Gerichtsbeschluß gegen den Abriß vorlag wurde das Jugendzentrum zerstört

Nach zwei Monaten wurde in Osnabrück das vom Unabhängigen Jugendzentrum besetzte Haus Lortzingstraße von der Polizei geräumt und abgerissen.

In Osnabrück gibt es seit vielen Jahren Auseinandersetzungen in der Innenstadt. Nach dem Konzept des Stadtrates und seines Sanierungsträgers "Neue Heimat Bremen" sollen ganze Straßenzüge abgerissen und preiswerter Wohnraum vernichtet werden.

Die in dem Sanierungsgebiet Wohnenden sind einhellig gegen diese Politik und haben das in unzähligen Bürgerversammlungen und auf einer starken Demonstration im November 1974, an der sich 800 Menschen beteiligten, auch zum Ausdruck gebracht.

Im Januar berichtete die KVZ bereits darüber, daß das Haus Lortzingstraße 2 in einer gemeinsamen Aktion von Gegnern der Stadtsanierung und der Jugendzentrumsinitiative besetzt worden war. Jahrelang hatte der Stadtrat ein unabhängiges Jugendzentrum versprochen, ohne aber jemals sein Versprechen zu halten.

Nach 2 Monaten erhielten die Besetzer eine Räumungsanordnung der Stadt, daß sie das Haus binnen 24 Stunden verlassen müßten. Andernfalls mache sich jeder – auch wer die Hausbesetzung nur psychisch unterstütze – strafbar.

Diese Räumungsanordnung wurde durch ein Plenum der Initiativgruppe zurückgewiesen und man verabschiedete eine Resolution an den Stadtrat, in der die Zurücknahme der Räumungsverfügung gefordert wurde.

Mit dieser Resolution ging man am nächsten Abend ins Rathaus, wo der Oberbürgermeister auf einer Sitzung
Oberbürgermeister auf einer Sitzung
im Ratssitzungssaal vor 200 Jugendlichen und einigen Erwachsenen Rechenschaft ablegen mußte.

Von allen Seiten wurde ihm eindringlich klar gemacht, daß man nicht zurückstecken werde. Auf der Versammlung hatte der Oberbürgermeister massiv zu spalten versucht und der Jugendzentrumsinitiative das Blaue vom Himmel versprochen, wenn sie von der Hausbesetzung ablassen und sich nicht mehr um den Kampf gegen die Stadtsanierung kümmern würde.

Aber das alles war vergeblich, weil dieser Stadtrat schon viel versprochen und nicht gehalten hat und weil die meisten darüber Klarheit hatten, daß man nur siegen kann, wenn man einig und geschlossen bleibt.

Die Reaktion des Stadtrates auf das Mißlingen seiner Spaltungsversuche war der größte Polizeieinsatz, den Osnabrück jemals gesehen hat.

Mindestens zwei Hundertschaften Polizei (zusammengezogen aus Oldenburg und Braunschweig), 24 scharfe Polizeihunde, 2 Rambockwagen, 2 Wasserwerfer rückten am 8.4. um 4.30 Uhr an, um das Haus zu räumen. Gleich hinter ihnen fuhren die Abrißbagger her. Jedem war klar, daß dieser bürgerkriegsähnliche Aufmarsch nicht den 17 Mann galt , die als Nachtwache im Haus zurückgelassen worden waren. Ein Polizist sagte auch ganz freimütig, "das sei wegen der Sympathisanten". Wie sehr der Staatsapparat die Polizei als Bürgerkriegsrtuppe schon zentral einsetzt, zeigt die Aussage des Einsatzleiters: "Dieser Einsatz ist vom Innenministerium angeordnet worden."

In den folgenden Tagen ist der Osnabrücker Stadtrat in den Augen eines großen Teils der Bevölkerung noch unglaubwürdiger geworden. Am Tag der Räumung, eine halbe Stunde nach Beginn der Abrißarbeiten, erging nämlich eine einstweilige Verfügung des Verwaltungsgerichts, daß
fügung des Verwaltungsgerichts, daß
alle Abbrucharbeiten sofort zu stoppen seien, bis in einer Hauptverhandlung über den Einspruch der Initiative gegen die Stadtsanierung entschieden sei. Kein Vertreter der Stadt machte Anstalten, für einen Stop der Abrißarbeiten zu sorgen. Die Herren, die den Besetzern gegenüber von Recht und Gesetz gezetert haben, pfeifen auf Recht und Gesetze, wenn sie die nicht mehr gegen die Bevölkerung einsetzen können.

Das hat viele Bürger außerordentlich empört. Und es hat dem Stadtrat auch gar nichts genutzt, daß er angab, nicht er habe den Abriß veranlaßt, sondern die Neue Heimat.

Die Initiativgruppe gegen die Stadtsanierung und die Initiative für ein unabhängiges Jugendzentrum riefen für Sonnabend, den 12.4., zu einer Demonstration unter den Losungen auf: **"Sofortiger Sanierungsstop! Sofortige Bereitstellung eines Hauses für ein Unabhängiges Jugendzentrum! Keine straf- und zivilrechtliche Verfolgung der 17 Hausbesetzer!"**

Über Tausend – meist jüngere, aber auch eine Anzahl ältere Osnabrücker – versammelten sich und demonstrierten über eine Stunde durch die Innenstadt. Auf der Abschlußkundgebung war man sich einig, daß dies nicht das Ende des Kampfes gegen die Sanierung war. In einer spontanen Abstimmung wurde entschieden, das nächste auf der Abrißliste des Stadtrats stehende Haus zu besetzen. Dieses soll Zeichen des andauernden Widerstandes sein bis zur nächsten Ratssitzung, wo die Osnabrücker Bevölkerung massenhaft erscheinen muß, um Rechenschaft zu verlangen und den Rat zu zwingen, seine Sanierung im Interesse der Kapitalisten zu stoppen

–K., Osnabrück–

Die Polizei schützte den Abriß des Hauses

1000 Osnabrücker demonstrierten gegen die Abrißpolitik des Stadtrats

„Gemeinnütziger Verein"

CDU will Schülermitverwaltungskassen ausplündern

Anfang April dieses Jahres bekam die Schülermitverwaltung der Robert-Koch-Schule in Clausthal-Zellerfeld das "Rundschreiben Frühjahr 1975" der "Stiftung für europäische Publizistik e.V." zugeschickt. Diese Stiftung fordert die Schülermitverwaltung auf, für die Zeitung dieser Stiftung Geld zu spenden.

Offensichtlich handelt es sich bei diesem nach eigenen Angaben "allgemeinnützigen Verein" um einen Wahlverein der CDU/CSU. Hierzu einige Zitate aus dem Rundbrief, den die Schülermitverwaltung erhielt:

" *'Davon, ob wir eine Wende herbeiführen, wird es abhängen, ob die Europäer in der nächsten Generation ihr Leben noch in Freiheit gestalten können.' – Im Bewußtsein dieser Lage, charakterisiert in Worten von F.J. Strauß, versenden wir – als Trägerverein der Ausgabe S der Zeitbühne – Monat für Monat (steter Tropfen höhlt den Stein) Zehntausende Hefte an Einzelanschriften von Schülern.*

...auf die Lektüre der jungen Leute, die im Oberschulalter erstmals Meinungen formen, **kommt es entscheidend an."**

Die Schülermitverwaltung soll also die Versendung von Wahlpropaganda der CDU/CSU – hier getarnt als gemeinnütziger Verein – finanzieren. Aber nicht nur dies: Zu Schulungsseminaren der Schüler-Union (eine Schülergruppe der CDU) heißt es in dem Schreiben: "Die Referenten sind durchweg Autoren der Zeitbühne."

Also sogar die Schulungen der reaktionären Schüler-Union soll die Schülermitverwaltung unterstützen. Da die CDU nun also ihren Wahlkampf 1976 schon aus den Kassen der Schülermitverwaltungen finanzieren will, wird es geraten sein, die Kassenwarte der Schülermitverwaltungen insbesondere dort, wo die Schüler-Union die Schülersprecher stellt, genau zu kontrollieren und Rechenschaft über Ausgaben der Schülermitverwaltung zu fordern.

S.H. Clausthal-Zellerfeld

„Ein merkwürdiger Entlassungsgrund"

In Darmstadt soll der Fachhochschullehrer V.Pfaff entlassen werden

Mit einem Erlaß vom 12.3.1975 teilte der hessische Kultusminister dem Darmstädter Fachhochschullehrer Victor Pfaff mit, daß er beabsichtige, ihn aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen.

In allen Bundesländern geht der Staatsapparat gegenwärtig daran, Kommunisten und fortschrittliche Menschen an den Hochschulen und Fachhochschulen politisch zu disziplinieren und zu entlassen. Überall aber, wo der Staat dieses versucht, stößt er auf Widerstand. So in Frankfurt, wo der Romanistikprofessor Schneider entlassen werden soll, in Bremen, wo der Physikprofessor Jens Scheer entlassen werden soll.

Victor Pfaff ist kommissarischer Vorsitzender der Fachgruppe Hochschulen und in dieser Eigenschaft auch im Landesvorstand der GEW. Er war Landtagskandidat des KBW in Darmstadt bei den hessischen Landtagswahlen. In einem offenen Brief nahm er Stellung zum Erlaß des Kultusministers. Darin heißt es u. a.

"Sie begründen Ihre Absicht, mich aus dem Dienst zu entfernen, auch damit, durch meine Kandidatur für den Kommunistischen Bund Westdeutschland sei ich gegen die Chancengleichheit der Parteien aufgetreten. Dies ist nun ein reichlich merkwürdiger Entlassungsgrund: Ist doch die Chancengleichheit der Parteien durch das Erfordernis der Unterschriftensammlung, durch die 5 %-Klausel und schließlich durch die ständige Verbotsdrohung des Artikel 21 Abs. 2 GG **zum Nachteil der kommunistischen Organisationen** eingeschränkt. (. . .)"

In einem offenen Brief an den Rektor der Fachhochschule Darmstadt wandten sich jetzt neun ehemalige Absolventen der Fachhochschule Darmstadt gegen die geplante Entlassung von Victor Pfaff. Sie schreiben darin:

"Indem Victor Pfaff einerseits sich offen zu seiner politischen Überzeugung bekannte und über das daraus resultierende Wissenschaftsverständnis diskutierte, andererseits aber die bürgerliche Wissenschaft uns in sachlicher Form beibrachte, erfüllte er den Anspruch des pluralistischen Wissenschaftsverständnisses durch einen solchen Unterricht, verbunden mit seinen außerordentlichen pädagogischen Fähigkeiten, verstand Herr Pfaff es, uns zu Eigeninitiative und intensiver Mitarbeit anzuregen."

Die Unterzeichner des offenen Briefes fordern: **"Sofortige Einstellung des Entlassungsverfahrens gegen Victor Pfaff! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in den Schulen! Uneingeschränkte Rede- und Meinungsfreiheit!"**

Leverkusen. In Leverkusen wurde der Oberstudienrat Manfred Tietz nach 10-jähriger Dienstzeit vom Dienst suspendiert. Begründet wurde dies damit, daß er eine Chile-Sammlung angemeldet und eine Solidaritätserklärung gegen die Entlassung des Lehrers Fritz Güde abgegeben habe.

Kassel. Den Studienreferendaren K.Albrecht und U.Seyfarth wurde ihre Entlassung während ihrer Referendarzeit angedroht, da sie während ihrer Studienzeit bei den Parlamentswahlen für kommunistische Studentengruppen kandidiert hätten und sich auch gegenwärtig noch politisch betätigen würden.

Worms: Haus besetzt

Worms. Am 5.4. feierten an die sechzig Jugendliche eine "Putzfete" in den Räumen des Anwesens Würdtweinstraße 11. Dieses Haus, eine leerstehende Fabrik, ist schon seit längerer Zeit in der Diskussion als Jugendzentrum. Der Stadtrat hat beschlossen, die Räume bis auf weiteres nicht zu vermieten. Jetzt hat er überraschend zwei Räume der Volksbühne zur Verfügung gestellt. Um ihren Anspruch auf das Haus zu demonstrieren, besetzten die Jugendlichen es kurzzeitig. Die Aktion fand Widerhall in der Nachbarschaft. Durch hinzukommende Jugendliche und Kinder waren bis zu hundert Personen anwesend.

Die Aktion litt unter dem Mangel, daß sie schlecht angekündigt war, und nicht mit einer breiten Propagierung der Ziele der Jugendhausbewegung verbunden war.

Auf einer Musikveranstaltung am Abend wurde die Aktion duskutiert und Vorschläge für das weitere Vorgehen gemacht. Am Montag hielten die Jugendlichen eine Sitzung vor dem Haus ab. –W., Worms–

Resolution der Landesastenkonferenz Rheinland-Pfalz

Mainz. Auf ihrer Sitzung am 12. April faßte die Landeskonferenz Rheinland-Pfalz der Allgemeinen Studentenausschüsse einen Beschluß zur Auseinandersetzung um die Gründung eines einheitlichen Dachverbandes der Studentenschaft. Darin heißt es u. a.:

"Die Landesastenkonferenz von Rheinland-Pfalz fordert alle Studentenschaften auf, den 8. Mai als Termin der Gründung des neuen Verbandes wahrzunehmen, um zu erreichen, daß der Forderung der Studenten Rechnung getragen wird, einen einheitlichen und starken Dachverband zu gründen. Wir brauchen diesen Verband, um unsere Forderungen und Rechte wirkungsvoll gegenüber dem Staat vertreten zu können.

Der einzige anwesende MSB-AStA der ev.Fachhochschule Ludwigshafen erklärte, dieser Resolution könne er sich nicht anschließen und enthielt sich der Stimme. Anwesende SHB-Vertreter unterstützten die Resolution.

1. Mai: Wiesbadener Soldaten wollen demonstrieren

Wiesbaden. Die Soldaten im Soldaten- und Reservisten-Komitee Wiesbaden werden sich am 1. Mai an der Demonstration in Wiesbaden in Uniform beteiligen. Das Komitee hat beschlossen, alle Aktivitäten einzuleiten, daß sich viele Soldaten in Uniform beteiligen.

Wir werden Transparente anfertigen mit den Forderungen:

"Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr!"

"Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit!"

Schon im letzten Jahr demonstrierten Soldaten auf der 1. Mai-Demonstration. Sie trugen ihre Ausgehuniform und zeigten damit ihren zivilen Kollegen, daß sie den Kampf gegen die Armee der Kapitalisten auch in der Armee selber führen und daß sie auf der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes stehen. Daran werden wir uns am 1. Mai 1975 ein Beispiel nehmen!

Gerade in letzter Zeit baut die Kapitalistenklasse ihren Beamten- und Militärapparat unter dem Schlagwort "Innere Sicherheit" verstärkt aus. In der Bundeswehr wird jede kleinste Regung für die Interessen der Arbeiterklasse unterdrückt, die Bundeswehr-Führung erläßt drakonische Strafen gegen jede selbständige Bewegung der Soldaten. Sie muß sich sicher sein, daß diese Armee aus dem Volk, die im Interesse der Kapitalisten gegen das eigene und fremde Völker eingesetzt werden soll, vom Volk getrennt bleibt. Das jüngste Exempel wurde am Pionier Berger aus der Flußpionier-Kompanie 882 in Wiesbaden-Schierstein statuiert. Berger nahm an der Chiledemonstration im September vorigen Jahres in Frankfurt in Uniform teil und diskutierte mit den Kollegen über die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung. Der Regimentskommandeur verhängte einen Arrest von 14 Tagen.

All jenem können die Soldaten am besten entgegentreten, wenn sie sich öffentlich auf die Seite der Arbeiterklasse stellen und mit ihr gemeinsam für die Forderung nach politischer Betätigung und Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit kämpfen.

–R., Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden–

Das Bild zeigt zwei der drei Zerstörer der Bundesmarine aus Kiel, die im Februar an dem NATO-Seemanöver vor der portugiesischen Küste teilgenommen haben. In Portugal war es zu großen Demonstrationen gegen diese Manöver gekommen. Die Abwehr von Demonstranten müssen jetzt die Marinesoldaten üben.

Die Marine übt Abwehr von Demonstration

Die Bundesmarine bereitet die Soldaten auf die Abwehr von Demonstrationen vor

Kiel. Im letzten Monat fand auf einem Schiff der Bundesmarine folgende Übung statt: Der Besatzung wurde gesagt, daß am Nachmittag vermutlich eine Übung veranstaltet werde, bei der vor dem Schiff eine Gruppe Jugendlicher demonstrieren werde.

Für diesen Fall sollten alle Außenschotten geschlossen werden, ein Soldat mußte über die Außenbordlautsprecher laute Musik senden. Beide Maßnahmen hatten den Zweck, die Besatzung von den Demonstranten zu isolieren. Andere Soldaten sollten Feuerwehrschläuche ausrollen. Wie die Polizei mit ihren Wasserwerfern hätte man dann die Demonstranten vertrieben. Es wurden weiterhin Vorkehrungen getroffen, den Anker fallen zu lassen, wenn die "Demonstranten" die Leinen losmachen würden. Weiterhin mußten sich mehrere Soldaten bereit halten, den Anker fallen zu lassen. Daß die "Demonstration" dann nicht stattfand, mag wohl an den Schwierigkeiten gelegen haben, die passenden Sparringspartner zu finden.

Aber die Tatsache, wie perfekt alles vorbereitet worden war, gibt doch zu denken. Denn diese Übung darf nicht nur im Zusammenhang mit dem in den Notstandsgesetzen festgelegten "Einsatz im Innern" gesehen werden. In letzter Zeit ist manchen Ländern ganz offen mit militärischen Interventionen von seiten der NATO gedroht worden. Die Drohung des amerikanischen Außenministers Kissinger gegen die Ölförderländer hat sogar in der bürgerlichen Presse viel Aufsehen erregt. Am 7. Februar fanden in Lissabon Demonstrationen gegen das NATO-Manöver statt. An dem Manöver hatte auch ein Zerstörer aus Kiel teilgenommen. Die Demonstranten fürchteten sicherlich nicht zu Unrecht, daß die NATO ihr Land vor der "Gefahr eines Linksrutsches bewahren" wollte, wie es in der bürgerlichen Presse hieß. In der oben beschriebenen Übung wollte man also die Marinesoldaten auf diese Möglichkeiten ihres Einsatzes vorbereiten.

Soldateninitiative Kiel

„So was grenzt an Meuterei"

Der Leutnant wurde beim Lügen ertappt

Ahlen/Westfalen. Wir, die Rekruten der 2.Kompanie des Jägerbataillons 441, sind jetzt seit dem 1.April in der Kaserne und direkt am ersten Wochenende passierte eine große Schweinerei in unserer Kompanie von Seiten des Zugführers des III. Zuges, Leutnant Krauß. Zwei Kameraden bekamen Ausgangssperre am Samstagnachmittag und am Sonntag. Der eine, weil er in der Hektik am Morgen vergessen hatte, sein Bett nach militärischer Vorschrift zu machen. Der andere, weil er während des Marschierens mit Schnee geworfen hatte. Der Leutnant merkte aber sehr schnell, daß er seine Kompetenzen ein wenig überschritten hatte und griff zu einem ganz üblen Trick: Am Samstagmorgen bekamen wir unsere vorläufigen Truppenausweise, mit denen wir die Kaserne verlassen konnten. Zwei Kameraden händigte er die Ausweise nicht aus mit der Begründung, sie seien noch nicht fertig, die auf der Schreibstube hätten keine Zeit gehabt. Kurz darauf merkte er aber, daß er versehentlich dem Kameraden, den er mit der Ausgangssperre bestrafen wollte, dennoch einen Truppenausweis gegeben hatte. Daraufhin nahm er ihm, ohne irgendeine Begründung, den Ausweis wieder ab. Dem Kameraden, den er nicht bestrafen wollte, händigte er daraufhin den Ausweis aus.

So entlarvte der Leutnant sich selber, denn es war ja ersichtlich, daß alle Ausweise doch fertig waren, zumal er sie offen in der Hand trug.

Wir waren ganz schön sauer und einer von uns schrieb eine Beschwerde über die Sache und hängte sie am Aushang vor der Kantine auf, so daß sie von vielen gelesen wurde. Das brachte die Offiziere natürlich in helle Aufregung, und der stellvertretende Kompaniechef ließ den III. Zug versammeln, um uns eine Standpauke zu halten. Er sagte, so etwas grenze an Meuterei und man könne nicht für andere eine Beschwerde schreiben usw., usw.. Schließlich mußte er jedoch zugeben, daß die Beschwerde inhaltlich vollkommen richtig war und entsprach auch dem Wunsch des Beschwerdeschreibers, daß der Leutnant sich offen vor dem Zug dafür entschuldigen mußte, daß er uns angelogen hatte. Den zwei Kameraden wurde für die Strafe zur Wiedergutmachung zwei Tage Sonderurlaub gewährt.

Das war ein dufter Erfolg für uns und wir haben gemerkt, daß wir was erreichen können, wenn man aufmuckt.

–Soldat XY, 2/Jg.Btl.441 Ahlen, Westfahlenkaserne–

Keine gemeinschaftlichen Eingaben

Kassel. Der Wehrbeauftragte behandelt grundsätzlich keine "gemeinschaftlichen Eingaben". Das teilte er jetzt dem aus der Bundeswehr unehrenhaft entlassenen Soldaten V. Klohn mit. Der Soldat hatte sich gemeinsam mit dem Soldaten Kuhlen bei dem Wehrbeauftragten beschwert. Beide Soldaten sind vor kurzem aus der Bundeswehr unehrenhaft entlassen worden (die KVZ berichtete darüber). Der Wehrbeauftragte erklärte: Auf das Petitionsrecht "können Sie sich aber erst berufen, wenn Sie sich allein an mich wenden. Gemeinschaftliche Eingaben bearbeite ich grundsätzlich nicht". Der Wehrbeauftragte begründet seine Antwort mit dem Gesetz, wonach sich nur jeder Soldat "einzeln" an den Wehrbeauftragten wenden könne.

Die Massenbeschwerde stiftet Unruhe

Erfolgreicher Kampf mit einer Massenbeschwerde gegen besondere Schikane

Munster. Während der Osterdienstbefreiung mußte die 3. Kompanie des Panzerlehrbataillons Bereitschaft machen. Eine Woche lang dauerte die Bereitschaft. Die Feiertage über war außer ein paar Unteroffizieren vom Dienst, Gefreite vom Dienst und Wachsoldaten ausschließlich die Bereitschaft in der Kaserne und in Verpflegung. Und gerade die Verpflegung klappte hinten und vorne nicht. Zunächst fiel auf, daß die laut Essensplan uns zustehende Keksration auf die Hälfte gekürzt wurde. Die Soldaten wurden unruhig. Als es mittags anstatt einem 280-Gramm-Stück Gänsebrust ein Stückchen Hähnchenschnitzel gab, welches 80 Gramm auf die Waage brachte, wuchs die Empörung. Der Vertrauensmann ging mit einem Zeugen das Fleisch wiegen. 80 Gramm – mehr war nicht auf die Waage zu bringen. Außerdem gab es keine Ananas zum Nachtisch, sondern einen Schokoladenosterhasen. Wie zum Hohn. Wir überlegten uns, was zu tun sei, und beschlossen, einheitliche Beschwerden zu schreiben. Da die Versorgung (und das betrifft nicht nur die Verpflegung) ohnehin sehr schlecht ist, so daß man häufig gezwungen ist, in der Kantine zu überhöhten Wucherpreisen zu essen, wollten wir derartige Kürzungen und Streichungen nicht so ohne weiteres hinnehmen. Die Beschwerden wurden geschrieben. Am nächsten Tag kündigte der Spieß mittags beim Antreten einen vom Kompaniechef geplanten Unterricht über Beschwerden an.

So gegen 21 Uhr fand der Unterricht dann auch statt. Da erzählte der Kompaniechef uns dann etwas davon, daß auch er Interesse daran habe, die Geschichte aufzuklären. Zunächst sei es aber schon an Meuterei grenzend, wenn wir alle die gleichen Beschwerden schreiben würden. Auf Einwände hin sagte er nur, daß er sich eben an die Bestimmungen zu halten hätte, und wenn wir der Meinung seien, daß die Bestimmungen schlecht sind, sollten wir eine Partei gründen und die Bestimmungen ändern. Es ging dann nur darum, daß uns vorgerechnet wurde, wo das Fleisch, die Ananas, der Kuchen, Schinken, Käse usw. geblieben war. Fehlkalkulation hier, Fehlplanung da. Ein Soldat bemerkte richtig, daß eben das nicht unser Problem sei. Wir wollen das, was uns zusteht!

Heraus kam dann, daß es am nächsten Freitag ein Brötchen mit zwei Scheiben Schinken extra gab.

Es zeigt sich immer wieder, daß Massenbeschwerden durchaus in der Lage sind, die Verhältnisse durcheinanderzubringen. Jedenfalls haben wir schon zum zweiten Mal mit relativem Erfolg gegen eine zusätzliche Willkür und Entrechtung der Mannschaften den Kampf geführt.

m., Munster

3900 DM Strafe

Bruchsal. Am Freitag, dem 5.4.1975, bekamen 3 Verteiler des "Querschlägers", der Zeitung der Gruppe Bruchsaler Soldaten, eine Strafbefehl zugestellt, in dem sie zu einer Geldstrafe von insgesamt 3 900 DM verurteilt worden sind.

Sie sind für schuldig befunden worden, die Gruppe Bruchsaler Soldaten bei ihrer Arbeit dadurch zu unterstützen, daß sie deren Flugblätter und Zeitungen vor den beiden Bruchsaler Kasernen verteilt haben.

Der Anlaß für die Anwendung des § 90 StGB ist das Deckblatt der "Gruppe Bruchsaler Soldaten". Dort ist ein Adler mit Totenkopf und Helm abgebildet.

(nach einer Korrespondenz von K.L., Bruchsal)

8 Todesurteile in Südkorea

Begründung: Teilnahme an einer Verschwörung zum Sturz der Regierung

Am 9. April ließ das Militärregime des Pak-Tschung-Hi acht Angehörige der "Revolutionären Volkspartei der Vereinigung" (RVP) hinrichten.

Ihnen wurde vorgeworfen, zusammen mit sechs anderen Personen Studentendemonstrationen organisiert *"und damit an einer Verschwörung zum Sturz der Regierung zugunsten kommunistischer Regimes teilgenommen zu haben"* (Frankfurter Rundschau, 10.4.1974). Diese Urteile zeigen das wahre Gesicht einer Bourgeoisie, deren politische Macht in den Grundfesten erschüttert ist:

Am 12. Februar gelang es, eine breite Protestaktion gegen die sogenannte Volksabstimmung (Referendum, vgl. KVZ Nr.8/1975, S.14) durchzuführen. Viele Menschen weigerten sich, mit einer der Diktatur auf den Leib geschneiderten Verfassung ihre eigene Entrechtung und Unterdrückung zu unterschrieeiben.

Am 1. März erfuhr die Weltöffentlichkeit erneut über den wichtigsten Führer der südkoreanischen Opposition, Kim Dae Jung, auf einer Pressekonferenz von den Praktiken des Geheimdienstes. Kim Dae Jung und andere Oppositionsführer legten Zeugnis ab über Verhöre und Folterungen durch die Militärbehörden (für einen Zeitraum von 1972 bis 1974 – vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.3.1975). Das Regime antwortete mit Hausarrest.

Am 12. März streikten rund 200 Journalisten der beiden größten Tageszeitungen (Dong-A Ilbo/Hankuk Ilbo). Sie bestehen auf ihrer Forderung nach mehr Pressefreiheit. Die Polizei tritt gegen die Streikenden in Aktion.

Am 8. April ordnete die Regierung Pak die Schließung der Universitäten des Landes an. Ein Verbot sämtlicher Kundgebungen wird angeordnet.

Die Regierung trifft also umfassend Maßnahmen, um eine Organisierung des Protestes gegen die Todesurteil zu verhindern. Ihre Furcht, gerade auch vor den fortschrittlichen Studenten, gründet sich dabei auf eine Erfahrung aus dem Jahre 1961. Ebenfalls im April hatte damals eine Welle des Protestes die Hochschulen des Landes überzogen und schließlich zum Sturz des Diktators Syng-Man-Rhee geführt.

Die Tatsache, daß die Diktatur des Pak-Tschung-hi nur noch schwankenden Boden unter den Füßen hat, hat sie inzwischen dazu gezwungen, auch die Koreaner im Ausland einer noch stärkeren geheimdienstlichen Überwachung zu unterwerfen. Der Koreaner Sung Hwan Chang, Pfarrer in Duisburg, beschreibt die Lage der zirka 11 000 koreanischen Kollegen in der BRD in einem Brief vom April dieses Jahres so:

"Koreanische Arbeiter leben hier in einer Atmosphäre der ständigen Angst und Furcht." (vgl. Frankfurter Rundschau, 11.4.1975) Vom südkoreanischen Geheimdienst werden sie bedroht und bespitzelt.

–dt, w.s., Frankfurt/M–

Einverleibung Sikkims

Neue Verbrechen der indischen Expansionisten

Sikkim, ein Staat im Himalaya, ist endgültig am 10.4. von Indien annektiert worden. Sikkim ist eine konstitutionelle Monarchie bisher gewesen.

Jetzt haben die 32 Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung einstimmig die Abschaffung der Monarchie beschlossen und zweitens den Anschluß an Indien. Die Abgeordneten gehören so gut wie alle der Kongreß-Partei an, die ein Ableger der indischen Regierungspartei ist.

Die indische Regierung hatte diese Einverleibung des Himalaya-Staates an der Grenze zur Volksrepublik China von langer Hand vorbereitet. Zuerst zwangen sie das Königreich, die Stationierung indischer Truppen zuzulassen. Es stehen dort zwischen 50 000 und 100 000 indische Soldaten. Dann mußte der Chogyal, der König von Sikkim, unter diesem militärischen Druck die Einsetzung einer indienhörigen Regierung zulassen. Im September 1974 vollzog diese Regierung, gestützt auf ein ebenso indienhöriges Parlament, das zu wählen das Volk von Sikkim gezwungen wurde, die "Assoziierung" an Indien. Aus dieser verhüllten Annexion hat die indische Regierung nun die offene, unverhüllte Annexion gemacht, aus der Besetzung die direkte Einverleibung.

Dabei ging die indische Regierung ganz nach der Art der Imperialisten vor. Sie inszenierte in Sikkim eine proindische Demonstration aus notdürftig verkleideten Soldaten. Die Demonstranten provozierten die Nationalgarde von Sikkim und verwickelten sie in Auseinandersetzungen. Die Nationalgarde untersteht dem König. Daraufhin richtete die proindische Regierung ein offizielles Hilfeersuchen an die indische Regierung, die ihren Truppen den Einsatzbefehl gab. Die Truppen entwaffneten die Nationalgarde.

Die Pekinger Volkszeitung schrieb, daß die Annexion Sikkims durch die indischen Reaktionäre jenen Vorgängen in der Tschechoslowakei 1968 gleiche. Sikkim sei eine "Mini-Tschechoslowakei". Und diese proindischen Abgeordneten, die der Annexion zustimmten, könnten nicht für das ganze Volk sprechen, zumal, wenn es um die Aufgabe der Souveränität gehe.

Dieser Beschluß soll jetzt nachträglich dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Aber unter der Herrschaft der indischen Bajonette hat das Volk nur seine Zustimmung zu diesem neuerlichen Verbrechen der indischen Expansionisten zu geben.

–g.j.–

Chile-Demonstration in Frankfurt

Als vorläufiger Abschluß der Woche vom 7.–12.4. "Freiheit für die politischen Gefangenen in Chile" fand am Samstag eine Demonstration mit ca. 2 000 Leuten statt. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen Carmen Castillo und Rene Plaza, Vizepräsident des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT.

Vorausgegangen waren dieser Demonstration eine Eröffnungsveranstaltung des Chile-Komitees am 4.4. im Volksbildungsheim mit ca. 300 Leuten, am Mittwoch, dem 9.4. eine Veranstaltung zur Rolle der Frau im chilenischen Widerstand und am Donnerstag ein Fest in einem Jugendhaus, wo der Film "Wenn das Volk erwacht" gezeigt wurde. An einer Großveranstaltung des MIR am Freitag, dem 11.4., mit Carmen Castillo, einem Film zu Ehren Miguel Enriquez, nahmen etwa 1 200 Menschen teil.

–e., Frankfurt/M.–

Der Bankrott der Junta

Pinochet braucht neue Männer

Am Donnerstag, dem 10. April, ist das chilenische Kabinett, in dem 14 Militärs und drei Zivilisten saßen, zurückgetreten.

Die Regierung konnte die wirtschaftliche Krise des Landes nicht eindämmen. Immer größer sind deshalb in letzter Zeit die Risse im Lager der Militärs geworden. Die vorläufig gescheiterten Umschuldungsverhandlungen markierten einen Höhepunkt dieser Entwicklung: Der Bankrott der Militärdiktatur wurde aufgedeckt vor der Weltöffentlichkeit.

Pinochet gibt die Krise offen zu. Er und seine Clique wissen, daß sie Gesichtsmassage betreiben müssen, wollen sie an die für sie lebensnotwendige Unterstützung gelangen. Die wirtschaftliche Krise müsse "frontal ange-

an der Grenze zur Volksrepublik China von langer Hand vorbereitet. Zuerst zwangen sie das Königreich, die Stationierung indischer Truppen zuzulassen. Es stehen dort zwischen 50 000 und 100 000 indische Soldaten. Dann mußte der Chogyal, der König von Sikkim, unter diesem militärischen Druck die Einsetzung einer indienhörigen Regierung zulassen. Im September 1974 vollzog diese Regierung, gestützt auf ein ebenso indienhöriges Parlament, das zu wählen das Volk von Sikkim gezwungen wurde, die "Assoziierung" an Indien. Aus dieser verhüllten Annexion hat die indische Regierung nun die offene, unverhüllte Annexion gemacht, aus der

daß die Annexion Sikkims durch die indischen Reaktionäre jenen Vorgängen in der Tschechoslowakei 1968 gleiche. Sikkim sei eine "Mini-Tschechoslowakei". Und diese proindischen Abgeordneten, die der Annexion zustimmten, könnten nicht für das ganze Volk sprechen, zumal, wenn es um die Aufgabe der Souveränität gehe.

Dieser Beschluß soll jetzt nachträglich dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Aber unter der Herrschaft der indischen Bajonette hat das Volk nur seine Zustimmung zu diesem neuerlichen Verbrechen der indischen Expansionisten zu geben. –g.j.–

Pak-Tschung-hi nur noch schwankenden Boden unter den Füßen hat, hat sie inzwischen dazu gezwungen, auch die Koreaner im Ausland einer noch stärkeren geheimdienstlichen Überwachung zu unterwerfen. Der Koreaner Sung Hwan Chang, Pfarrer in Duisburg, beschreibt die Lage der zirka 11 000 koreanischen Kollegen in der BRD in einem Brief vom April dieses Jahres so:

"Koreanische Arbeiter leben hier in einer Atmosphäre der ständigen Angst und Furcht." (vgl. Frankfurter Rundschau, 11.4.1975) Vom südkoreanischen Geheimdienst werden sie bedroht und bespitzelt. –dt, w.s., Frankfurt/M–

Der Bankrott der Junta

Pinochet braucht neue Männer

Am Donnerstag, dem 10. April, ist das chilenische Kabinett, in dem 14 Militärs und drei Zivilisten saßen, zurückgetreten.

Die Regierung konnte die wirtschaftliche Krise des Landes nicht eindämmen. Immer größer sind deshalb in letzter Zeit die Risse im Lager der Militärs geworden. Die vorläufig gescheiterten Umschuldungsverhandlungen markierten einen Höhepunkt dieser Entwicklung: Der Bankrott der Militärdiktatur wurde aufgedeckt vor der Weltöffentlichkeit.

Pinochet gibt die Krise offen zu. Er und seine Clique wissen, daß sie Gesichtsmassage betreiben müssen, wollen sie an die für sie lebensnotwendige Unterstützung gelangen. Die wirtschaftliche Krise müsse "frontal ange-

gangen werden", erklärte der Junta-Chef. Hierfür müsse er "eine Mannschaft suchen, die die notwendigen Maßnahmen in geeigneterer Form" (Rhein - Neckar - Zeitung vom 11. April) durchführen könne. Diese "Form" lehnt das chilenische Volk ab: Es ist der Weg noch brutalerer Unterdrückung und noch schärferer Ausbeutung, der Weg, der das Elend der Massen vergrößert. Solange diese Statthalter des Imperialismus an der Macht sind, wird keine Maßnahme die Krise beheben. Nur die Beendigung der imperialistischen Ausplünderung, der Sturz der Junta und der Aufbau der Volksmacht werden in Chile die Krise lösen.

p.f.

Tagung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)

Verhandlungen auf dem festen Boden des Kampfes

Afrika unterstützt das Volk von Zimbabwe im Befreiungskampf gegen das rhodesische Siedlerregime

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) führte vom 7. bis 12. April in der tanzanischen Hauptstadt Daressalam eine Minister-Konferenz durch. Es sollte von den afrikanischen Staaten eine Antwort gegeben werden auf die "Friedensangebote" der südafrikanischen und rhodesischen Siedlerregimes.

Vorster, der Häuptling des weißen Rassistenregimes in Südafrika, versucht jetzt sogar, die OAU-Tagung zu ködern und für seine Auffassung vom Frieden zu gewinnen. Er teilte der sambischen Regierung mit, daß er bereit sei, seine Truppen aus Zimbabwe abzuziehen. Dieser gegenüber dem Volk von Zimbabwe und Afrika ausgelegte Köder hat folgenden Plan der Rassisten zur Grundlage: durch Scheinangebote das Volk von Zimbabwe und die Völker Afrikas zu spalten und zu entwaffnen, um sie fester unter ihre Knute zu zwingen. Dieser Plan hat bereits eine Geschichte.

Unterstützt durch den südafrikanischen Rassisten Vorster bot Smith Ende letzten Jahres eine "Verhandlungslösung" an. Das Volk von Zimbabwe sollte an der Regierung beteiligt werden. Voraussetzung sei jedoch, daß die Befreiungsorganisationen in einen Waffenstillstand einwilligten. Das Volk und die Befreiungsorganisationen sollten also die Waffen aus der Hand legen.

Antwort der Befreiungsorganisationen: revolutionäre Doppelstrategie

Die Befreiungsorganisationen des Volkes von Zimbabwe beantworteten diesen Vorschlag: Sie schlossen sich im Afrikanischen Nationalrat (ANC) zusammen und stellten die Einheit untereinander her auf folgender Grundlage: Der bewaffnete Kampf gegen das rhodesische Siedlerregime sollte so lange weitergeführt werden, wie dieses nicht bereit ist, darüber zu verhandeln, wie die Macht ungeteilt an das Volk von Zimbabwe übergeben werden soll. Die vier im ANC zusammengeschlossenen Befreiungsorganisationen erklärten, daß in Zimbabwe nur eine Herrschaft der Mehrheit in Frage kommen könne. Jede andere Lösung lehnten sie ab. Diese Vereinbarung im Dezember letzten Jahres hat das Smith-Regime schwer getroffen. Seine Versuche, durch "Friedensgesäusel" und "Übergangslösungen" seine Herrschaft als Statthalter der Imperialisten über das Volk von Zimbabwe zu sichern, entlarvten sich als große Täuschungsversuche. Das Smith-Regime reagierte so: Es warf Sithole, den Präsidenten der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), wieder ins Gefängnis und ließ kurz darauf Herbert Chitepo, ein weiterer Führer der ZANU, ermorden. Das Smith-Regime ging gegen die ZANU vor, weil sie diejenige war, die fest im bewaffneten Kampf ausharrte auf der Grundlage der mit den übrigen Befreiungsorganisationen geschlossenen Vereinbarung.

Diese Vereinbarung und damit auch das Ausharren der ZANU im Kampf wurden nun von der OAU-Konferenz bestätigt. Die Minister bekräftigten in einer Erklärung, daß die im ANC zusammengeschlossenen Befreiungsorganisationen selber entscheiden müßten, ob sie ihr Ziel, die Herrschaft der Mehrheit, auf dem Verhandlungwege durchsetzen wollen oder mit Hilfe des bewaffneten Befreiungskampfes (Süddeutsche Zeitung, 12./13.4.). Zwar heißt es in der Erklärung außerdem: *"Afrika akzeptiert, an wirklichen Verhandlungen teilzunehmen, um die Übergabe der Macht an die afrikanische Mehrheit zu erleichtern."* Aber es *"muß um jeden Preis wachsam bleiben und sich auf eine Verstärkung des bewaffneten Kampfes vorbereiten, falls die friedlichen Mittel fehlschlagen"*. (Le Monde, 12.4.1975)

Sithole, Präsident der ZANU (rechts im Bild) im Gespräch mit Samora Machel, dem Präsidenten der FRELIMO (Mitte)

Die Erfahrungen, die das Volk von Zimbabwe im bewaffneten Befreiungskampf gemacht hat, sind in der Peking Rundschau Nr. 13/1975 zusammengefaßt:

"Das Volk von Zimbabwe hat durch seine Erfahrungen im Kampf erkannt, daß der Feind auf keinen Fall von selbst von der Bühne der Geschichte abtreten wird. Der bewaffnete Kampf ist der grundlegende Weg zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit und Befreiung. Die 'Zimbabwe News' betonte: 'Die Freiheit des Volkes kann nicht am Verhandlungstisch erreicht werden, sie kann nur durch den Sturz der Unterdrücker und ihres Systems im gewaltsamen Kampf realisiert werden.' Das revolutionäre Volk muß es gut verstehen, der konterrevolutionären Doppeltaktik mit der revolutionären zu begegnen. Verhandlungen müssen auf dem festen Boden des Kampfes stehen. Solange der Feind seine Waffe nicht aus der Hand gibt, muß man das Gewehr festhalten. Nur auf diese Weise kann man den Feind besiegen und den Kampf gewinnen."

Diese Erfahrungen bestätigte auch Frau Binh, die Außenministerin der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam, die als Gast zu den Ministern über den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes sprach.

Verstärkung der Aktionen gegen das Vorster-Regime

Außer den Beschluß zum Kampf des Volkes von Zimbabwe hat die Ministerkonferenz alle früheren Beschlüsse bekräftigt, in denen bereits Maßnahmen gegen das südafrikanische Siedlerregime festgelegt worden waren. So soll der Wirtschaft- und Handelsboykott strenger überwacht werden. Ein Komitee ist beauftragt, eine Liste aller Konzerne und imperialistischen Länder anzulegen, die Wirtschaftsbeziehungen zur Südafrikanischen Republik unterhalten und zugleich in afrikanischen Ländern tätig sind. Festgestellt wurde, daß 20 Industrieländer – darunter auch die Bundesrepublik – ihre Wirtschaftsbeziehungen zur Südafrikanischen Republik ausgeweitet statt eingestellt hätten. Auf Vorschlag des tanzanischen Außenministers soll der bewaffnete Kampf in Zukunft auch in die Städte des südafrikanischen Siedlerregimes hineingetragen werden.

g.j.

Hamburger GEW
Solidarität mit Chile am 1.Mai

Hamburg. Über 200 Vertrauensleute beschlossen auf der Vertrauensleutevollversammlung des Ortsverbandes der GEW Hamburg gegen zirka 10 Stimmen folgende Aufforderung: *"Die GEW wendet sich an den DGB Bezirk Nordmark, um die Forderung 'sofortige Freilassung aller inhaftierten Gewerkschaftler und aller politischen Gefangenen in Chile' und 'keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung' in der Vorbereitung des 1. Mai soweit wie möglich zu verbreiten. Ein wichtiges Mittel dabei ist die Aufnahme dieser Forderungen in den Maiaufruf in Hamburg."*

Glasgow: Die Müllfahrer beendeten den Streik

Nach 13 Wochen haben jetzt die Müllfahrer von Glasgow ihren Streik beendet. Eine der Bedingungen der Arbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit war, daß zuvor das Militär aus Glasgow vollständig abgezogen wird, das gegen sie von der Wilson-Regierung eingesetzt worden war. Die Regierung hatte den Müll durch Militär abtransportieren lassen, mit dem Ziel, die Kampfkraft der Müllfahrer zu brechen.

Die Völker von Kambodscha und Vietnam verteidigen ihre Unabhängigkeit auch gegen den Sozialimperialismus

Heute, nach den Niederlagen des USA-Imperialismus in Kambodscha und Südvietnam, sagen viele in Westdeutschland: Wahr ist, daß die US-Imperialisten sich geschlagen zurückziehen und ihre Marionetten wieder einpacken müssen. Aber wird nicht stattdessen die andere Supermacht, die Sowjetunion, durch die Niederlage des US-Imperialismus gestärkt? Wird nicht statt den USA jetzt die Sowjetunion Indochina zu ihrem Herrschaftsbereich zuschlagen?

Unterstützt werden solche Auffassungen von den Revisionisten, die die sowjetische Hilfe an Nordvietnam als ausschlaggebend für den Sieg hinstellen.

Man kann darauf nur antworten: So sehr die Sowjetunion sich das auch wünschen mag, diese Befürchtung ist grundlos. Die königliche Regierung der nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) und die Nationale Einheitsfront von Kambodscha (FUNK), die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam (PRR), die Nationale Befreiungsfront Südvietnams (FNL) sowie die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) sind selbständige, unabhängige und den nationalen Interessen ihrer Länder verpflichtete Regierungen.

Ohne daß sie den Willen ihrer Nationen verkörperten, sich zu befreien und der Aggression zu trotzen, hätten sie unmöglich die breite Zustimmung finden können, die zum Sieg über einen militärisch so starken Feind wie den US-Imperialismus nötig war. Aber nicht nur gegen die Aggression des USA-Imperialismus auf ihre Länder haben sich die Völker Indochinas unter Führung ihrer Regierungen und Befreiungsorganisationen behauptet. Sie haben ihre Selbständigkeit auch gegenüber der Sowjetunion immer wieder behauptet. Mehr noch: Wäre es nach dem Willen der Sowjetunion gegangen, dann wäre das Volk in Kambodscha und in Südvietnam gar nicht aufgestanden. Dann hätte es diese Befreiungskämpfe niemals gegeben und erst recht nicht wären sie siegreich gewesen.

Die Sowjetunion hat sich während des ganzen Widerstandskrieges gegen die US-Aggression seit Anfang der 60er Jahre leiten lassen von ihren Interessen als einer imperialistischen Supermacht, die mit der anderen imperialistischen Supermacht um die Weltherrschaft rivalisiert, gleichzeitig aber auch zusammenarbeitet und über den Willen der Völker hinweg Machtbereiche und Einflußzonen absteckt. Dabei hat die Sowjetunion versucht, die Befreiungsbewegungen als Bauern im Spiel der Supermächte zu benutzen, mit denen man mal einen Zug macht, dann wieder einen opfert, um mit dem Gegner zu einem vorläufigen Ausgleich zu kommen. Bis in die geleistete Waffenhilfe hinein war ihre Politik dadurch geprägt: Obwohl Nordvietnam den massiven Luftangriffen der USA ausgesetzt war, hat die Sowjetunion an die Demokratische Republik Vietnam (DRV) keineswegs so moderne Luftabwehrwaffen geliefert, wie sie zur Überraschung der israelischen Luftwaffe an Ägypten geliefert worden waren. Insgesamt betrug die Hilfe nur ein Bruchteil von der US-Hilfe für das Thieu-Regime, und sie wurde geleistet erst als der Kampf schon längst selbständig aufgenommen war. Sie mußte von der Sowjetunion geleistet werden, damit sie überhaupt im Spiel blieb. Der Aufstand der Bauern aber, der das ganze von den Imperialisten betriebene Spiel durcheinander bringt, ist der Sowjetunion nicht minder verhaßt als den USA und dagegen hat sie schon früh die Zusammenarbeit mit den USA gesucht.

Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus beim "Austreten glimmender Funken"

Schon 1960, als der zweite Widerstandskrieg in Südvietnam begann und die nationale Befreiungsfront (FNL) gegründet wurde, erklärte Chruschtschow auf einer Pressekonferenz in Wien, daß *"in unserer Zeit 'lokale Kriege' sehr gefährlich sind"*. Und auf einem Treffen mit Imperialisten im Presseclub in Washington warb er 1959 für eine Zusammenarbeit zwischen USA und Sowjetunion mit den Worten: *"Wir werden uns beharrlich bemühen, ... die glimmenden Funken auszutreten, die einen Kriegsbrand entfachen könnten."* Das war zur Zeit des nationalen Befreiungskrieges des algerischen Volkes. Die "Funken austreten", die zu solchen gerechten Kriegen führen, das bedeutet, das Recht der Nationen auf Befreiung und der Völker auf Revolution niederzutrampeln.

Und 1961, als schon amerikanische "Spezialtruppen" in Südvietnam gegen den Befreiungskampf des Volkes eingesetzt waren, erklärte Chruschtschow in einem Interview mit C.L. Sulzberger, das am 10. September 1961 in der Prawda veröffentlicht wurde: *"Wir (die USA und die Sowjetunion) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen."*

Bis dahin bestand darin Einigkeit zwischen den sozialistischen Ländern, daß der USA-Imperialismus der schlimmste Feind aller Völker der Erde sei. Daß er der geschworene Feind der nationalen Befreiungsbewegungen sei. Nun schlug Chruschtschow vor, mit dieser Hauptkraft der Aggression "zusammenzustehen" und sich gemeinsam gegen dritte "Friedensstörer" zu wenden. Das konnte nur bedeuten, den USA die Zusammenarbeit anzubieten bei der Aufteilung der Welt, wobei jede der beiden Mächte in ihrem Bereich den Weltpolizisten zu spielen hatte, der für "Ruhe und Ordnung" in seinem Revier zu sorgen hat. Die Völker, die Revolution wollen, die Nationen, die nach Befreiung streben und die Staaten, die Unabhängigkeit verlangen, werden damit als "Ruhestörer" in der von den zwei Supermächten kontrollierten Welt hingestellt. Es ist die reinste Imperialistenlogik, nach der diejenigen, die sich gegen Aggression, Unterdrückung und Ausbeutung zur Wehr setzen, als Störer des Friedens bezeichnet werden.

Mit Chruschtschows Ablösung ist dieses Konzept der sowjetischen Außenpolitik keineswegs hinfällig geworden. Es wurde im Gegenteil weiter ausgebaut. 1968, als das vietnamesische Volk erbitterten Widerstand gegen die US-Aggression leisten mußte und amerikanische Bomber die Demokratische Republik Vietnam in die Knie zu zwingen versuchten, überfielen Truppen der Sowjetunion die CSSR und besetzten sie gegen den Widerstand des tschechoslowakischen Volkes. Die USA verhielten sich ruhig und unternahmen keinerlei militärische Demonstrationen, um die Situation, die durch die sozialimperialistische Aggression entstanden war, für sich zu nutzen. Offenbar war die Abgrenzung der gegenseitigen Herrschaftsbereiche schon so weit fortgeschritten, daß die Sowjetunion es sich leisten konnte, in ihrem Herrschaftsbereich frei zu schalten und zu walten.

Die Sowjetunion verlangt für die Supermächte das Recht auf Aggression in ihrem Teil der Welt

Das Recht, dies zu tun, wollte sich die Sowjetunion auch international bestätigen lassen, wobei sie natürlich nicht umhin kam, dieses Recht auch der anderen Supermacht, den USA, faktisch zuzugestehen. Die DDR-Autoren Weidemann und Wünsche berichten in ihrer Geschichte des Vietnam-Krieges, daß die Sowjetunion *"im Zusammenhang mit dem machtvoll anwachsenden Protest gegen die amerikanische Aggression in Vietnam ... den Vorschlag (in der UNO) einbrachte, eine Definition des Begriffs 'Aggression' auszuarbeiten."* (S.278)

Wohlweislich verzichten die DDR-Autoren darauf, den Definitionsvorschlag der Sowjetunion zu zitieren. Er lautete: *"Die Anwendung von Gewalt durch einen Staat zu Übergriffen auf die sozial-politischen Errungenschaften der Völker anderer Staaten ist mit dem Grundsatz der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichem Gesellschaftssystem nicht vereinbar."* (Rede des Vertreters der Sowjetunion am 26.2.1969 in der UNO-Vollversammlung). Der Begriff der "Aggression" wird damit eingegrenzt auf die Beziehungen zwischen Staaten, die "unterschiedlichen Gesellschaftssystemen" angehören. Denn umgekehrt bedeutet ja diese Definition, daß "die Anwendung von Gewalt ... zu Übergriffen" in Staaten mit **demselben** Gesellschaftssystem "vereinbar" ist mit dem Grundsatz der friedlichen Koexistenz und nicht als Aggression bezeichnet wird. Oder im Klartext: Wenn die Sowjetunion die CSSR überfällt, dann ist das keine Aggression, sondern Verteidigung der "sozial-politischen Errungenschaften" des 'Sozialismus'. Breschnew nannte solche Überfälle *"Aktionen ... zur Beseitigung einer Gefahr für den Sozialismus"*.

Mit dieser Definition ist aber zugleich auch jede Aggression des US-Imperialismus innerhalb der kapitalistischen Welt gerechtfertigt. Und bekanntlich versäumen es ja auch die USA nicht, jede Aggression gegen ein von ihnen abhängiges Land als Verteidigung einer "sozialpolitischen Errungenschaft", der 'freiheitlichen Demokratie' hinzustellen.

Der von der Sowjetunion nach der Besetzung der CSSR in die UNO eingebrachte Vorschlag zur Definition des Begriffs "Aggression" ist also so beschaffen, daß er den beiden Supermächten das Recht auf Polizeigewalt gegen jedes andere Land in dem von ihnen beherrschten Teil der Welt einräumt. Nur den Übergriff der einen Supermacht auf den Herrschaftsbereich der anderen versucht er zu unterbinden. Auf Vietnam angewandt, bedeutete das: Als Aggression bezeichnet und zurückgewiesen werden die Bombardierungen der Demokratischen Republik Vietnam durch die USA. Denn die DRV wird von der Sowjetunion zum "sozialistischen Lager" gezählt. Das Eingreifen der USA in Südvietnam aber fällt nicht unter diesen Begriff der Aggression. Dort wird ja von den USA Gewalt angewandt gegen ein Volk, in dessen Land das kapitalistische Gesellschaftssystem vorherrscht. Für Südvietnam versuchte deshalb die Sowjetunion trotz aller öffentlich geäußerten Unterstützungsbekundungen für den den Befreiungskampf zu einem Kompromiß mit den USA zu kommen, oder wie Chruschtschow sagte, "die glimmenden Funken auszutreten".

Ständige Versuche zur Bevormundung der Befreiungsbewegungen

Als Anfang 1968 die TET-Offensive von der Befreiungsfront in Südvietnam durchgeführt wurde, wodurch die strategischen Absichten des US-Imperialismus endgültig zum Scheitern gebracht wurden, hatte die Sowjetunion nichts Eiligeres zu tun, als am 6.2.1968 den US-Botschafter zu Geheimgesprächen einzuladen. Am 9.2.1968 forderte die Sowjetunion in einer TASS-Erklärung Einstellung der US-Bombardierungen auf Nordvietnam und Friedensgespräche. Und am 14.2. bzw. 16.2., während die Offensive der Befreiungsfront anhielt, erklärten Kossygin und Breschnew in Reden in Minsk bzw. Leningrad, die Vietnamfrage sei nicht "mit militärischen Mitteln" zu lösen, man müßte den Weg einer politischen Lösung gehen. Angesichts der laufenden Offensive der Befreiungsfront war eindeutig, gegen wen sich diese Mahnung richtete: nicht gegen die USA, sondern gegen die Befreiungsfront.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung erklärte sich schließlich am 3. November 1968 bereit, nachdem die USA ihre Angriffe gegen den Norden Vietnams bedingungslos eingestellt hatten, an einer Vierer-Konferenz zur "politischen Lösung der Vietnam-Frage" teilzunehmen. Aber gleichzeitig legte sie erneut kompromißlos ihre Ziele dar und erklärte, sie folge **"dem heiligen Aufruf des Vorsitzenden Ho Chi Minh vom 7. November 1968, 'Solange noch ein Aggressor in unserem Lande verbleibt, müssen wir weiterhin kämpfen, um ihn zu verjagen'"**. Und zu den "militärischen Mitteln" erklärte sie: **"Laßt uns das Banner des Sieges hochhalten, heldenmütig und kühn vorwärtsmarschieren, den Geist der kontinuierlichen Offensive und der kontinuierlichen Erhebung pflegen."** (Erklärung des Zentralkomitees der FNL über die politische Lösung der Vietnam-Frage vom 3.11.1968) Das war nicht der Geist der "politischen Lösung", wie sie in Minsk und Leningrad propagiert worden war. Von Bereitschaft zum Kompromiß mit dem Aggressor fehlte jede Spur.

Als schließlich Ostern 1972 die Volksbefreiungsarmee eine neue landesweite Offensive gegen die Marionettentruppen vortrug und die USA Anklage gegen die Sowjetunion erhob wegen ihrer Waffenlieferungen an die Demokratische Republik Vietnam, da erklärten sowjetische Diplomaten in Moskau: *"Die Offensive der Befreiungsfront geht nicht von uns aus, wir waren schon immer gegen eine militärische Lösung des Konflikts"* (Le Monde, 10.5.1972)

Mit dem japanischen Imperialismus gegen die "Unruhe" in Asien

Offen hat die Sowjetunion freilich nur auf Nebenschauplätzen ausgesprochen, daß sie gegen den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes ist, weil er ihre Versuche zur Zusammenarbeit mit den westlichen imperialistischen Mächten störte. 1970 schickte sie ihren "Japanexperten" Petrow nach Tokio, der dort eine Rede hielt, die große Aufmerksamkeit erregte und die am 14.5.1970 in Auszügen in der japanischen Zeitung "Mainichi Shimbu" veröffentlicht wurde. Petrow warb um die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Japan und der Sowjetunion und nannte dafür unter anderem folgende Gründe:

"Japan und die Sowjetunion besitzen die höchsten Produktivkräfte im Fernen Osten. Ihre Lebensinteressen decken sich in der Frage der Entspannung und der Verteidigung der Sicherheit und des Friedens im Fernen Osten. Asien ist das gefährlichste Gebiet der Welt. Die Gründe dafür sind: 1. In den vergangenen 20 Jahren ist es in diesem Gebiet immer wieder zu Kriegen gekommen. 2. Drei der vier gespaltenen Staaten der Welt konzentrieren sich in Asien wie China und Taiwan, Süd- und Nordkorea, Süd- und Nordvietnam und die Gefahr von Unruhe ist sehr groß. 3. Die Möglichkeit eines Krieges in Europa hat sich verringert. Aber in Asien gibt es viele Menschen, die Kriegen gegenüber eine gleichgültige Haltung einnehmen. 4. Das Bestehen von China. Aufgrund seiner abenteuerlichen Haltung in seiner gegenwärtigen Politik und seinem gegenwärtigen Kurs wird China sehr wahrscheinlich solche militärischen Aktionen unterstützen. Sollte ein neuer Krieg in solch einem gefährlichen Gebiet wie Asien ausbrechen, würden die beiden industriell entwickelten Länder Japan und die Sowjetunion am härtesten betroffen sein. Daraus ergibt sich für Japan und die Sowjetunion die Notwendigkeit, in gemeinsame Aktionen zu treten und zusammenzuarbeiten, um die Lage in Asien zu entspannen." (Nach Peking Rundschau 26/1970, S.29)

Das war deutlich gesprochen. Die Gefahr für den Frieden wird in der "Unruhe" der vom Imperialismus gespaltenen Nationen gesehen. Und als "abenteuerlich" wird eine Politik bezeichnet, die die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützt. Als imperialistische Macht neben imperialistischen Mächten versucht sich die Sowjetunion mit Japan und den USA zu verständigen, daß man bei aller Rivalität untereinander gegen die revolutionären Bestrebungen der Völker zusammenstehen müsse.

Einige Fälle direkter Zusammenarbeit mit den USA

Wie weitreichend die Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus praktisch ist, darauf werfen zwei Episoden ein Schlaglicht: Am 30. Juni 1968 mußte ein US-Flugzeug mit mehr als 200 Soldaten für den Einsatz in Vietnam an Bord notlanden, als es über dem Luftraum der UdSSR seinem Ziel zuflug. Die Sowjetunion ließ kein Wort des Protestes hören. Stattdessen erlaubte sie der US-Maschine, ihren Flug zum Schlachtfeld Vietnam ohne Verzögerung fortzusetzen. Associated Press teilte in einer Meldung am 1.7.1968 mit: Beamte in Washington hätten damit gerechnet, daß Moskau die Freigabe des US-Flugzeugs verzögern würde, andernfalls könnten "schwere Vorwürfe" der Völker der Welt erhoben werden (nach Peking Rundschau 28/1968).

Und die zweite Episode: Nach Berichten von US-Nachrichtenagenturen lief der sowjetische Frachter "Orsha" am 26.6.1969 den US-Hafen Seattle an, um dort 900 Tonnen Titan zu löschen, ein seltenes Metall, das in den USA "oft schwer zu haben ist", aber für die "Verwendung in der Flugzeugindustrie und im Luftraumverteidigungsprogramm der USA" unentbehrlich ist, wie die US-Nachrichtendienste ausführten. Die Sowjetunion half hier dem US-Imperialismus offensichtlich aus einer Klemme, die durch seine Flugzeugverluste bei der anhaltenden Bombardierung Vietnams entstanden waren (nach Peking Rundschau 27/1969).

Was hinsichtlich der Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Kampf des vietnamesischen Volkes noch hinter einem Schwall von Worten verborgen liegt, das liegt klar zutage für die Haltung der Sowjetunion zum Kampf des kambodschanischen Volkes gegen die US-Aggression. Am 18. März 1970 putschte in Phnom Penh auf Veranlassung und mit Unterstützung der USA die Lon Nol-Clique gegen das kambodschanische Staatsoberhaupt Sihanouk. Das Putschregime beseitigte Neutralität und Unabhängigkeit Kambodschas und eröffnete dem US-Imperialismus und seinen südvietnamesischen Marionetten den Zugriff auf das Land.

Das Lon Nol Regime in Kambodscha fand Unterstützung durch die Sowjetunion

Unter Vorsitz von Sihanouk wurde daraufhin die FUNK, die Nationale Einheitsfront von Kampuchea, und die GRUNK, die königliche Regierung der nationalen Einheit mit Sihanouk als Staatsoberhaupt an der Spitze, gebildet. Von Anfang an besaß diese Regierung die Hoheit über Teile des Landes und sehr bald schon gewann sie die Oberhoheit über den größten Teil des Landes. Die Zustimmung der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gehörte ihr von vorneherein.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams, die Demokratische Republik Vietnam und die Laotische Patriotische Front anerkannten unverzüglich diese legitime nationale Regierung Kambodschas. Sie brachen alle Beziehungen zur Lon Nol Clique in Phnom Penh ab. Viele Länder folgten ihnen. Nicht so die Sowjetunion. Ein Sprecher der sowjetischen Botschaft in Phnom Penh erklärte 1970, daß die Sowjetunion *"nicht die Absicht habe, die Beziehungen mit Kambodscha abzubrechen"*. Das hatte auch niemand verlangt. Nur zur Lon Nol-Clique sollte sie die Beziehungen abbrechen.

Im Gefolge der Sowjetunion handelte die Regierung der CSSR. In Prag erklärte der dortige kambodschanische Botschafter Isoup Ghanty sich nach dem Putsch für die legitime Regierung der GRUNK. Das gleiche taten die in Prag studierenden kambodschanischen Studenten. Die Behörden der CSSR setzten daraufhin Polizei gegen Isoup Ghanty ein, ließen die Botschaft räumen und händigten sie dem neu ernannten Botschafter der Lon Nol Clique aus. Den Protest der GRUNK dagegen vom 2.9.1970 (abgedruckt in der Peking Rundschau 37/1970) ließen sie unberücksichtigt.

Die Sowjetunion gewährte der Lon Nol Clique Wirtschaftshilfe und ließ nach Berichten amerikanischer Nachrichtendienste über das sowjetische Rote Kreuz eine Menge Material nach Phnom Penh schaffen, um ein "Freundschaftskrankenhaus" einzurichten.

Sie übernahm es sogar, der Lon Nol Clique den Weg aufs internationale Parkett zu ebnen. Am 17. Oktober 1972 in Paris auf der Tagung der UNESCO stimmte der sowjetische Vertreter ungeachtet der scharfen Opposition vieler Vertreter für die Teilnahme der vom kambodschanischen Volk nicht anerkannten Lon Nol Clique an dieser Tagung. Wie ein solches Verhalten zu beurteilen ist, hat die Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker schon 1970 festgehalten. Es heißt in der Erklärung:

"Die Konferenz verurteilt energisch alle Versuche der USA und deren Lakaien sowie der Reaktionäre Asiens, unter Benutzung des Namens der UNO oder irgendeiner anderen internationalen Organisation bzw. internationalen Konferenz, das illegale Regime der Lon Nol-Sirik Matak-Reaktionäre zu legalisieren und sich in Kambodscha einzumischen." (Peking Rundschau Sondernummer, 12.5.1970)

Dem Widerstandskampf des kambodschanischen Volkes gegen die US-Aggression ist die Sowjetunion direkt in den Rücken gefallen. Sie hat dort nicht einmal den Schein der Unterstützung aufrechterhalten. Erst als Phnom Penh für die Lon Nol Clique praktisch verloren war und die US-Marionetten schon die Koffer packten, hat die Sowjetunion versucht, das Pferd zu wechseln und ihre Botschaft in Phnom Penh dichtgemacht. Obwohl die Sowjetunion unabläs-

Fort. S. 15

Weitere Fortschritte in Südvietnam

Die Zersetzung des Marionettenregimes geht weiter / Die Reichen fliehen mit den Amerikanern / Saigon vor dem Aufstand

Ungeachtet der Meldungen über die Festigung der Moral bei den Saigoner Truppen und über ihren Widerstand bei Xuan Loc, verschlechtert sich die Lage für das Thieu-Regime weiter.

"Die südvietnamesischen Streitkräfte tun bei Xuan Loc nach den Worten des Sprechers des amerikanischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor W.Sidle, 'ihr Bestes'. Diese Formulierung bedeute jedoch nicht, daß er über die Frontlage 'unangemessenen Optimismus' verbreiten wolle." (Süddeutsche Zeitung vom 14.4.75)

Die Marionettenarmee "reif fürs Sanatorium"

Tatsächlich ist die halbe Marionettenarmee *"reif fürs Sanatorium"* eine *"zerlumpte und hysterische Soldateska". "Truppen in einem solchen Zustand habe ich nicht einmal in Kambodscha gesehen, in den grotesken Verbänden des Marschalls Lon Nol"*, schreibt der Saigoner Korrespondent der 'Süddeutschen Zeitung' am 12. April. Und die Stärke der Befreiungsstreitkräfte nimmt ständig zu. Derselbe Korrespondent berichtet, daß den Befreiungsstreitkräften an Truppen ... 270 000 Marionetten-Soldaten, davon rund 150 000 Mann **"Kampfverbände erster Ordnung"** in die Hände gefallen sind. *"Davon ist ein großer Teil in letzter Minute freiwillig zum Feind übergelaufen. Etwa ein Fünftel aller Flugzeuge der Luftwaffe geriet unversehrt in den Besitz der Gegenseite. Mit den Waffen- und Munitionslagern, die sie ebenfalls gratis bekamen, könnten die Vietcong eine Division ausrüsten. Die in Amerika verbreitete Version, dies sei ein 'bitterer Sieg' für Nordvietnam, weil nur entvölkertes Land erobert worden sei, ist falsch. Die von Saigon angegebene Zahl von 'über zwei Millionen Flüchtlingen' gilt unter Experten des Roten Kreuzes als weit übertrieben! Sie schätzen den* Flüchtlingsstrom *auf 900 000 Menschen."*

Die Reichen fliehen.

Was die Stunde geschlagen hat, weiß vor allem die Ausbeuterklasse Südvietnams. Christel Pilz, die Korrespondentin der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung' berichtet aus Saigon: *"Jene, die um die bedrohliche Lage Saigons wissen, haben das Land bereits verlassen. Reiche Vietnamesen sind 'zu Besuch' ihrer im Ausland studierenden Kinder ausgereist ... Auch die Manager der drei amerikanischen Banken in Saigon, die über ein Jahrzehnt gute Geschäfte in Südvietnam verbuchten, packten Ostern ihre Koffer."* (12.4.1975)

Inzwischen wurde bekannt, daß *"Präsident Thieu versucht hat, 16 Tonnen Gold aus dem Land zu schmuggeln. Die Barren sind 170 Millionen Mark wert. Sie sind gemeinsamer Besitz Thieus und seines geflohenen kambodschanischen Kollegen Lon Nol. Die Goldkisten waren als 'einige persönliche Habseligkeiten' deklariert"* (Bild-Zeitung vom 15. April).

Es sind keineswegs nur die Befreiungsstreitkräfte vor den Toren der Stadt, welche den Marionetten und ihren amerikanischen Finanziers Sorgen machen: Sie fürchten den Aufstand der ausgebeuteten und geschundenen Massen in der Stadt selber. Die Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beschreibt die Lage so, daß ihr darüber die Legende vom nordvietnamesischen Angriff auf Südvietnam zerbricht: *"Wenn die Bevölkerung wüßte, wie nahe mehrere nordvietnamesische Divisionen vor Saigon stehen, würde sich die Stadt wohl binnen kurzer Zeit in eine Schlachtszene verwandeln – ohne daß die Nordvietnamesen auch nur einen Schuß feuern brauchten."*

Sie fürchten den Aufstand

Die Amerikaner in Saigon – jahrelang die großmäuligen Besatzer, die sich Vietnamesen als Diener und als Huren gehalten haben, zittern vor Angst. Ebenso die reichen Vietnamesen, die noch in der Stadt sind. Sie wollen die Stadt verlassen, wissen aber nicht, wie sie es machen sollen, ohne gerade dadurch eine Massenbewegung auszulösen. Der Saigoner Korrespondent der "Welt" schildert das Dilemma: *"Selbst angenommen, man hätte Zehntausend ausgewählt. Ihre Abreise würde ganz ohne Zweifel eine Massenpanik unter jenen auslösen, die man zurücklassen muß. Schlimmer als das: Nach dem, was in Da Nang passiert ist, muß man zwangsläufig erwarten, daß eine verbitterte, enttäuschte Soldateska und ihre Offiziere, die selbst fliehen möchten und nicht können, über die Fliehenden und ihre amerikanischen Helfer herfallen."* (12. April) Die Schilderung ist zwar nach wie vor aufgebaut auf der Propagandalüge von der massenhaften Flucht der Bevölkerung vor den Kommunisten. Sie zeigt aber deutlich, daß die Massen in der Stadt dem harten Griff des Marionettenregimes entgleiten und ihre Bewegung für die Amerikaner und ihren vietnamesischen Anhang unkalkulierbar wird.

Die US-Regierung sieht darin mit Recht ihren *"Alptraum"*, und sie hält Marineinfanterie bereit, um sie in Saigon einzusetzen, zur *"Evakuierung"*, wie es heißt. Wenn die US-Regierung diese Truppen einsetzt, könnte auch für sie der Alptraum Wirklichkeit werden: *"das Bild amerikanischer Marineinfanteristen, die auf den wenigen Ausfallstraßen aus Saigon oder am Flughafen auf Südvietnamesen schießen, die in ihrer Verzweiflung Tätlichkeiten ausüben, oder das Feuer der Nordvietnamesen und des Vietcong beantworten müßten"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. April).

Nach einem Bericht des US-Magazins Newsweek wären zur Evakuierung von 200 000 Menschen aus Südvietnam *"etwa sechs Divisionen der US-Armee notwendig. Das Magazin berichtete, Präsident Ford habe bereits einen Plan unter dem Decknamen 'Operation Krallen-Zwinge' zur Evakuierung von 200 000 Menschen gebilligt"* (Frankfurter Rundschau vom 15. April). Worauf sich diese Truppen alles gefaßt machen müssen, zeigt ein Bericht der "Washington Post", demzufolge *"die Saigoner Luftwaffe angedroht habe, sie würde Evakuierungsflugzeuge angreifen, falls nicht der Abtransport ihrer eigenen Offiziere zugesichert werde".*

Die Provisorische Revolutionäre Regierung fordert den sofortigen Abzug aller Amerikaner

Die Provisorische Revolutionäre Regierung hat gegen alle Rechtfertigungsversuche für eine derartige amerikanische Aktion betont, daß Vietnamesen, die für amerikanische Dienststellen tätig seien, von der Provisorischen Revolutionären Regierung nichts zu befürchten hätten. Die Politik der Provisorischen Revolutionären Regierung ist auf nationale Versöhnung abgestellt und auf Beteiligung aller Vietnamesen, die dem Marionettenregime den Rücken kehren, am Aufbau eines glücklichen neuen Lebens. Gleichzeitig hat die Provisorische Revolutionäre Regierung den sofortigen Abzug aller Amerikaner aus Vietnam verlangt, unter denen sich allein 25 000 als Zivilisten getarnte Soldaten befinden. Die Außenministerin der Provisorischen Revolutionären Regierung erklärte, man werde bei der Evakuierung von Amerikanern helfen, wenn die USA darüber verhandeln wollten. Amerikanische Marineinfanterie sei dazu nicht notwendig. (Nach: Süddeutsche Zeitung vom 15. April)

W.M.

sche Revolutionäre Regierung den sofortigen Abzug aller Amerikaner aus Vietnam verlangt, unter denen sich allein 25 000 als Zivilisten getarnte Soldaten befinden. Die Außenministerin der Provisorischen Revolutionären Regierung erklärte, man werde bei der Evakuierung von Amerikanern helfen, wenn die USA darüber verhandeln wollten. Amerikanische Marineinfanterie sei dazu nicht notwendig. (Nach: Süddeutsche Zeitung vom 15. April)

W.M.

Hue 1968

Wer war für das Massaker in Hue verantwortlich?

Im Propagandakrieg der USA und der bürgerlichen Presse gegen die Befreiungskämpfer in Südvietnam ist neuerlich der Bericht aufgetaucht, daß 1968 während der TET-Offensive in dem für 26 Tage befreiten Hue "rund 5 000 vietnamesische Zivilisten ... von den Kommunisten liquidiert und in Massengräber geworfen worden seien".

Tatsächlich hat sich folgendes abgespielt. Mit "wiederholtem Artilleriebeschuß und Luftangriffen gegen dicht besiedelte Stadtgebiete" bereiteten die US-Truppen die Wiedereroberung der Stadt vor. "Unter den Ruinen lagen 2 000 getötete Zivilisten." (N.Chomsky, Im Krieg mit Asien II) Die Befreiungsfront behauptet, "daß 2 000 Opfer des amerikanischen Bombardements in Massengräbern verscharrt worden seien (W.Burchett, Manchester Guardian, 6.12.1969).

Gleichzeitig wurde bekannt, daß der US-Senator Stephan M. Young am 21.10.1965 nach einem Besuch in Südvietnam in einem Interview mit der 'New York Times' berichtete: Er habe erfahren, der CIA würde Männer anwerben, die als Vietkong verkleidet die Kommunisten diskreditieren sollten, indem sie Grausamkeiten begehen. Der CIA habe ihm das bestätigt.

1968 war einer der Erfinder dieser Art von "schwarzer Propaganda" der CIA-Agent Robert Kelly, Chef der US-Zivilverwaltung von Hue. Dem deutschen Arzt Erich Wulff, der bis 1968 in Hue arbeitete, hat er "im Whisky-Dusel von solchen Praktiken erzählt".

Tatsache ist, daß die Morde in Hue "fast alle während des Interregnums zwischem dem Abrücken der Truppen der Befreiungsfront und dem Einrücken der Amerikaner und der Saigoner Soldaten verübt wurden", und daß sie "nur schwer mit dem sonst überaus korrekten Betragen der revolutionären Soldaten ... zu vereinbaren waren". Aufgefallen war vielen Vietnamesen in Hue, "daß die Mörder das politische Vokabular der Befreiungsbewegung offenbar nur ungenügend beherrschten". Neben der "skrupellosen Brutalität" der Bombardierung Hues, die von den USA ausgingen, "legten ... viele Vietnamesen die sogenannten 'Vietcong-Massaker von Hue' ... solchen von den Amerikanern angeworbenen 'Schwarzen Propaganda Einheiten' zur Last" (G.Alsheimer: Vietnamesische Lehrjahre, 1972, S.451f.).

–W.M.–

und daß sie "nur schwer mit dem sonst überaus korrekten Betragen der revolutionären Soldaten ... zu vereinbaren waren". Aufgefallen war vielen Vietnamesen in Hue, "daß die Mörder das politische Vokabular der Befreiungsbewegung offenbar nur ungenügend beherrschten". Neben der "skrupellosen Brutalität" der Bombardierung Hues, die von den USA ausgingen, "legten ... viele Vietnamesen die sogenannten 'Vietcong-Massaker von Hue' ... solchen von den Amerikanern angeworbenen 'Schwarzen Propaganda Einheiten' zur Last" (G.Alsheimer: Vietnamesische Lehrjahre, 1972, S.451f.).

–W.M.–

Im befreiten Hue grüßt die Bevölkerung die Volksbefreiungsstreitkräfte. Die erbeuteten Waffen sind amerikanischer Herkunft

DDR „Hetze" gegen USA verboten

Bei einem Besuch der Botschaft der Provisorischen Revolutionären Regierung in Ostberlin wurde ein Vertreter des Indochina-Komitees Heidelberg drei Stunden am Grenzübergang zur DDR festgehalten. Die Publikationen des Komitees, in denen über die Lage in Vietnam und Kambodscha berichtet und zur aktiven Solidarität mit den kämpfenden Völkern aufgefordert wird, durften nicht mitgenommen, sondern mußten zurückgelassen werden. Begründung: Sie seien "Hetzmaterial"!

hf.

Flüchtlingselend seit 1965

Amerikanische Statistiken haben errechnet, daß von 1965 bis 1974 auf Befehl des Thieu-Regimes in Saigon 10,9 Millionen Menschen aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben wurden. Das sind fast zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Südvietnams. Der "Spiegel" berichtet, das sei geschehen "durch immer neue Umsiedlungs- und Urbanisierungsprogramme für freies Schußfeld auf den Feind" (Nr. 16/75). Tatsächlich mußten die meisten im Bombenhagel der US-Luftwaffe oder der Flugzeuge des Thieu-Regimes fliehen.

Forts. v. S. 14

Die Völker von Kambodscha und Vietnam verteidigen ihre Unabhängigkeit auch gegen den Sozialimperialismus

sig hinter dem Rücken der kämpfenden Völker mit dem US-Imperialismus konspiriert hat und die Hilfe, die sie gegeben hat, keineswegs vorbehaltlos war, wird sie jetzt, wo der Sieg nahe ist, ihre Hilfe über den grünen Klee loben und als kampfentscheidend hinstellen. Seit Jahren wird sie nicht müde, *"allein schon die Existenz der Sowjetunion"* als *"ernsthafte Barriere gegen die Kolonialpolitik der Imperialisten"* hinzustellen und sich zu loben: *"In einigen Fällen hätten ihm (dem Imperialismus) die um ihre nationale Befreiung kämpfenden Völker nicht widerstehen können, wenn sie nicht die Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder gehabt hätten."* (Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, Moskau 1971, S.361 und 363) Hinter diesem Selbstlob verbergen sich imperialistische Absichten. Die Sowjetunion versucht als "Schutzmacht" der antiimperialistischen Bewegungen und Staaten Fuß zu fassen und sie von sich abhängig zu machen. Auf diese Weise versucht sie, die nationalen Befreiungsbewegungen bei ihrer Rivalität mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft auszunutzen.

Die Völker stehen vor dem Sieg - die Sowjetunion streicht ihre Verdienste heraus

Die Volksrepublik China, die nach dem Zeugnis des Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Vietnam, Pham Van Dong, ebenfalls und zwar "gratis" eine "gewaltige Wirtschafts- und Militärhilfe" leistet (Peking Rundschau 11/1971), behandelt diese Frage anders. Sie behandelt sie als eine revolutionäre Macht, die im vietnamesischen Volk den Kampfgenossen gegen denselben Feind begrüßt, und zwar denjenigen Kampfgenossen, der derzeit die schwerste Last trägt. Tschou En-lai hat 1971 in Hanoi erklärt:

"In den Augen proletarischer Internationalisten ist internationale Hilfe stets gegenseitig. Und das ist auch der Fall zwischen unseren zwei Ländern. Außerdem sollten wir sagen, daß vor allem Ihr es seid, die uns Hilfe geleistet haben, und es Vietnam ist, das China geholfen hat... Das chinesische Volk ist sich ... wohl bewußt, welch mächtige Unterstützung und Hilfe das vietnamesische Volk, das an der Front des Widerstandskrieges mit Blut gegen die USA kämpft, dem chinesischen Volk gewährt, das die sozialistische Revolution durchführt und den Sozialismus aufbaut." (Peking Rundschau 11/1971)

Die Volksrepublik China achtet dabei die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Staaten und der nationalen Befreiungsbewegungen. Zu keinem Zeitpunkt hat sie mit den USA Geheimgespräche über die Lösung der "Vietnamfrage" geführt. Als 1972 Nixon die Volksrepublik China besuchte, geschah das nicht zuletzt deshalb, weil er die Volksrepublik China dafür gewinnen wollte, auf die kämpfenden Völker "mäßigend" einzuwirken. Die Volksrepublik China ließ ihn damit abblitzen, **"drückte ihre entschlossene Unterstützung aus für die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha"** und diktierte ins gemeinsame Kommunique die Feststellung, daß **"keine der beiden Seiten bereit ist, im Namen irgendeiner dritten Seite Verhandlungen zu führen oder mit der Gegenseite Vereinbarungen oder Verständigungen zu erreichen, die gegen andere Staaten gerichtet sind".** (Peking Rundschau 9/1972)

Seit mehreren Jahrzehnten kämpfen die Völker Indochinas für die Unabhängigkeit ihrer Staaten und für nationale Befreiung. Sie haben den japanischen Imperialismus, das französische Kolonialregime und die Supermacht USA besiegt. Die Kraft in ihrem Kampf ist entsprungen aus dem Willen der Völker zur Revolution. Diese Kraft hat dem Kampf um nationale Befreiung und staatliche Unabhängigkeit immer neue Nahrung gegeben. Der Sieg im Kampf um die nationale Befreiung ist nicht mehr fern. Damit ist zugleich das entscheidende Hindernis niedergerissen, das dem Willen der Völker zur Revolution entgegenstand, der jetzt Raum finden wird, sich zu entfalten. Im Kampf gegen den US-Imperialismus sind die Völker in Indochina erwacht. Sie werden ihre Unabhängigkeit wie einen Augapfel hüten. Es ist ein aussichtsloses Unterfangen, wenn der russische Sozialimperialismus hier versuchen will, sich Vasallen zu schaffen. Das vietnamesische Volk und das kambodschanische Volk haben lange Jahre an der Spitze gekämpft der unwiderstehlichen historischen Strömung: "Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution".

Diese Strömung wird sich über die Gegenströmung des Imperialismus hinwegsetzen, auch über den Sozialimperialismus. Der Sieg dieser Völker im Befreiungskampf ist deshalb nicht nur ein Sieg über den US-Imperialismus. Es ist ein Sieg auch über den Sozialimperialismus, der sich ihrem Kampf immer wieder in den Weg gestellt hat.

–W.M.–

Die Gruppe Rote Fahne und die Religion

Von nun an werdet ihr im Trüben fischen

Vor einigen Jahren schon hat sich die Gruppe Rote Fahne den Namen der KPD gestohlen. Das hat ihr die Verachtung der Revolutionäre eingetragen. Zum Zweck des Stimmenfanges bei den Gemeinderatswahlen in Stuttgart hat sie sich jetzt einen Aushängepfarrer besorgt, der unter dem Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Ideen des Urchristentums, des Evangeliums und der Propheten werben darf.

Der Prophet Mohammed und der Koran sind bislang noch verschont geblieben. Eignen sie sich gegenwärtig doch auch nicht als Stimmenfänger bei Wahlen zum bürgerlichen Parlament. Sollte sich hier etwas ändern, so werden wir es erleben, wie sich ein Mitglied der Liga den Turban wickelt und erläutert, daß nur die Politik der Gruppe Rote Fahne geeignet sei, dem eigentlichen Anliegen des Propheten zum Durchbruch zu verhelfen.

Dieser Opportunistenhaufen ist sich für nichts zu schlecht. Weder für die Verspottung der religiösen Gefühle der Menschen noch für die Verspottung der revolutionären Theorie. Was uns bleibt, ist die Verspottung der Gruppe Rote Fahne.

In Stuttgart jedenfalls hat die Gruppe Rote Fahne (KPD) den Pfarrer Gebert als Gemeinderatskandidat unter der Flagge des Kommunismus gechartert.

Die offenkundige Krisis der christlichen Ideologie, die Erschütterung des Vertrauens der Gläubigen in diese Ideologie, ist ein Vorgang, der der Arbeiterklasse theoretische Anstrengungen abnötigt, den sie fördern muß. Gleichzeitig muß aber darauf geachtet werden, daß nicht allerhand Metaphysik mit diesen freigesetzten Kräften in die Arbeiterbewegung eindringt. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) aber nutzt die Lage für ein verantwortungsloses Wahlgeschäft. Es ist ihr gerade recht, daß der Pfarrer Gebert in einem Interview in der "Roten Fahne" als Vertreter des Kommunismus auftritt und allerhand religiöse Schwärmerei verbreitet.

Non olet, es stinkt nicht, hat ein römischer Kaiser über das Geld gesagt, das er aus der Latrinensteuer zog. So etwa wird die Redaktion der "Roten Fahne" über die Wähler denken, die sie mit diesem Interview zu fischen hofft. Dies wird ihr neben der Verachtung durch die Revolutionäre, die sie schon hat, die Verachtung aller ehrlichen Menschen einbringen.

Proletarische Revolution als jüngstes Gericht

Von der proletarischen Revolution verspricht sich der Pfarrer Gebert das Ende der Verbrechen, *"die im kapitalistischen System begangen werden"*. Offensichtlich von allen Menschen, die in dieses System gepreßt sind. Es kommt dem Pfarrer nicht in den Sinn, auf die Frage "warum kandidierst Du für die KPD" auch nur ein Wort über die Arbeiterklasse zu verlieren. Auch die Kapitalistenklasse kommt nicht vor. Auch das private Eigentum an den Produktionsmitteln kommt nicht vor.

Der Pfarrer merkt nicht, daß es eine Klasse von Menschen gibt, die ein **Interesse** am kapitalistischen System hat, weswegen sie auch Verbrechen begeht, um sich es zu erhalten. Er bemerkt nicht, daß es eine Menschenklasse gibt, die alles produziert und indem sie produziert, ausgebeutet wird, weswegen sie ein Interesse hat, dieses System zu stürzen.

Ihm geht es um den Widerspruch zwischen hie Mensch, da Verbrechen. Es handelt sich um den christlichen Begriff der Sünde. Bloß daß ihm an die Stelle des bösen Feindes das "kapitalistische System" tritt und an die Stelle Gottes die Gruppe Rote Fahne (KPD). In *"ihrem Programm und ihrer Praxis"* sieht er *"die einzig realistische Alternative, die den kapitalistischen Verbrechen ein Ende zu machen im Stande ist"*. Deshalb kandidiert er für die Gruppe Rote Fahne (KPD).

Mit wenigen Sätzen gelingt es dem Pfarrer, alle materiellen Interessen und alle wirklichen Klassengegensätze wegzuwischen und einen Widerspruch zwischen dem Menschen an sich und den Verbrechen, die im kapitalistischen System begangen werden, herauszuarbeiten. Seine Vorstellung von der proletarischen Revolution gipfelt daher nicht in Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten, die Arbeiterklasse, sondern im "Ende der kapitalistischen Verbrechen". Ihm geht es um die Vorverlegung des jüngsten Gerichtes bei Vollzug durch die Gruppe Rote Fahne (KPD). Die Redaktion der "Roten Fahne", die ihn interviewt hat, läßt geschehen. Vermutlich, weil man als kleinbürgerliche Organisation es sowieso gewöhnt ist, den Propagandisten als Propheten und die proletarische Revolution als Apokalypse aufzufassen.

All dies hat mit Kommunismus nicht das geringste zu tun und geschieht doch in diesem Namen. Wir wollen uns ebenfalls unter die Propheten mischen und ausrufen: Das wird nicht mehr lange gut gehen.

Selbstkasteiung und Opfer bringen

Zunächst fragt dann die Redaktion der "Roten Fahne" den Pfarrer Gebert, wie er zu dem fand, was sie für Kommunismus hält. Hier soll offenbar dargestellt werden, daß es keinerlei ideologischen Bruchs bedarf, um von einem Lehramt der evangelischen Kirche zur "Liga gegen den Imperialismus" zu kommen.

Das Unternehmen glückt. Seit 1967, so erzählt Gebert, hat er sich *"intensiv mit entwicklungspolitischen Problemen"* beschäftigt. Mitbegründer der "Aktion Selbstbesteuerung e. V. – Friede durch gerechte Entwicklungspolitik (ASB)" ist er gewesen und von 1969 bis Anfang 1975 der ehrenamtliche Geschäftsführer davon. Die Richtung dieses Vereins kritisiert er folgendermaßen: *"Die ASB ist zwar systemkritisch, aber kaum kämpferisch; sie macht Bewußtseinsbildungsaktionen, kämpft aber nicht für den Sozialismus."*

Allein der Name dieses Vereins spricht Bände. Für 'Brot für die Welt'
spricht Bände. Für 'Brot für die Welt'
hat so mancher schon spenden müssen und sich ordentlich geschämt, daß er als Lehrling schon 160 DM verdient (und sogar **raucht**), wo doch anderwärts Menschen Hungers sterben. Diese Sorte "Systemkritik" ist bei den Arbeitern ziemlich unbeliebt. Am End' ist immer bloß ein Pfaff davon fett geworden. – Dementsprechend bescheinigt uns der Pfarrer auch, daß die Bewußtseinsbildungsaktionen, die sich aus dieser Sorte Systemkritik ergeben, nichts mit der Richtung Sozialismus zu tun hatten.

Es wird sich um die gewöhnliche Theorie der Selbstkasteiung handeln. Insofern sich solche Schwärmerei an die Arbeiterklasse richtet, ist sie offensichtlich reaktionär. Denn die Kasteiung der Arbeiterklasse wird durch die Kapitalistenklasse hervorragend erledigt.

Insofern sich die Aufforderung an die Bürgerlichen richtet, ist sie versteckt reaktionär, eröffnet sie ihnen doch die Möglichkeit, die Anhäufung von Profit und Reichtum als Vehikel zur Verrichtung guter Werke auszugeben. Über all dies verliert der Pfarrer kein Wort, und die Redaktion der "Roten Fahne" fragt ihn auch nicht danach. Ungefragt und ungestraft darf er diesen Verein als *"zwar systemkritisch, aber* (also bloß nicht genug) *kämpferisch"* bezeichnen.

"Friede durch gerechte Entwicklungspolitik"

Klingt gut, was? Ist aber eine schlechtverhüllte **imperialistische** Parole. Der Geist der Bevormundung trieft aus jedem Wort. Zuerst wird dem Kampf der Völker entgegengetreten, indem ihm der "Friede" entgegengestellt wird. Wohlgemerkt, nicht Unabhängigkeit und Freiheit, sondern "Frieden". Und wie sollen die Völker zu diesem Frieden gebracht werden? Indem man eine *"gerechte Entwicklungspolitik"* mit ihnen macht. Das richtet sich direkt gegen die Selbständigkeit der Völker. Es ist nicht so, Herr Pfarrer, daß man die Völker durch "gerechte" Entwicklungspolitik auf den richtigen Weg führen muß und dann bleiben sie auch "friedlich". Die Völker wollen Selbstbestimmung, nicht gute Behandlung unter den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit des guten Hirten Gebert.

Woher nimmt man bloß die Frechheit, in Westdeutschland in einem Verein festzulegen, was eine gerechte Entwicklungspolitik ist? Man nimmt sie aus der kolonialen und missionarisch weltbeglückenden Tradition der christlichen Kirchen. Jedenfalls, ein Wort der Kritik angesichts dessen findet die Redaktion der "Roten Fahne" nicht, und der Pfarrer Gebert findet es auch nicht. Offenbar sind sie sich einig. Denn aus Saulus ward Paulus, und es ging einigermaßen mysteriös dabei zu. Auf dem Wege von Jerusalem nach Damaskus durch eine plötzliche Erscheinung des Herrn. Dann war Saulus drei Tage blind und dann war er Paulus. Eine kritische Bewältigung der Vergangenheit war nicht vonnöten. Ganz ähnlich muß es hier gewesen sein. Bloß daß es nicht vor Damaskus auf dem freien Feld war, sondern nach aller Wahrscheinlichkeit in einer Wohngemeinschaft in Stuttgart. Und daß es nicht der Herr bewirkt hat, sondern die "Liga gegen den Imperialismus".

"Liga gegen den Imperialismus" als Religionsgemeinschaft

"Im Frühjahr 1974 lernte ich die Liga kennen. Hier fand ich eine Klarheit des Denkens und des Handelns, die ich selbst noch nicht erreicht hatte, nämlich eine klare Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse als einer Situation des Klassenkampfes, und den unbeugsamen Willen, diese vorgegebene (!) Situation zugunsten (!) der Unterdrückten schon jetzt (!) zu verändern." Wer die "Liga" hat kennenlernen müssen, kann sich der Schadenfreude nicht erwehren. Offiziell wird im Zentralorgan der Gruppe Rote Fahne (KPD) herausgearbeitet, worauf sie gegründet sei. Die "Liga" ist demnach eine Organisation, die die Situation des Klassenkampfes für "vorgegeben" hält, nicht bis zum jüngsten Tag warten will, sondern "schon jetzt" diese "Situation" "zugunsten" der Unterdrückten "verändern" will. Es ist dies nichts anderes als religiöse Schwärmerei. Wir sind gespannt, ob sich die "Liga" das gefallen lassen wird.
gefallen lassen wird.

Oder ist dorten wirklich unbekannt, daß die Klassenkampfsituation nichts "vorgegebenes" ist, sondern von Menschen gemacht und täglich reproduziert, weswegen sie auch vom Menschen veränderlich? Es ist nicht so, daß es dem Herrn gefallen hat, der Menschheit die Situation des Klassenkampfes vorzugeben. Es war dies eigenes Werk der Menschheit. Das versteht vielleicht der Pfarrer Gebert nicht, weswegen es ihm auch Bewunderung abnötigt, daß der richtige Zeitpunkt zum Handeln "schon jetzt" gekommen ist. Er erklärt sich's aus dem "unbeugsamen Willen" der "Liga". Es liegt aber an der Reife der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Und dann die Zielbestimmung der "Liga". Eine Veränderung "zugunsten" der Unterdrückten will sie herbeiführen. Besser gehen soll es den Unterdrückten, dafür tritt sie ein. Das ist nicht fortschrittlich, das ist schon gar nicht kommunistisch oder revolutionär. Das ist pfäffisch. Das will die Kolpingfamilie auch. Es wird nicht die "Liga" sein, welche die Situation "zugunsten" der Unterdrückten verändert. Das werden die Unterdrückten selber tun, auch nicht zu ihren "Gunsten", sondern nach ihrem Interesse und Willen. Vielleicht kann ihnen die "Liga" dabei von Nutzen sein. Das kann aber nur der Fall sein, wenn von dorther nicht solcher Unsinn verbreitet wird.

"Proletarische Kirche"?

Gefragt, welche Aufgaben sich ihm als Pfarrer stellten und wie er die Funktion der Kirche einschätze, legt das "Liga"-Mitglied sein Programm vor. Das Bündnis zwischen Staatsraison und ihrer Rechtfertigung angreifen, die prophetischen und urchristlichen Ideen von einer Gesellschaft, in der Gerechtigkeit, Friede und Freundschaft zum Wohle aller Menschen herrschen, in der heutigen Klassenkampfsituation in die Tat umsetzen, *"notfalls und wahrscheinlich gegen die etablierten Kirchen"*.

Dann meint er, es gäbe nicht nur bürgerliche Kirchen auf der Welt, der Weltkirchenrat in Genf und die französische protestantische Kirche hätten die derzeitige Klassenkampfsituation sehr wohl begriffen und sich darauf eingestellt. Offensichtlich hat der Pfarrer Gebert eine Kirchenneugründung im Auge. In etwa auf der Linie der "Liga gegen den Imperialismus", die gleichermaßen wie der Weltkirchenrat *"die klare Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse als einer Situation des Klassenkampfes"* hat. Die offensichtlich in der BRD gebraucht wird, wie die protestantische Kirche in Frankreich; eben als protestantische Kirche. Wo doch in der gegenwärtigen Kirche die konservativen Kreise nicht nur sehr stark, sondern auch *"die größten Verräter am Evangelium"* sind. Man könnte sich seitenweise dazu auslassen. Es genügt uns aber, festzustellen, daß die Gruppe Rote Fahne (KPD) mit ihrem Zentralorgan das Projekt einer proletarischen Kirchengründung kritiklos unterstützt.

Derartigen verquollenen Unsinn müssen die Revolutionäre in Westdeutschland weit von sich weisen. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, auch nicht in der "derzeitigen" Klassenkampfsituation, auf eine Gesellschaft hinzustreben, in der die Sorte Gerechtigkeit herrscht, welche Isias, das Urchristentum oder der Weltkirchenrat vorschreibt. Sie muß den Kapitalisten die Produktionsmittel wegnehmen, muß sie in eigenen kollektiven Besitz überführen, muß den bürgerlichen Staat zerschlagen, wenn sie sich emanzipieren will. Sobald es gelingt, ist es Schluß mit *"der Freude und dem Wohle"* der Kapitalistenklasse. Auch mit deren Gerechtigkeit ist dann Schluß. Der Herr Pfarrer soll uns mit "Wohl und Freuden" vom Halse bleiben. Worum es geht, das sind Interessen. Materielle Interessen, die von der Arbeiterklasse mit Willen und Bewußtsein durchgesetzt werden. Und nicht, weil es gottgefällig wäre und der Gerechtigkeit der Ewigen dient, sondern weil sich die Arbeiterklasse vom Joch der Ausbeutung befreien will. Gerechtigkeit, Wohl, Freude, das sind Klassenfragen. Sie sehen für die Ausbeuterklasse genau entgegengesetzt aus wie für die Ausgebeuteten.

Religiöse Vorschriften für den Befreiungskampf der Völker

All dies ist der Redaktion der "Ro-
All dies ist der Redaktion der "Ro-
ten Fahne" dumpf bewußt. Nachdem der Pfarrer sein Projekt der *"nichtbürgerlichen Kirche"* ausgebreitet hat, wird ihm zugerufen: *"Werner, Du bist Mitglied der Liga!* – (Das Ausrufezeichen steht wirklich im Satz.) *Was gibt es für Möglichkeiten, den gerechten Kampf der Völker als Pfarrer zu unterstützen?"*

Anstatt bündig zu antworten, "indem man ihnen Religion und Mission einschließlich der Kirchen vom Leibe hält, denn sie haben Probleme genug", kommt er wieder mit seiner Gerechtigkeit. Er definiert: *"Gerechte Kämpfe sind Kämpfe um Menschenrechte, im Gegensatz zu imperialistischen Eroberungskriegen."*

Aha! Um "Menschenrechte" muß es gehen. Sonst ist es nichts. Bitte schön, Herr Pfarrer, wer bestimmt, was Menschenrechte sind? Die Verfassung der BRD? Der Weltkirchenrat in Genf? Der Papst in Rom? Oder der Pfarrer Gebert in Stuttgart im Dialog mit Gott und unter Führung der "Liga gegen den Imperialismus"? Anstatt schlicht festzuhalten, daß der Kampf der Völker für Unabhängigkeit und Freiheit gerecht ist, muß der Penetrante den Völkern der Welt auch noch seine unaussprechlichen Menschenrechte zur Bedingung machen. Daß er nicht ausführt, worin diese Menschenrechte bestehen, das macht die Sache noch trüber. Alles wird in mystischem Dunkel gelassen. Und dann wird im Trüben gefischt.

Den religiösen Chauvinismus muß man brechen und kann man nicht nutzen.

Bekanntlich waren die christlichen Kirchen vom Prinzip und Beginn her stets staatstreu. Ihr Reich sei nicht von dieser Welt und daher haben sie stets die Reiche dieser Welt geschützt. So auch im Kriegsfalle. Der Staat gebietet über Krieg und Frieden, das ist sein Recht, und deswegen sind die offiziellen Kriege gerechte Kriege. Von dieser aktiv staatserhaltenden Theorie gibt es in den christlichen Kirchen eine Lösung. Indem sie sich auf die Nächstenliebe berufen, behaupten viele, alle Kriege wären ungerecht. Vom Standpunkt des Evangeliums aus. Offensichtlich ein Rückzug. Indem man es aufgibt, die gottgläubigen Massen positiv für die Ziele ihrer herrschenden Klasse zu gewinnen (Gott will es), wird aber gleichzeitig versucht, ihnen den selbständigen Krieg gegen die Unterdrücker und Ausbeuter zu verbieten. (Liebe Deinen Nächsten, auch wenn er Dich ausbeutet.) Nun kann aus solcher Lage der richtige Ausweg nicht gefunden werden, indem man in den Kirchen dafür eintritt, sie sollten das Dogma vom gerechten Krieg wieder einführen. Man muß gegen die Kirchen auftreten, die stets und immer die Revolution entweder als etwas Teuflisches betrachten werden oder aber sie "nach dem Willen Gottes" zu modeln versuchen. Das ist die Lage. Der Pfarrer Gebert indessen schlägt vor, man solle in der Kirche den dummen Stolz, das Dogma vom gerechten Krieg überwunden zu haben, bekämpfen, einheitlich mit denen, die die Kriege der Bourgeoisie für gerecht halten?

Die Arbeiterklasse besteht nicht aus "Konsumidioten", sondern produziert den gesellschaftlichen Reichtum.

"Diejenige Gewalt, die einerseits zu Millionen von Hungertoten und andererseits zu Millionen von Konsumidioten führt, geht nicht von den Völkern aus, die um ihre Menschenrechte kämpfen." Die Akkordarbeiter, die Arbeitslosen, eigentlich alle Werktätigen in diesem Lande werden es würdigen, daß der Pfarrer sie nicht nur als Idioten bezeichnet, sondern auch durchblicken läßt, dies käm' vom übermäßigen Konsum. Das bezeichnet er als den Boden der Tatsachen, auf den die Gewaltdiskussion heruntergeholt werden müßte. Es ist aber blanke bürgerliche Ideologie, und gewöhnlich wird so der Boden für eine Kollekte bereitet. Oder gegen Streiks gehetzt. Der Arbeitgeberverband wird sich freuen, solches in einer Zeitung, die sich kommunistisch nennt, zu lesen. Ob es auch die Mitgliedschaft der Gruppe Rote Fahne (KPD) freut?

Nachdem die Arbeiter in unserem Lande einmal zur Millionenschar von Konsumidioten gestempelt sind, geht es dementsprechend weiter: *"Eine schöpferische Anwendung der Prin-*
schöpferische Anwendung der Prin-
zipien 'aus eigener Kraft' und 'dem Volke dienen' wird auch hier dazu führen, die Arbeiterklasse aus der Resignation herauszuführen, damit sie wieder für ihre ureigensten Interessen kämpfen kann."

Auf die Arbeiterklasse das Prinzip 'dem Volke dienen' anzuwenden, auf die Idee kann bloß ein Pfaffe oder ein Kapitalist kommen. Bekanntlich dient die Arbeiterklasse heutzutage den Kapitalisten und dem ganzen Lumpenpack ihrer Leibärzte, Huren, Pfaffen usw. als **Nährboden.**

Die Kommunisten sind der Auffassung, daß sich die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse erheben muß, um der Ausbeutung ein Ende zu setzen. Dabei werden auch Existenzen wie Pfarrer, die von der Kirchensteuer leben und nicht arbeiten, in dieser Hinsicht unter die Räder kommen.

Worin die Basis für die Einheit von Gruppe Rote Fahne (KPD) und dem Pfarrer zu suchen ist.

Nicht genug damit, *"darüberhinaus haben wir die Möglichkeit, diejenigen Kräfte materiell (durch eigene Opfer und durch Sammlungen) zu unterstützen, die wirklich die Herrschaft des Volkes anstreben"*. Also, die Arbeiterklasse ist es nicht, welche **wirklich** die Herrschaft des Volkes anstrebt. Wer ist es dann? Wer ist die wirkliche Triebkraft der Geschichte? Pfarrer Gebert verschweigt es. Nach dem ganzen bisherigen Gedankengang muß es die Idee der ewigen Gerechtigkeit, verleiblicht in der Gruppe Rote Fahne (KPD), sein. Was bleibt übrig nach solcher Verwirrung? Lassen wir die Bibel sprechen, Apostelgeschichte 4.34.: *"Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte! Die da Äcker und Häuser hatten, die verkauften sie und brachten das Geld des verkauften Gutes und legten es zu der Apostel Füße."* Man sieht, durch Vermittlung des Urchristentums kann man von der "Aktion Selbstbesteuerung" leicht in die "Liga gegen den Imperialismus" gelangen, alles in bester christlicher Tradition.

Die jüngste Geldsammlung in der "Liga": "Für die Freistellung besonders proletarischer und werktätiger Kader" hat nach Angaben in der Zeitschrift "Dem Volke dienen" ca. 40 Pfennig per "Liga"-Mitglied erbracht. Es scheint am rechten Glauben zu fehlen. –M.A.–